Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. November 1980
Jg.8 Nr. 46

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Reagans Wahlsieg: Die US-Finanzbourgeoisie strafft die Zügel

Schauspieler als Präsident / Freie Bahn der Konkurrenz, nach innen und nach außen

gek. Ronald Reagan, Kandidat der Republikaner, mit ihm zusammen eine Riege stockreaktionärer Kongreßabgeordneter haben die Präsidentschaftswahlen bzw. die gleichzeitigen Teilwahlen zum Kongreß gewonnen. Reagan erhielt von den abgegebenen Stimmen 51%, Carter als Kandidat der Demokraten 41%, der ,,Unabhängige" Anderson 7%. Das Ergebnis ist in den Bundesstaaten ziemlich einheitlich.

Die Wahlbeteiligung war mit 52,9% die niedrigste seit 1948. Eine der ersten Wahlanalysen war denn auch, daß ,,die Koalition von Gewerkschaften, Armen, Farbigen und Liberalen Carter im Stich gelassen" habe. Das ist sicher so. Nur mit äußerstem Widerwillen und in letzter Minute hatten die Mehrzahl der großen Gewerkschaften und die Organisationen der Afro-Amerikaner zur Wahl Carters aufgerufen. Vorher hatte die Vertreter der Arbeiterbewegung allerdings durch die Unterstützung Kennedys, der kaum eine ihrer Forderungen aufgenommen hatte (mit Ausnahme der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung), jeden Rest politischer Selbständigkeit aufgegeben. Das war das erste gelungene Wahlmanöver der US-Bourgeoisie. Die Abwahl Carters, dem laut hinterhergesagt wird, er sei ,,zu schwach" oder ,,zu schwankend" gewesen, und die Wahl des Ultrareaktionärs Reagan ist das zweite gelungene Manöver. Die Börse zeigte sich in Bombenstimmung.

Man kann natürlich darauf hinweisen, daß nur 26–27% der Wahlberechtigten Reagan positiv gewählt haben. Insofern drückt das Wahlergebnis eine wachsende politische Kluft zwischen den Klassen aus. Aber die Arbeiterklasse der USA war dem ganzen Manöver weitgehend hilflos ausgeliefert; und so weit Gewerkschaftsmitglieder gewählt haben, haben 44% für Reagan, 49% für Carter gestimmt.

Reagan hat mit zwei großen demagogischen Parolen diese Wahl gewonnen. Die erste war, daß der Staat auf Kosten der Bürger immer reicher und allmächtiger werde. Reagan verspricht,

den, insbesondere die staatlichen Wohlfahrts- und Arbeitsbeschaffungsprogramme; im öffentlichen Dienst soll es totalen Einstellungsstopp geben. Gerade weil das Sozialversicherungssystem so miserabel ist, kaum einen wirklichen Schutz bietet und teilweise als staatliche ,,Wohlfahrt" verkleidet ist, während die Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend erneut sprunghaft angewachsen sind, konnte Reagan mit einem brutal-direkten Appell an den Geldbeutel der etwas besser verdienenden, halbwegs in gesicherter Stellung befindlichen Arbeiter und Angestellten einen gewissen Effekt erzielen. Dabei wußte er selbst die größte Herzlosigkeit noch als christliche Fürsorge an den Mann zu bringen. So vor einer Versammlung farbiger Wohlfahrtsempfänger: ,,Wohlfahrt ist beleidigend und herabwürdigend, sie ist nur eine neue Form der Sklaverei." Wie wahr! – Mit Teilen des Sozialversicherungssystems zusammen sollen des weiteren auch die wenigen Arbeiterschutzregelungen bezüglich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz eingerissen werden; das von Carter geschaffene Ministerium für öffentliche Erziehung soll wieder aufgelöst werden, etc. Die Angriffspunkte sind vielfältig. In jeder Hinsicht soll die freie amerikanische Konkurrenz sich ungehindert ausleben können; das soll die Wirtschaftskrise überwinden.

In der Außenpolitik hat Reagan die ,,Wiederherstellung der Überlegenheit Amerikas" gefordert. Mit der Sowjetunion soll ein aggressives Ringen um die Aufteilung des Erdballs aufgenommen werden; die westeuropäischen Verbündeten sollen wieder mehr nach der Pfeife der USA tanzen; die Bastionen des US-Imperialismus in der 3. Welt, wie Südafrika, Israel, Süd-Korea und Taiwan, oder El Salvador in Lateinamerika sollen um jeden Preis behauptet, jede Volkserhebung im Blut erstickt werden. ,,Alte Freunde" der USA wie den Schah oder Somoza in Nicaragua hätte man niemals im Stich lassen dürfen. Bei dieser Dema-

selbst berührt worden sind. Ein solches aggressives Auftrumpfen der USA wird die Möglichkeiten für die Länder der 3. Welt oder sozialistische Staaten wie die VR China und Jugoslawien, an einzelnen Punkten gegenüber den Aggressionen der Sowjetunion (wie in Kampuchea und Afghanistan) die USA als taktischen Verbündeten zu nutzen, eher verschlechtern.

Mit der Kandidatur Reagans hat die herrschende Monopolbourgeoisie der USA vor allem getestet, wie weit sie gegenüber den Volksmassen im eigenen Land gehen kann. Sie hat sich ein sehr weitgehendes, im einzelnen noch für jede Biesterei offenes, allerdings nicht gerade sicheres Mandat geholt. Ausfüllen wird es nicht so sehr Reagan selbst, der bis zum 50. Lebensjahr seine Brötchen als Filmschauspieler und Showmaster verdient hat, bis er – direkt vom Rüstungskonzern ,,General Electric" finanziert – ,,beschloß, Politiker zu werden", damals Gouverneur von Kalifornien.

Wie der Hase laufen wird, hat seine erste ,,Entscheidung" deutlich gemacht: sofort nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses präsentierte er eine fertige Liste mit 30 Persönlichkeiten, die die Amtsübergabe im Januar vorbereiten, d.h. das Regierungsprogramm ausarbeiten sollen. Alle sind sie gestandene politische und geschäftliche Vertreter der führenden Monopolgruppen der USA, darunter auch Demokraten wie Senator Jackson, der den Boeing-Konzern im Kongreß vertritt. Reagan will sich, wie schon als Gouverneur von Kalifornien, im übrigen fortdauernd von einer großen ,,task force" führender Wirtschaftsmanager beraten lassen, die von den Konzernen direkt entsandt werden. Gesetzentwürfe und Verordnungen mußten ihm als Gouverneur seinerzeit fertig ausgearbeitet vorgelegt werden; mit etwas kindlicher Handschrift schrieb er dann ,,o.k. RR" darunter. – Alles deutet darauf hin, daß hinter der gemütvollen Maske des Schauspielers die herrschende Monopolbourge-

so. Nur mit äußerstem Widerwillen und in letzter Minute hatten die Mehrzahl der großen Gewerkschaften und die Organisationen der Afro-Amerikaner zur Wahl Carters aufgerufen. Vorher hatte die Vertreter der Arbeiterbewegung allerdings durch die Unterstützung Kennedys, der kaum eine ihrer Forderungen aufgenommen hatte (mit Ausnahme der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung), jeden Rest politischer Selbständigkeit aufgegeben. Das war das erste gelungene Wahlmanöver der US-Bourgeoisie. Die Abwahl Carters, dem laut hinterhergesagt wird, er sei ,,zu schwach" oder ,,zu schwankend" gewesen, und die Wahl des Ultrareaktionärs Reagan ist das zweite gelungene Manöver. Die Börse zeigte sich in Bombenstimmung.

Man kann natürlich darauf hinweisen, daß nur 26–27% der Wahlberechtigten Reagan positiv gewählt haben. Insofern drückt das Wahlergebnis eine wachsende politische Kluft zwischen den Klassen aus. Aber die Arbeiterklasse der USA war dem ganzen Manöver weitgehend hilflos ausgeliefert; und so weit Gewerkschaftsmitglieder gewählt haben, haben 44% für Reagan, 49% für Carter gestimmt.

Reagan hat mit zwei großen demagogischen Parolen diese Wahl gewonnen. Die erste war, daß der Staat auf Kosten der Bürger immer reicher und allmächtiger werde. Reagan verspricht,
binnen 3 Jahren die Einkommensteuer um 30% zu senken. Dazu sollen die Staatsausgaben massiv gekürzt wer-

losigkeit noch als christliche Fürsorge an den Mann zu bringen. So vor einer Versammlung farbiger Wohlfahrtsempfänger: ,,Wohlfahrt ist beleidigend und herabwürdigend, sie ist nur eine neue Form der Sklaverei." Wie wahr! – Mit Teilen des Sozialversicherungssystems zusammen sollen des weiteren auch die wenigen Arbeiterschutzregelungen bezüglich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz eingerissen werden; das von Carter geschaffene Ministerium für öffentliche Erziehung soll wieder aufgelöst werden, etc. Die Angriffspunkte sind vielfältig. In jeder Hinsicht soll die freie amerikanische Konkurrenz sich ungehindert ausleben können; das soll die Wirtschaftskrise überwinden.

In der Außenpolitik hat Reagan die ,,Wiederherstellung der Überlegenheit Amerikas" gefordert. Mit der Sowjetunion soll ein aggressives Ringen um die Aufteilung des Erdballs aufgenommen werden; die westeuropäischen Verbündeten sollen wieder mehr nach der Pfeife der USA tanzen; die Bastionen des US-Imperialismus in der 3. Welt, wie Südafrika, Israel, Süd-Korea und Taiwan, oder El Salvador in Lateinamerika sollen um jeden Preis behauptet, jede Volkserhebung im Blut erstickt werden. ,,Alte Freunde" der USA wie den Schah oder Somoza in Nicaragua hätte man niemals im Stich lassen dürfen. Bei dieser Dema-
gogie konnte sich Reagan darauf stützen, daß die USA als eine unangreifbare Festung niemals von einem Krieg

gerade sicheres Mandat geholt. Ausfüllen wird es nicht so sehr Reagan selbst, der bis zum 50. Lebensjahr seine Brötchen als Filmschauspieler und Showmaster verdient hat, bis er – direkt vom Rüstungskonzern ,,General Electric" finanziert – ,,beschloß, Politiker zu werden", damals Gouverneur von Kalifornien.

Wie der Hase laufen wird, hat seine erste ,,Entscheidung" deutlich gemacht: sofort nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses präsentierte er eine fertige Liste mit 30 Persönlichkeiten, die die Amtsübergabe im Januar vorbereiten, d.h. das Regierungsprogramm ausarbeiten sollen. Alle sind sie gestandene politische und geschäftliche Vertreter der führenden Monopolgruppen der USA, darunter auch Demokraten wie Senator Jackson, der den Boeing-Konzern im Kongreß vertritt. Reagan will sich, wie schon als Gouverneur von Kalifornien, im übrigen fortdauernd von einer großen ,,task force" führender Wirtschaftsmanager beraten lassen, die von den Konzernen direkt entsandt werden. Gesetzentwürfe und Verordnungen mußten ihm als Gouverneur seinerzeit fertig ausgearbeitet vorgelegt werden; mit etwas kindlicher Handschrift schrieb er dann ,,o.k. RR" darunter. – Alles deutet darauf hin, daß hinter der gemütvollen Maske des Schauspielers die herrschende Monopolbourge-
oisie der USA die Regierungsgewalt in Zukunft sehr viel direkter als bisher ausüben will.



Die irischen politischen Gefangenen in den Isoliertrakts von Long Kesh, den sogenannten H-Blocks, setzen ihren unbefristeten Hungerstreik fort. Sie fordern von den britischen Imperialisten ihre Anerkennung als Kriegsgefangene.

Aktionen gegen Kriegsvorbereitungen

320 IGM-Vertrauensleute in Köln gegen Rekrutenvereidigung

jük. Unter großem Polizeiaufgebot ist in München die erste öffentliche Rekrutenvereidigung zum 25. Jahrestag der Bundeswehrgründung durchgeführt worden. 2000 demonstrierten in der Innenstadt für Abrüstung. Gleichzeitig haben sich bei der Kundgebung 1500 eingefunden, darunter hunderte, die lautstark gegen die Vereidigung protestierten. Bei einem Knüppeleinsatz der Polizei wurden 50 verhaftet, 30 verletzt, die Feier wurde verkürzt ,,wegen Kälte". 2 Rekruten aus den Reihen der 2000 angetretenen Soldaten protestierten öffentlich gegen die Feier und wurden von Feldjägern abgeführt.

Rund 10% der Kölner Vertrauensleute der IGM haben auf einer Versammlung am 6.11. gegen die öffentli-

Form in Reichswehr und Wehrmacht zur Kriegsvorbereitung genutzt. Heute heißt es wieder: ,,Helm ab zum Gebet: Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart."

Etliche lehnen gerade die Form des Militarismus und Säbelgerassels vermischt mit religiöser Heuchelei ab. Daß das nicht ausreicht, wird am Zweck der imperialistischen Armee selber deutlich. Die Bundeswehr ist Kern des imperialistischen Staatsaparates. Zweck des bürgerlichen Staatsapparates ist es, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu ,,gewährleisten", um die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Die ganze Politik der herrschenden Finanzbourgeoisie, die auf der ökonomischen



Die irischen politischen Gefangenen in den Isoliertrakts von Long Kesh, den sogenannten H-Blocks, setzen ihren unbefristeten Hungerstreik fort. Sie fordern von den britischen Imperialisten ihre Anerkennung als Kriegsgefangene.

Aktionen gegen Kriegsvorbereitungen

320 IGM-Vertrauensleute in Köln gegen Rekrutenvereidigung

jük. Unter großem Polizeiaufgebot ist in München die erste öffentliche Rekrutenvereidigung zum 25. Jahrestag der Bundeswehrgründung durchgeführt worden. 2000 demonstrierten in der Innenstadt für Abrüstung. Gleichzeitig haben sich bei der Kundgebung 1500 eingefunden, darunter hunderte, die lautstark gegen die Vereidigung protestierten. Bei einem Knüppeleinsatz der Polizei wurden 50 verhaftet, 30 verletzt, die Feier wurde verkürzt ,,wegen Kälte". 2 Rekruten aus den Reihen der 2000 angetretenen Soldaten protestierten öffentlich gegen die Feier und wurden von Feldjägern abgeführt.

Rund 10% der Kölner Vertrauensleute der IGM haben auf einer Versammlung am 6.11. gegen die öffentli-
chen Vereidigungen in Bonn protestiert und die Bundesregierung aufgefordert, sie abzusetzen. In dem Antrag, dem ca. 320 Vertrauensleute zugestimmt haben, und der als Initiativantrag des Betriebsrates der Firma Siepe eingebracht wurde, heißt es: ,,Mit Recht hat der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall gegen die wachsende Kriegsgefahr den Mittelstreckenbeschluß der NATO verurteilt und die Sowjetunion aufgefordert, ihrerseits die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen einzustellen und ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen." Die Rekrutenvereidigung sei demgegenüber eine Provokation und ein Säbelrasseln, gefordert wird keine öffentliche Vereidigung und Schluß mit diesen Kriegsvorbereitungen. Die IGM-Ortsverwaltung berichtete, daß sie schon morgens vor der Versammlung entschieden hätte, diesen Antrag an das Bundesverteidigungsministerium und das Innenministerium weiterzuleiten. Auch der IGM-Vorstand hat die Resolution zugestellt bekommen.

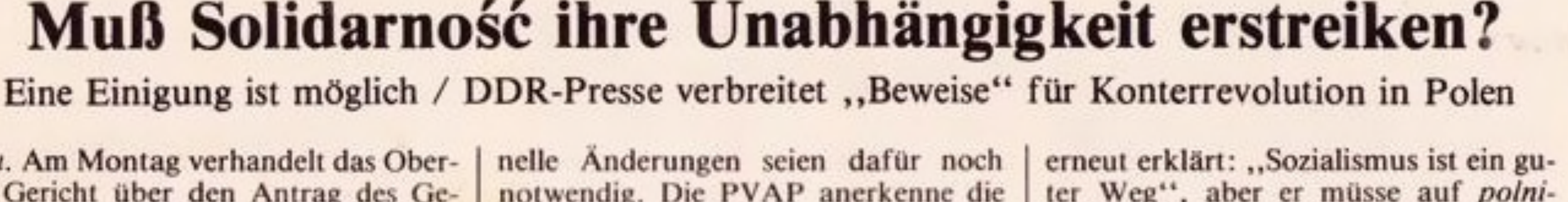
Zur Zwangsvereidigung auf die Bundesrepublik Deutschland kommt durch den großen Zapfenstreich für die Rekruten der Zwang zum Gebet hinzu. Seinen Ursprung hatte dieser militaristische Aufmarsch im 16. Jahrhundert. Damals war der Gang eines Offiziers, begleitet vom Pfeifer und Trommler, durch die Kneipen und ein Schlag auf den Bierzapfen die Aufforderung für die Landsknechte, sofort ins Lager zurückzukehren und bei Strafe es nachts nicht zu verlassen. Ausgebaut wurde diese Kontrollinstanz in den Armeen der Preußischen Königreiche, Friedrich Wilhelm III. führte den Zapfenstreich mit Gebet ein. Großer Zapfenstreich, das heißt öffentlicher Aufmarsch, wurde dann in wechselnder

Form in Reichswehr und Wehrmacht zur Kriegsvorbereitung genutzt. Heute heißt es wieder: ,,Helm ab zum Gebet: Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart."

Etliche lehnen gerade die Form des Militarismus und Säbelgerassels vermischt mit religiöser Heuchelei ab. Daß das nicht ausreicht, wird am Zweck der imperialistischen Armee selber deutlich. Die Bundeswehr ist Kern des imperialistischen Staatsaparates. Zweck des bürgerlichen Staatsapparates ist es, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu ,,gewährleisten", um die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Die ganze Politik der herrschenden Finanzbourgeoisie, die auf der ökonomischen
Basis des Monopols herrscht und des bürgerlichen Staatsapparates ist diesem Zweck untergeordnet. So ist die Bundeswehr ein Instrument der Unterdrückung gegenüber der Arbeiterklasse wie ein Instrument zur Sicherung der Interessen der Bourgeoisie an Expansion und Beherrschung fremder Länder. Die westdeutsche Bourgeoisie hat heute die Fähigkeit verloren, als führende Kraft am Kampf um die Weltherrschaft teilzunehmen. Im NATO-Bündnis befindet sie sich unter der

Aus dem Inhalt:

Vorherrschaft des USA-Imperialismus, der mit der SU um die Weltherrschaft ringt. Beide sind auch die Hauptkriegstreiber in der Welt. Eine wirksame Politik gegenüber der Bourgeoisie und der Bundeswehr kann nur entwickelt werden, wenn die Allianzpolitik der westdeutschen Bourgeoisie zum Konzentrationspunkt im Kampf gegen den imperialistischen Krieg genommen wird, wobei Austritt aus der NATO und demokratischer Friedensvertag die Hauptforderungen darstellen. Gegenüber dem Versuch etlicher Bourgeoispolitiker im liberalen Mantel, die Ablehnung der Aufmärsche in Pazifismus und irgendwelcher Politik der nationalen Verteidigung umzumünzen, ist die Forderung nach Volksbewaffnung und demokratischer Militärverfassung erforderlich, die die Zerschlagung der imperialistischen Armee als Kern des imperialistischen Staatsapparates zum Ziel hat.



Muß Solidarność ihre Unabhängigkeit erstreiken?

Eine Einigung ist möglich / DDR-Presse verbreitet ,,Beweise" für Konterrevolution in Polen

hku. Am Montag verhandelt das Oberste Gericht über den Antrag des Gewerkschaftsverbandes Solidarność, die Entscheidung des Warschauer Bezirksgerichts aufzuheben und die Registrierung ohne die einseitigen Statutenänderungen vorzunehmen. Folgt das Gericht dem Antrag nicht, will Solidarność ab Mittwoch, von Warschau und Gdansk ausgehend, eine landesweite Streikbewegung einleiten. Das Präsidium der Gewerkschaft hat jedoch wiederholt erklärt, daß ihm an einer Einigung ohne Streik viel gelegen ist, und hat grundsätzlich die Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung zugesagt, auch angesichts der durch den frühen Wintereinbruch noch mal verschlechterten Ernte- und Versorgungslage. Aber: nur als tatsächlich *unabhängige* Organisation ist sie zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit.

Die PVAP steht in der Statutenfrage unter dem Druck der Verbündeten, sichtbare Beweise für die führende Rolle der Partei vorzulegen, und in der Parteihierarchie gibt es nach wie vor Kräfte, die die Initiative durch Konfrontationskurs wiedererlangen wollen. Aber unter den Mitgliedermassen ist der Wille nach ernsthafter Korrektur vorherrschend. Parteichef Kania ist am Mittwoch auf der Lenin-Hütte in Krakau im großen und ganzen als Sprecher dieser Strömung aufgetreten. Die Führung habe den ,,unbeugsamen Willen" zur Erneuerung; auch personelle Änderungen seien dafür noch notwendig. Die PVAP anerkenne die neuen Gewerkschaften mit Wohlwollen und suche die Zusammenarbeit mit ihnen. Die Parteimitglieder sollten ihnen durchaus beitreten – was auf der Hütte offensichtlich längst Fakt ist.

Kania ist in Krakau aber auch mit Vertretern der alten Gewerkschaften zusammengetroffen und hat sie zu kämpferischer Tätigkeit ermuntert. Zwar hat sich der Zentralrat der Gewerkschaften aufgelöst, nicht aber die Einzelgewerkschaften; sie haben sich inzwischen für unabhängig erklärt und umfassen vielerorts noch einen – wenn auch zerzausten – Kern der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, der bisher vom Parteiapparat unterdrückt worden war. Die PVAP will die alten Gewerkschaften als Gegengewicht zu Solidarność wieder aufpäppeln, daher muß sie den fortschrittlichen Kräften jetzt Raum lassen. So hat vergangene Woche der Journalistenverband sich ein neues Programm gegeben – das sich vor allem gegen die Zensur richtet – und eine neue Leitung gewählt, zu der prominente Mitglieder der innerparteilichen Oppositionsgruppe ,,Erfahrung und Zukunft" (DIP) gehören.

Im Eintreten für Arbeiterrechte und Volksdemokratie, für die Unabhängigkeit eines sozialistischen Polen sind sich die Strömungen der polnischen Arbeiterbewegung einig. Walesa hat erneut erklärt: ,,Sozialismus ist ein guter Weg", aber er müsse auf *polnischem* Wege verwirklicht werden. Die Regierung hat sich zur Erfüllung des Danziger Vertrages bekannt. Eine Einigung ohne Streik ist möglich und wäre unbedingt von Vorteil.

Die sozialimperialistischen Propagandisten in Berlin (DDR) und Prag sind in den letzten Tagen dazu übergegangen, die drohende Konterrevolution in Polen zu ,,beweisen". Zuerst hat das ,,Neue Deutschland" zwei westdeutsche Journalisten als BND-Agenten enttarnt, die vor allem die Förderung des KOR betrieben. Zwei Tage drauf brachte das Blatt ein Interview, das ,,Rude Pravo" mit Walesa geführt haben will. Nicht nur, daß Walesa als dumm und arrogant erscheint; erneut wird seine Zusammenarbeit mit Kuron ,,enthüllt", dem ,,Führer einer staatsfeindlichen Organisation, der durch seine Aufrufe zu Brandstiftung und Scheiterhaufen berühmt wurde". – Gegenüber einer westdeutschen Zeitung hat Walesa offen gesagt: ,,Wir lassen uns nicht einschüchtern. Von niemandem. Wir haben keine Angst. Wenn die Russen einmarschieren, sind wir darauf vorbereitet. Aber es gibt keinen Anlaß dafür. Wir wollen ja kein Bündnis brechen oder den Sozialismus schwächen." Die polnischen Arbeiter brauchen Zeit, um sich zu organisieren. Aber sie lassen sich nicht einschüchtern.

Nicht nur Selbstbeschränkung

frb. Vom 13. bis 16. November reisen Eugen Loderer, Hans Mayr und Hans Preiss vom IG-Metall-Vorstand nach Japan. Im Anschluß ist ein Besuch beim Allchinesischen Gewerkschaftsverband angekündigt. Eugen Loderer, Erster Vorsitzender der IG Metall, hat sich in der „Welt der Arbeit" zu seinem Japan-Besuch erklärt. Es ginge darum, „gegenüber der japanischen Industrie, der Regierung, in Gesprächen mit Gewerkschaftskollegen, vor allem aber auch gegenüber der japanischen Öffentlichkeit aufzuzeigen, was unsere Haltung zu freien und gleichzeitig fairen Handelsbeziehungen ist". Es könne z.B. nicht angehen, daß die BRD bevorzugtes Exportland Japans sei, japanische Märkte aber für den Import deutscher Waren verschlossen seien. Freiwillige Selbstbeschränkung Japans sei notwendig. Der Zentralverband der Elektroindustrie hat jüngst erklärt, Japan sei kein Welthandelspartner wie andere Länder mit gleicher marktwirtschaftlicher Wirtschaftsverfassung. Von Japan Selbstbeschränkung zu verlangen, widerspreche daher nicht dem Freihandelsprinzip. Heftig wird darüber „verhandelt". Mit Handelsbeschränkungen wollen die westdeutschen Imperialisten nicht anfangen, weil sie sich damit am Ende ins eigene Fleisch schneiden. Noch meinen sie, den Konkurrenten zur Beschränkung zwingen zu können. Der westdeutsche Warenexport hat den japanischen im ersten Halbjahr um 85% übertroffen. Während Westdeutschland noch ein deutliches Plus in der Handelsbilanz verbuchte, wies Japan ein Minus von 11 Mrd. $ auf. Die aus jahrelangen Exportüberschüssen aufgehäuften westdeutschen Währungsreserven übertreffen die Japans um das 1½fache. Diese Stellung der westdeutschen Kapitalisten, um die sie nun fürchten, beruht auf der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter, so wie die Stärke der japanischen Kapitalisten auf der Ausbeutung der japanischen Arbeiter beruht. Das eigene Land ist diesen Profitjägern längst zu eng. Aus einem Vorsprung des Konkurrenten machen sie eine Peitsche gegen ihre Arbeiter; solange sie herrschen. Eine gemeinsame Front gegen die Ausbeuter ist notwendig. Unterwerfung unter die imperialistische Konkurrenz würde nur die Ketten immer schwerer machen.

Rechtsradikalismus und Verfassungsschutz

Prozeß in Braunschweig bringt Zusammenspiel des Staatsschutzes mit Nazis ans Licht

ulw. In Braunschweig findet gegenwärtig ein Prozeß gegen Mitglieder einer neonazistischen Gruppe statt. Die Anklage lautet auf Vorbereitung und Durchführung von zwei Sprengstoffanschlägen auf Amtsgebäude in Flensburg und Hannover. Die Anschläge hatte die Gruppe bereits im Jahre 1977 verübt. Gleich zu Beginn des Prozesses kam heraus, daß eines der Bandenmitglieder Informant und Kontaktmann des Verfassungsschutzes war. Die Tatsache, daß über diesen Punkt verhandelt werden mußte, war dann mehrmals Anlaß, die Öffentlichkeit aus dem Verfahren auszuschließen und dem Verteidiger nochmals besondere Schweigepflicht aufzuerlegen. Der V-Mann des Verfassungsschutzes Lepzien hat für die Gruppen den Sprengstoff beschafft, mit dem die Anschläge ausgeführt werden konnten. Dies sei durch seinen Auftrag nicht gedeckt gewesen, erklärte der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff. Die niedersächsische Landesregierung ließ verlautbaren, daß Lepzien gezielt auf die Gruppe angesetzt worden sei und gute Dienste geleistet habe. Unklar ließ der Regierungssprecher, wie lange Lepzien schon für den Verfassungsschutz arbeitet. Als Mitglied neonazistischer Gruppen ist er schon seit 1968 bekannt. Lepzien und ein weiteres Gruppenmitglied sind auf freiem Fuß, während sich der Rest der Gruppe in Untersuchungshaft befindet. Ein Haftbefehl gegen Lepzien wurde aufgehoben. „Schonungslose Aufklärung" des Falls hatte ein SPD-Mitglied des Innenausschusses des niedersächsischen Landtages gefordert. Das brachte ihm eine Rüge des Innenministers ein, die Formulierung „schonungslose Aufklärung" lege den Verdacht nahe, hier solle etwas vertuscht werden. Von seiten der SPD wurde dann um Aufklärung gebeten, „wie es zur Anwerbung für einen V-Mann gekommen sei, der seine Verbindung zum Verfassungsschutz bei der ersten Gelegenheit preisgebe und die Landesregierung dadurch in eine unmögliche Situation bringe". Auch das wollte Möcklinghoff nicht vor dem Innenausschuß beantworten, sondern nur vor der parlamentarischen Kontrollkommission. Der gehörten die beiden fragenden SPD-Abgeordneten aber nicht an. Während die beiden nächtlichen Anschläge in Flensburg und Hannover mit dem von Lepzien beschafften Sprengstoff ausgeführt werden konnten, wurde die Gruppe ausgehoben, bevor sie einen angeblich geplanten Anschlag auf Stoltenberg durchführen konnte.



Wehrsportgruppe Hoffmann – Verkauf gebrauchter Militärfahrzeuge an die christlichen Milizen im Libanon und reiche Spender sind die hauptsächlichen Geldquellen.

Für Provokationen gegen die demokratische Bewegung waren die Faschisten dem Staatsapparat bisher stets gut. Ab und zu kommt über die direkten Verbindungen einiges ans Licht.

Wehrsportgruppe Hoffmann – Verkauf gebrauchter Militärfahrzeuge an die christlichen Milizen im Libanon und reiche Spender sind die hauptsächlichen Geldquellen.

Für Provokationen gegen die demokratische Bewegung waren die Faschisten dem Staatsapparat bisher stets gut. Ab und zu kommt über die direkten Verbindungen einiges ans Licht.

Konsolidierung schon – aber des Staatshaushaltes?

ped. „Aber niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage der Welt und die Weltwirtschaft im nächsten Jahrzehnt verändern wird. Deshalb ist selbstverständlich, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweilige ökonomische Gesamtlage – besonders in die Lage der Staatsfinanzen – eingepaßt werden müssen. Unter diesen Vorbehalt müssen wir unsere Politik stellen." So hieß es bis zum 5. Oktober einleitend im SPD-Wahlprogramm. Einen Monat, nicht ein Jahrzehnt später soll es nun soweit sein. Die „Konsolidierung des Staatshaushaltes" hat in den Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP konkrete Form angenommen. Die Maßnahmen, die den Staatssäckel praller machen, sind bekannt. Allemal zahlen die besitzlosen Massen mehr ein, oder es werden ihnen Leistungen aus ihren eigenen Versicherungskassen gekürzt. Der Wind über die Kürzung der Wirtschaftssubventionen hat sich schnell gelegt. Werft-, Schiffahrts-, Fracht-, Rohstoffversorgungs- und Einzelfallförderung bleiben. Lufthansa, Schiffahrt und Werksverkehr bleiben im Besitz der Treibstoffbeihilfen, während die Beseitigung dieser Steuerbefreiung für Sport- und Privatflüge wohl zur Exklusivitätssteigerung von FJS dient, derweil die Nahverkehrskostenerhöhungen es bringen sollen. Die Konsolidierer haben klassenmäßiges Augenmaß unter Beweis gestellt. Und das nicht nur beim Staatshaushalt. Was positiv nicht in Angriff genommen wird, berichtet das „Handelsblatt", sei „die Änderung der alten Arbeitszeitordnung mit der Festschreibung einer Regelwochenarbeitszeit von 40 Stunden, sowie das Verbot der Leiharbeit". Man ist versucht zu mokieren, daß diese Gesetze – einmal davon abgesehen, daß der bürgerliche Staat als Überstunden fordernder Dienstherr selber betroffen ist – bis auf das Papier keine Ausgabe gemacht hätten. „Die SPD will die aus dem Jahre 1938 stammende, überholte und den Interessen der Arbeitnehmer abträgliche AZO durch ein modernes Arbeitszeitgesetz ersetzen; die Regelarbeitszeit darf 40 Std. nicht überschreiten" – auch aus dem SPD-Wahlprogramm. Noch auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck hatte Arbeitsminister Ehrenberg für diese „ihre" Reform auf die Pauke gehauen. Die „den Interessen der Arbeitnehmer abträgliche" aus dem Faschismus stammende AZO mit einer Regelarbeitszeit von 48 Stunden, die über die diversen Ausnahmeregelungen um ein leichtes um weitere 20 Std. in der Woche, des Nachts und an Sonn- und Feiertagen ausgedehnt werden kann, muß erhebliche Fürsprecher haben. Alle Gewerkschaftstage hatten unmißverständlich die gesetzliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche gefordert. Die SPD riskiert einen politisch nicht absehbaren Krach mit den Gewerkschaften. Andere Forderungen der Gewerkschaften gleichen Kalibers wie die Rentenreform, Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind noch einer späteren Klärung durch die Regierenden vorbehalten, heißt es. Ebenso die Montanmitbestimmung. Ihre vier Jahre schafft diese Regierung nicht, hat Zimmermann, CSU, verkündet. Die Zeiten, wo die Arbeiterbewegung durch Druck auf die SPD parlamentarisch sich scheinbar etwas versprechen konnte, sind dahin. Nur wirtschaftlicher und politischer Kampf kann nutzen, wie die Notwendigkeit des Aufbaus einer Klassenpartei wächst.

ped. „Aber niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage der Welt und die Weltwirtschaft im nächsten Jahrzehnt verändern wird. Deshalb ist selbstverständlich, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweilige ökonomische Gesamtlage – besonders in die Lage der Staatsfinanzen – eingepaßt werden müssen. Unter diesen Vorbehalt müssen wir unsere Politik stellen." So hieß es bis zum 5. Oktober einleitend im SPD-Wahlprogramm. Einen Monat, nicht ein Jahrzehnt später soll es nun soweit sein. Die „Konsolidierung des Staatshaushaltes" hat in den Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP konkrete Form angenommen. Die Maßnahmen, die den Staatssäckel praller machen, sind bekannt. Allemal zahlen die besitzlosen Massen mehr ein, oder es werden ihnen Leistungen aus ihren eigenen Versicherungskassen gekürzt. Der Wind über die Kürzung der Wirtschaftssubventionen hat sich schnell gelegt. Werft-, Schiffahrts-, Fracht-, Rohstoffversorgungs- und Einzelfallförderung bleiben. Lufthansa, Schiffahrt und Werksverkehr bleiben im Besitz der Treibstoffbeihilfen, während die Beseitigung dieser Steuerbefreiung für Sport- und Privatflüge wohl zur Exklusivitätssteigerung von FJS dient, derweil die Nahverkehrskostenerhöhungen es bringen sollen. Die

von abgesehen, daß der bürgerliche Staat als Überstunden fordernder Dienstherr selber betroffen ist – bis auf das Papier keine Ausgabe gemacht hätten. „Die SPD will die aus dem Jahre 1938 stammende, überholte und den Interessen der Arbeitnehmer abträgliche AZO durch ein modernes Arbeitszeitgesetz ersetzen; die Regelarbeitszeit darf 40 Std. nicht überschreiten" – auch aus dem SPD-Wahlprogramm. Noch auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck hatte Arbeitsminister Ehrenberg für diese „ihre" Reform auf die Pauke gehauen. Die „den Interessen der Arbeitnehmer abträgliche" aus dem Faschismus stammende AZO mit einer Regelarbeitszeit von 48 Stunden, die über die diversen Ausnahmeregelungen um ein leichtes um weitere 20 Std. in der Woche, des Nachts und an Sonn- und Feiertagen ausgedehnt werden kann, muß erhebliche Fürsprecher haben. Alle Gewerkschaftstage hatten unmißverständlich die gesetzliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche gefordert. Die SPD riskiert einen politisch nicht absehbaren Krach mit den Gewerkschaften. Andere Forderungen der Gewerkschaften gleichen Kalibers wie die Rentenreform, Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind noch einer späteren Klärung durch die Regierenden

Rentenreform '84: Was bleibt sind Rentenkürzungen

Koalition hält sich alles offen / Bruttolohnanpassung, dafür Krankenversicherungsbeitrag

gkr. Bis 1984 muß eine Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung vom Gesetzgeber beschlossen sein. Über deren Höhe konnte sich die SPD/FDP-Koalition noch nicht einigen. Bisher bekommt die Frau nach dem Tod des Mannes die eigene Rente plus 60% von der des Mannes, im umgekehrten Fall, stirbt die Frau früher, bekommt der Mann ausschließlich seine eigene Rente. Für die vom Gericht verlangte Neuregelung hatten sich die Koalitionsparteien in ihren Wahlprogrammen festgelegt: Die Rentenanwartschaft von Mann und Frau soll addiert werden, beim Tod des Partners soll jeweils der Überlebende 70% dieser Summe erhalten. Das führe dazu, daß Frauen mit niedrigen Renten mehr bekämen und solche, die nach bisherigem Recht relativ viel, weniger bekämen und sei daher auch gerecht. Für alle Frauen, deren Rente höher ist als ⅓ von der des Mannes, bedeutet dies eine Verschlechterung.

Offenhaltung der Höhe der Hinterbliebenenversorgung, wie in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, soll die Möglichkeit zu weiterer Senkung gegenüber den angekündigten 70% enthalten. Denn: Für 1981 werden die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung (19,8 Mrd. DM im Jahre 1980) um 3,5 Mrd. DM gekürzt, um damit, ohne zusätzliche Ausgaben des Bundes, das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu stopfen. Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beruft sich auf Rentenexperten der Koalition mit der Vermutung, daß der Beitrag zur Rentenversicherung 1985 auf 19% steigen soll, nachdem er schon ab 1.1.1981 auf 18,5% erhöht wird. Für die Hinterbliebenenrente sind denn auch schon 65% ins Gespräch gebracht worden. Können sie das durchsetzen, so haben die Bourgeois mit einem Schlag erreicht, was ihre Absicht bei der Rentenreform ist: fast alle Frauen, die lohnabhängig waren und deshalb Anspruch auf eine eigene Rente haben, wären bei der Witwenrente schlechter gestellt als bisher. Nur wenn die Frau einen Rentenanspruch von weniger als 1/7 von dem des Mannes hat, würde sie dann überhaupt nach der neuen Regelung eine höhere Rente bekommen. Obwohl die Daten für eine genaue Abschätzung der Frage, wer mehr und wer weniger bekommen würde (die Rentenversicherungen führen gegenwärtig solche Erhebungen durch), nicht vorliegen, läßt sich aus den Rentenzugängen für 1979 doch folgendes feststellen: 98% der Männer bekamen eine Neurente unter 2100 DM, 78% der Frauen bekamen eine Neurente von über 300 DM; immer noch ungeheuer niedrig, aber sie würden bei einem Verdienst des Mannes von unter 2100 DM nach der neuen Hinterbliebenenrente auf jeden Fall weniger bekommen. Dieser Anteil würde in den kommenden Jahren eher noch steigen, auf Grund zunehmender und längerer Frauenarbeit.

Auch an die übrigen Altersrenten will die Koalition. Mit dem scheinheiligen Gerede, die Renten sollten nicht schneller wachsen als die Löhne, sollen die Rentner ab 1985 Zug um Zug den Krankenkassenbeitrag aus der Rente bezahlen, ohne ihn von der Rentenversicherung erstattet zu bekommen. Schon die bisherige Entwicklung seit der Dynamisierung der Renten 1957 hat gezeigt, daß die Renten, bei bruttolohnbezogener Anpassung, über einen längeren Zeitraum gerechnet, nicht schneller gestiegen sind als die Löhne. Die „gleichgewichtige Entwicklung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und Rentner" (Koalitionspapier) würde so oder so auf einer durch das 21. Rentenanpassungsgesetz gesenkten Basis erfolgen. Nicht zu vergessen: ein rascherer Anstieg der Renten als der Löhne ergibt sich bei der bruttolohnbezogenen Anpassung allein einerseits durch das Nachhinken der Anpassung und andererseits durch Steuerprogression und steigende Versicherungsabgaben. Nach wie vor steht demgegenüber die Marke, die der DGB als Orientierungswert für die Renten genannt hat: 90% eines vergleichbaren Nettolohns nach einem erfüllten Arbeiterleben.

Rentenreform '84: Was bleibt sind Rentenkürzungen

Koalition hält sich alles offen / Bruttolohnanpassung, dafür Krankenversicherungsbeitrag

gkr. Bis 1984 muß eine Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung vom Gesetzgeber beschlossen sein. Über deren Höhe konnte sich die SPD/FDP-Koalition noch nicht einigen. Bisher bekommt die Frau nach dem Tod des Mannes die eigene Rente plus 60% von der des Mannes, im umgekehrten Fall, stirbt die Frau früher, bekommt der Mann ausschließlich seine eigene Rente. Für die vom Gericht verlangte Neuregelung hatten sich die Koalitionsparteien in ihren Wahlprogrammen festgelegt: Die Rentenanwartschaft von Mann und Frau soll addiert werden, beim Tod des Partners soll jeweils der Überlebende 70% dieser Summe erhalten. Das führe dazu, daß Frauen mit niedrigen Renten mehr bekämen und solche, die nach bisherigem Recht relativ viel, weniger bekämen und sei daher auch gerecht. Für alle Frauen, deren Rente höher ist als ⅓ von der des Mannes, bedeutet dies eine Verschlechte-

cherung zu stopfen. Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beruft sich auf Rentenexperten der Koalition mit der Vermutung, daß der Beitrag zur Rentenversicherung 1985 auf 19% steigen soll, nachdem er schon ab 1.1.1981 auf 18,5% erhöht wird. Für die Hinterbliebenenrente sind denn auch schon 65% ins Gespräch gebracht worden. Können sie das durchsetzen, so haben die Bourgeois mit einem Schlag erreicht, was ihre Absicht bei der Rentenreform ist: fast alle Frauen, die lohnabhängig waren und deshalb Anspruch auf eine eigene Rente haben, wären bei der Witwenrente schlechter gestellt als bisher. Nur wenn die Frau einen Rentenanspruch von weniger als 1/7 von dem des Mannes hat, würde sie dann überhaupt nach der neuen Regelung eine höhere Rente bekommen. Obwohl die Daten für eine genaue Abschätzung der Frage, wer mehr und wer weniger bekommen würde (die

kommen. Dieser Anteil würde in den kommenden Jahren eher noch steigen, auf Grund zunehmender und längerer Frauenarbeit.

Auch an die übrigen Altersrenten will die Koalition. Mit dem scheinheiligen Gerede, die Renten sollten nicht schneller wachsen als die Löhne, sollen die Rentner ab 1985 Zug um Zug den Krankenkassenbeitrag aus der Rente bezahlen, ohne ihn von der Rentenversicherung erstattet zu bekommen. Schon die bisherige Entwicklung seit der Dynamisierung der Renten 1957 hat gezeigt, daß die Renten, bei bruttolohnbezogener Anpassung, über einen längeren Zeitraum gerechnet, nicht schneller gestiegen sind als die Löhne. Die „gleichgewichtige Entwicklung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und Rentner" (Koalitionspapier) würde so oder so auf einer durch das 21. Rentenanpassungsgesetz gesenkten Basis erfolgen. Nicht

ÖTV unterstützt Kongreß der Fachtagung Medizin

vol. Auf der Fachtagung Medizin am 1./2.11. ist das Programm für den Kongreß zur Studienreform beschlossen worden. Vom 5. bis 7.12. finden in Frankfurt folgende Veranstaltungen und Arbeitsgruppen statt: Politik und Maßnahmen der Bundesregierung im Gesundheitswesen, Entwicklung und Ursachen von „Volkskrankheiten", gibt es eine „Ärzteschwemme"?, praktische Ausbildung der Ärzte, Zulassungsverfahren zum Studium, Prüfungen, Reformvorschläge der ÖTV und andere Modelle. – Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium hat die Verabschiedung der Novelle zur Approbationsordnung in 3 Semestern vorausgesagt. Dabei sollen einerseits durch ein einjähriges Krankenpflegepraktikum und durch Verlängerung des Praktischen Jahrs (PJ) auf 2 Jahre die Kosten in den Krankenhäusern durch Einsatz der Studenten gesenkt werden. Die Niederlassung von jungen Ärzten soll durch die Verlängerung des PJ hinausgezögert werden oder – nach Vorschlag der SPD – ohne zusätzliche Prüfung gar nicht mehr möglich sein, um die Standesinteressen der Ärzte zu wahren. Dazu wird überlegt, mit oder ohne Aufhebung des Numerus Clausus die Prüfungen insgesamt zu verschärfen. – Der ÖTV-Hauptvorstand hat in einem Gespräch mit der Fachtagung erklärt, daß er den Kongreß unterstützen wird. Die ÖTV hat sich in einem Vorschlag zur Reform des Medizinerstudiums gegen die Verschärfung der Zulassung ausgesprochen. Sie fordert Prüfungen, die der Lernkontrolle dienen, und lehnt die Verlängerung des Praktischen Jahrs ab. Gleichzeitig hat sie die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag für das PJ bekräftigt.

Bundesdrogenkongreß in Frankfurt

g. Vom 27.10. – 30.10 diskutierten in Frankfurt ca. 4-500 Beschäftigte von Drogenberatungsstellen, Langzeittherapieeinrichtungen und Kliniken über Probleme ihrer Arbeit und die Drogenpolitik von Bund und Ländern. – Dabei wurden die Widersprüche zwischen den Maßnahmen der staatlichen Stellen und den Ansichten der Beschäftigten in den Ergebnissen verschiedener Arbeitsgruppen und dem Abschlußplenum sehr deutlich. Bei der Eröffnungsrede pries z.B. der hess. Staatssekretär Steinhäuser das Programm der hess. Landesregierung, das dann aber ziemlich einhellig als ein Programm, das die Psychiatrisierung und Zwangstherapie propagiert, verurteilt wurde. Es wurde festgestellt, daß auf dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit, mangelnden Lehrstellen und Perspektivlosigkeit Drogenabhängigkeit entsteht, dieses Problem aber durch das neue Betäubungsmittelgesetz und den Bau von Drogenknästen nur mit staatlichen Gewaltmitteln unterdrückt würde. Dagegen wurde der Bau von mehr Langzeittherapieplätzen gefordert und die neue Kostenübernahmepraxis der Rentenversicherungsträger kritisiert, die nur noch Einrichtungen unter medizinischer Leitung belegen, und so für mehr Kontrolle sorgen wollen. Beim Abschlußplenum wurde mit großer Mehrheit ein staatliches Programm mit dem Suchtmittel Methadon als Ersatz für Heroin abgelehnt.

90% nehmen Mutterschaftsurlaub in Anspruch

hev. 90 Prozent der jungen Mütter machen nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums von dem am 1.7.79 eingeführten Recht Gebrauch, sich im Anschluß an den zweimonatigen Mutterschutz für weitere vier Monate beurlauben zu lassen. Im 2. Halbjahr '79 waren es 36000, im 1. Quartal '80 bereits 60000. Frauen mit niedrigen Löhnen nehmen den vollen Urlaub fast ohne Ausnahme in Anspruch, besser verdienende immer noch zu etwa 70%.

Börner spricht sich für den Bau von Biblis C aus

gkr. Der hessische Ministerpräsident Börner befürwortete jetzt vor dem Landtag in Wiesbaden den Bau des Kernkraftwerkblocks Biblis C. Erst vor wenigen Wochen hatte er sich mit dem rheinland-pfälzischen Kollegen Vogel über den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe verständigt. Der RWE-Konzern hatte noch vor kurzem durch den Mund des für die Genehmigung zuständigen Wirtschaftsministers Karry verkünden lassen, er wolle den Antrag für Biblis C zunächst zurückziehen, um ihn auf den neuesten Stand zu bringen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen treiben gleichzeitig die Errichtung von Zwischenlagern voran, jeweils 1500 t abgebrannter Kernbrennstäbe sollen in Ahaus (NRW) und Gorleben später gelagert werden. Die BBU und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg haben gegen die Zwischenlager eine Unterschriftensammlung angekündigt.

Vertreter des irischen Anti-H-Block-Komitees in der BRD

chm. Das Anti-H-Block-Komitee, das den Kampf der irischen politischen Gefangenen in den Isoliertrakts von Long Kesh unterstützt, organisiert eine Rundreise mit einer Delegation von Vertretern der Gefangenen von Long Kesh, darunter ein Gewerkschaftsvertreter. Die Rundreise findet vom 21.11. bis 27.11. statt mit Veranstaltungen in Bochum (21.11.), Frankfurt (22.11.), Heidelberg (23.11.), Berlin (25.11.), Hamburg (26.11.), Bremen (27.11.). Für weitere Informationen: 0611/431629 (nach 17:00 Uhr).

Bündnissystem des US-Imperialismus zerrissen

Die Neuorientierung zum Mittleren Osten / Steigerung des Militärhaushalts / Erneuerung der Nuklearwaffen



gkr. Als Carter 1976 als Präsidentschaftskandidat der westlichen Supermacht USA antrat, war er noch als Friedenspräsident aufgetreten. Zwar für militärische Stärke, aber doch zurückhaltend verabreicht. ,,Wir müssen die Gelder ausgeben, die legitim für die Verteidigung benötigt werden, doch sind Kürzungen bei Überschneidungen und Verschwendung sowohl möglich als auch notwendig. Sofern es zu keiner wesentlichen Änderung der internationalen Lage kommt, sind wir der Ansicht, daß wir bei richtiger Verwaltung, richtiger Verwendung der Verteidigungsgelder und richtiger Auswahl der militärischen Programme die gegenwärtigen Verteidigungsausgaben um 5 bis 7 Mrd. Dollar senken können.'' So hatten die Demokraten in ihrem Wahlprogramm 1976 geschrieben. Die ,,wesentliche Änderung'' der internationalen Lage allerdings trat rasch ein: Anfang 1979 wurde der Schah, eine der wichtigsten Stützen des US-Imperialismus, aus dem Lande gejagt und mit ihm mußten die US-imperialistischen Berater den Iran verlassen.

Das Bündnissystem des US-Imperialismus

Im wesentlichen während und kurz nach dem 2. Weltkrieg, aus dem die USA als vorherrschende Supermacht hervorgegangen war, hatte sich der US-Imperialismus ein System von Militärpakten geschaffen, die ihm Zugang zu allen Kontinenten und Weltmeeren sicherten:

a) Der Pakt von Rio, auf der Interamerikanischen Verteidigungs-Konferenz von Petropolis (bei Rio de Janeiro) am 30. August 1947 unterzeichnet. Ihm gehören die Staaten Lateinamerikas sowie die USA an, Kuba trat am 29. März 1960 aus. Der Rio-Pakt ist inzwischen Bestandteil der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS).

b) Über die NATO sicherten sich die US-Imperialisten den militärischen Einfluß in Westeuropa wie in Kanada und machten den Atlantik zum Militärpaktgebiet. Der Nordatlantik-Vertrag trat am 4. April 1949 in Kraft. 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, am 5. Mai 1955 die BRD.

c) Im CENTO-Pakt waren die Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien zusammengeschlossen. Die USA waren unter anderem Mitglied im Militärkomitee, nicht aber im Pakt selber. Der CENTO-Pakt war Nachfolger des Bagdad-Paktes, nachdem der Irak 1959 ausgetreten war. Der CENTO-Pakt

rialistischen Berater den Iran verlassen.

Das Bündnissystem des US-Imperialismus

Im wesentlichen während und kurz nach dem 2. Weltkrieg, aus dem die USA als vorherrschende Supermacht hervorgegangen war, hatte sich der US-Imperialismus ein System von Militärpakten geschaffen, die ihm Zugang zu allen Kontinenten und Weltmeeren sicherten:

a) Der Pakt von Rio, auf der Interamerikanischen Verteidigungs-Konferenz von Petropolis (bei Rio de Janeiro) am 30. August 1947 unterzeichnet. Ihm gehören die Staaten Lateinamerikas sowie die USA an, Kuba trat am 29. März 1960 aus. Der Rio-Pakt ist inzwischen Bestandteil der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS).

b) Über die NATO sicherten sich die US-Imperialisten den militärischen Einfluß in Westeuropa wie in Kanada und machten den Atlantik zum Militärpaktgebiet. Der Nordatlantik-Vertrag trat am 4. April 1949 in Kraft. 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, am 5. Mai 1955 die BRD.

c) Im CENTO-Pakt waren die Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien zusammengeschlossen. Die USA waren unter anderem Mitglied im Militärkomitee, nicht aber im Pakt selber. Der CENTO-Pakt war Nachfolger des Bagdad-Paktes, nachdem der Irak 1959 ausgetreten war. Der CENTO-Pakt
stellte so sowohl den Zugang zum Indischen Ozean sicher wie auch eine fast nahtlose Militärbrücke von der NATO zu den Länder des

d) Abkommens über gegenseitige Verteidigungbeihilfe in Indochina vom 23. Dezember 1950. Unter der Führung der US-Supermacht gehörten ihm Kambodscha, Frankreich, Laos und (Süd)Vietnam an.

e) Mit Australien und Neu-Seeland schlossen die USA am 1. September 1951 den ANZUS-Pakt (nach den Anfangsbuchstaben der beteiligten Länder), der mit dem

f) Verteidigungspakt von Manila (am 8. September 1954 gegründet) zur SEATO (South-East Asia Treaty Organization) erweitert wurde. Ihr gehörten neben den erwähnten Staaten noch Frankreich, Großbritannien, Pakistan, die Philippinen und Thailand an.

Dieses Netz von Militärbündnissen, das sich sowohl gegen die SU wie gegen die VR China richtete, wurde ergänzt durch bilaterale Verträge der USA mit einzelnen Staaten dieser Pakte, wie vor allem auch durch die Verträge mit Südkorea und Japan (als Stützpunkte zur Beherrschung des Pazifiks) und Israel und Südafrika.

Das Netz von Militärbündnissen wird zerrissen

In den siebziger Jahren wurde dem US-Imperialismus durch die Kämpfe der Völker der 3. Welt in diesem System kräftige Lücken geschlagen: Mit der Befreiung Kampucheas und Vietnams vom Joch des US-Imperialismus war Indochina herausgebrochen, die SEATO erlosch Mitte 1977. Die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina hatte die US-Bourgeoisie zu ideologischen Manövern gegenüber den Volksmassen gezwungen, wurde der Befreiungskampf doch von großen Teilen von ihnen unterstützt.

Der entscheidende Anlaß für eine Neuorientierung unter Carter war dann der Sturz des Schah-Regimes Anfang 1979, weniger z.B. der Einmarsch der Sozialimperialisten in Afghanistan. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London schrieb Anfang 1980 in seiner jährlich erscheinenden Studie ,,Strategic Survey'': ,,Der Wandel in der amerikanischen Politik kam nicht über Nacht. Er war abzusehen, längst bevor die führende Macht der Welt die demütigende Erfahrung machen mußte zu sehen, wie Fanatiker im Iran 50 amerikanische Diplomaten als Geiseln festhielten, und vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Diese Ereignisse waren nicht der Grund, sondern die Katalysatoren für die geänderte Stimmung.'' Tatsächlich war erstmals im Haushaltsjahr 1980 eine reale Steigerung der Militärausgaben der US-Supermacht seit 1968, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, enthalten (der Haushalt wurde Anfang 1979 beraten). Nach einem Index, gerechnet in konstanten Preisen mit 1970 = 100 (also unter Ausschaltung der Preissteigerung), lagen die Militärausgaben der USA 1968 bei 115,7, sanken bis 1976 auf 79,7. Erstmals für das Haushaltsjahr 1980, für das Ausgaben von 127,4 Mrd. Dollar vorgesehen waren, stieg der Index deutlich auf 83,4, für das Haushaltsjahr 1981 wurden mittlerweile 157 Mrd. Dollar vom Kongreß bewilligt, was einer realen Steigerung von über 5% entsprechen dürfte.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes war ein weiterer Stein aus der Reihe von Militärpakten der US-Imperialisten gebrochen worden, der ihnen Einfluß sowohl im Indischen Ozean wie auch im Mittleren Osten gesichert hatte. Um die Bedeutung zu ermessen, braucht nur daran erinnert zu werden, daß die westlichen europäischen Staaten nahezu 70% ihres Rohöls aus den Staaten um den Persischen Golf beziehen. Das Gebiet ist daher von strategischer Bedeutung für die Weltherrschaft wie auch, weil hier die SU an der Flanke kontrolliert werden kann. Die US-Bourgeois kreiden es denn Carter als einen seiner größten Fehler an, im Iran nicht zugunsten des Schah-Regimes eingegriffen zu haben. Die Sozial-

die geänderte Stimmung.'' Tatsächlich war erstmals im Haushaltsjahr 1980 eine reale Steigerung der Militärausgaben der US-Supermacht seit 1968, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, enthalten (der Haushalt wurde Anfang 1979 beraten). Nach einem Index, gerechnet in konstanten Preisen mit 1970 = 100 (also unter Ausschaltung der Preissteigerung), lagen die Militärausgaben der USA 1968 bei 115,7, sanken bis 1976 auf 79,7. Erstmals für das Haushaltsjahr 1980, für das Ausgaben von 127,4 Mrd. Dollar vorgesehen waren, stieg der Index deutlich auf 83,4, für das Haushaltsjahr 1981 wurden mittlerweile 157 Mrd. Dollar vom Kongreß bewilligt, was einer realen Steigerung von über 5% entsprechen dürfte.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes war ein weiterer Stein aus der Reihe von Militärpakten der US-Imperialisten gebrochen worden, der ihnen Einfluß sowohl im Indischen Ozean wie auch im Mittleren Osten gesichert hatte. Um die Bedeutung zu ermessen, braucht nur daran erinnert zu werden, daß die westlichen europäischen Staaten nahezu 70% ihres Rohöls aus den Staaten um den Persischen Golf beziehen. Das Gebiet ist daher von strategischer Bedeutung für die Weltherrschaft wie auch, weil hier die SU an der Flanke kontrolliert werden kann. Die US-Bourgeois kreiden es denn Carter als einen seiner größten Fehler an, im Iran nicht zugunsten des Schah-Regimes eingegriffen zu haben. Die Sozial-
imperialisten nutzen diese Lage aus, ihre Stellung im Nahen und Mittleren Osten, sowie im Indischen Ozean im Kampf um die Weltherrschaft zu verbessern, bis hin zum Einmarsch in Afghanistan.

Die Neuorientierung der amerikanischen Militärpolitik

Sie bestand nicht einfach in einem stärkeren Wachstum der Militärausgaben, sondern bestand vor allem in einer stärkeren Betonung der Nah- und Mittelostpolitik im Rahmen der amerikanischen Politik. Brzezinski, sicherheitspolitischer Berater Carters, bezeichnete dies Gebiet als ,,dritte zentrale strategische Zone'' – neben Europa und Fernost. Da die amerikanische Flotte nur für ,,eineinhalb Weltmeere ausreichend ist'', damit aber 3 Weltmeere beherrscht werden sollen, wurden fortan die NATO-Partner stärker in die Pflicht genommen. Weiter trafen die US-Imperialisten folgende Maßnahmen: a) Die Schwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen wurde herabgesetzt, die Stationierung der hierfür notwendigen Mittelstreckenraketen in Europa beschlossen. b) Die im Indischen Ozean stationierte Flotte wurde und wird erweitert und c) die Voraussetzungen für den Einsatz der ,,Rapid Deployment Forces'' rasch verlegbare Streitkräfte, vor allem in Gebieten des Nahen und Mittleren Osten, wurden durch Bereitstellung von ausreichend Transportraum, Zwischenlandeplätze für Transportflugzeuge (vor allem BRD) und Zugang zu militärischen Stützpunkten im Nahen und Mittleren Osten geschaffen.

Zu a) Im Dezember 1979 faßte die NATO den Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, etwa gleichzeitig wurde die endgültige Festlegung der US-Regierung auf das MX-Programm, bewegliche Stationierung von Interkontinentalraketen, bekannt und schließlich begannen die US-Imperialisten mit der Erneuerung ihrer U-Boot-Flotte mit Trident-Raketen. Ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die ,,strategische Triade'' der Supermacht. Dieses Programm war gleichzeitig Bestandteil einer neuformulierten Nuklearstrategie der USA. Brown, US-Verteidigungsminister, in seinem Jahresbericht vom 29. Januar 1980: ,,Wir haben untersucht, welche Zielarten wir in einem Vergeltungsschlag abdecken sollten, und unser strategisches Potential so gestaltet, daß man auch weiterhin großes Vertrauen in seine Abschreckungswirkung gegenüber dem Spektrum möglicher Angriffe setzen kann. Vor kurzem haben wir eine grundlegende Überprüfung unserer Strategiepolitik abgeschlossen ... Stattdessen könnten wir selektiv und wohldurchdacht eine Vielzahl von militärischen Zielen sowie Zielen aus dem Bereich der Industrie und der politischen Führung angreifen und dabei gleichzeitig ein für die sichergestellte Vernichtung bestimmtes Potential in Reserve halten.'' Es war dies gut ein halbes Jahr, bevor diese Politik in der Präsidentendirektive 59 bekannt wurde.

b) Die Studie ,,Military Balance 1980/81'' des schon einmal erwähnten Londoner Instituts weist für die Marine der USA einzig bei der Flotte im Indischen Ozean eine deutliche Veränderung auf: Waren vor 2 Jahren gerade 3 Schiffe dort stationiert, so umfaßt die Flotte (die zukünftige 5. Flotte der US-Marine) inzwischen 2 Flugzeugträger und weitere 23 Kampfschiffe.

c) Für den raschen Einsatz von Streitkräften entwickeln die US-Imperialisten gegenwärtig ein neues Transportflugzeug, C-X, um übergroße Frachtgüter über internationale Strecken transportieren zu können. Die ersten 2 von geplanten 14 ,,Vorverlegeschiffe'' werden derzeit gebaut. Ihre Aufgabe: Vollgestopft mit militärischen Gütern sollen sie in verschiedenen Teilen der Weltmeere stationiert sein, um im Kriegsfall rasch zur Stelle sein zu können. Die Stützpunkte werden besonders im Nah/Mittelosten ausgebaut, wie auch um den Indischen Ozean. Im Verlauf dieses Jahres konnten die US-Imperialisten gegenüber Ägypten, gegenüber Oman, Kenia und Somalia durchsetzen, daß diese die Benutzung ihrer militärischen Anlagen, Flughäfen und Häfen in Krisenfällen gestatten. Hinzu kommen rings um den Indik Stützpunkte in Simonstown (Südafrika), Diego Garcia (mitten im Indik) und Cockburn Sound (auf Au stralien).

In all diesen Maßnahmen handelte Carter als Statthalter einer Bourgeoisie einer Supermacht, wie es auch der neugewählte Präsident Reagan tun wird. Letzterer aber formuliert die Ansprüche der Supermacht offener. Seine Aufgabe wird es sein, die letzten Reste von Zurückhaltung, die es bei Carter auf Grund seiner vor 4 Jahren übernommenen Aufgabe noch gegeben hat, abzustreifen.

,,Kluft so groß wie nie''

Auseinandersetzungen innerhalb der NATO

brp. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr nicht die NATO-Verpflichtung einhalten, den Verteidi-

US-Oberherren erwarten, zu einer Reihe von Widersprüchen. Die Kluft zwischen den amerikanischen und europä-

her hinter den USA (5,2%) mit Militärausgaben von 4,9% des Bruttoinlandprodukts auf Platz 2, denkt an eine Re-

Zu a) Im Dezember 1979 faßte die NATO den Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, etwa gleichzeitig wurde die endgültige Festlegung der US-Regierung auf das MX-Programm, bewegliche Stationierung von Interkontinentalraketen, bekannt und schließlich begannen die US-Imperialisten mit der Erneuerung ihrer U-Boot-Flotte mit Trident-Raketen. Ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die ,,strategische Triade'' der Supermacht. Dieses Programm war gleichzeitig Bestandteil einer neuformulierten Nuklearstrategie der USA. Brown, US-Verteidigungsminister, in seinem Jahresbericht vom 29. Januar 1980: ,,Wir haben untersucht, welche Zielarten wir in einem Vergeltungsschlag abdecken sollten, und unser strategisches Potential so gestaltet, daß man auch weiterhin großes Vertrauen in seine Abschreckungswirkung gegenüber dem Spektrum möglicher Angriffe setzen kann. Vor kurzem haben wir eine grundlegende Überprüfung unserer Strategiepolitik abgeschlossen ... Stattdessen könnten wir selektiv und wohldurchdacht eine Vielzahl von militärischen Zielen sowie Zielen aus dem Bereich der Industrie und der politischen Führung angreifen und dabei gleichzeitig ein für die sichergestellte Vernichtung bestimmtes Potential in Reserve halten.'' Es war dies gut ein halbes Jahr, bevor diese Politik in der Präsidentendirektive 59 bekannt wurde.

b) Die Studie ,,Military Balance 1980/81'' des schon einmal erwähnten Londoner Instituts weist für die Marine der USA einzig bei der Flotte im Indischen Ozean eine deutliche Veränderung auf: Waren vor 2 Jahren gerade 3 Schiffe dort stationiert, so umfaßt die Flotte (die zukünftige 5. Flotte der US-Marine) inzwischen 2 Flugzeugträger und weitere 23 Kampfschiffe.

c) Für den raschen Einsatz von Streitkräften entwickeln die US-Imperialisten gegenwärtig ein neues Transportflugzeug, C-X, um übergroße Frachtgüter über internationale Strecken transportieren zu können. Die ersten 2 von geplanten 14 ,,Vorverlegeschiffe'' werden derzeit gebaut. Ihre Aufgabe: Vollgestopft mit militärischen Gütern sollen sie in verschiedenen Teilen der Weltmeere stationiert sein, um im Kriegsfall rasch zur Stelle sein zu können. Die Stützpunkte werden besonders im Nah/Mittelosten ausgebaut, wie auch um den Indischen Ozean. Im Verlauf dieses Jahres konnten die US-Imperialisten gegenüber Ägypten, gegenüber Oman, Kenia und Somalia durchsetzen, daß diese die Benutzung ihrer militärischen Anlagen, Flughäfen und Häfen in Krisenfällen gestatten. Hinzu kommen rings um den Indik Stützpunkte in Simonstown (Südafrika), Diego Garcia (mitten im Indik) und Cockburn Sound (auf Au stralien).

In all diesen Maßnahmen handelte Carter als Statthalter einer Bourgeoisie einer Supermacht, wie es auch der neugewählte Präsident Reagan tun wird. Letzterer aber formuliert die Ansprüche der Supermacht offener. Seine Aufgabe wird es sein, die letzten Reste von Zurückhaltung, die es bei Carter auf Grund seiner vor 4 Jahren übernommenen Aufgabe noch gegeben hat, abzustreifen.

,,Kluft so groß wie nie''

Auseinandersetzungen innerhalb der NATO

brp. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr nicht die NATO-Verpflichtung einhalten, den Verteidigungshaushalt um 3% real zu steigern. Sie begründet dies außer mit notwendigen Sparmaßnahmen damit, sie wolle nicht länger für Nachlässigkeiten und Minderleistungen der anderen NATO-Mitglieder aufkommen. Wie es scheint, wird Kanzler Schmidt bei seinem US-Besuch am 20. November von den USA verlangen wollen, sie sollten die anderen NATO-Länder zu höheren Militärausgaben zwingen. Trotzdem bleibt die Ermahnung der US-Imperialisten an die BRD, von Außenminister Muskie nach der Bundestagswahl vorgebracht, unbedingt die 3%-Steigerung einzuhalten. Prompt folgten jetzt weitere US-Forderungen, um die der US-Supermacht untergeordnete BRD in die Verpflichtung zu nehmen: Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die amerikanischen Besatzertruppen; Renovierung von Truppenunterkünften; Übernahme von Wartungs- und Unterhaltungskosten für das Material dreier zusätzlicher US-Divisionen in der BRD; Verbesserung und Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen für die amerikanischen Truppen; Ausbau von militärischen Anlagen als Basen für größere US-Truppenverlegungen in andere Regionen, vor allem den Mittleren Osten.

Die US-Supermacht strebt wie die sozialimperialistische Supermacht nach Weltherrschaft. Dieser Rivalität wegen haben sich die anderen NATO-Länder den Interessen der USA unterzuordnen. Das führt aufgrund der unterschiedlichen Stärke der einzelnen Mitglieder der imperialistischen Allianz und aufgrund des verschiedenen Schnitts, den sie im Schlepptau der US-Oberherren erwarten, zu einer Reihe von Widersprüchen. Die Kluft zwischen den amerikanischen und europäischen Auffassungen sei so groß wie nie, schrieb der Leiter der Sektion Europa, Mittlerer Osten und Afrika der Abteilung Außen- und Verteidigungspolitik des amerikanischen Kongresses im Juli. Er folgerte, für die Anforderungen der USA, die ihre Interessen auch außerhalb des NATO-Bereichs geltend mache, seien erneute Verpflichtungen zur Verbesserung des Verteidigungsprogramms notwendig; Fortschritte bei den SALT-Verhandlungen könnten zur Durchsetzung der Stationierung der Mittelstreckenraketen führen.

1978 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder die 1977 vereinbarte jährliche Steigerung der Verteidigungshaushalte um 3% und verabschiedeten in dem Zusammenhang das langfristige Verteidigungsprogramm, mit dem militärische Kapazitäten erweitert und modernisiert, die drei Waffengattungen verstärkt, die Reserven mobilisiert und die Infrastruktur beschleunigt ausgebaut werden sollten. 1979 stellte man fest, daß durch die Bank noch nicht einmal die bereits 1973 vereinbarten Kriterien für Minimalstandards für Reservisten und Reserveverbände erfüllt waren. Die NATO-Divisionen von Belgien, Großbritannien und den Niederlanden entsprechen nicht der Soll-Stärke, die Niederlande haben statt eines vollen Korps mit 2 Divisionen nur 1 Brigade in der BRD stationiert. Bis auf Belgien und die BRD hielten alle anderen NATO-Staaten die 3%-Steigerung 1979 nicht ein. Dänemarks Regierung will von 1981 bis 1985 die Verteidigungsausgaben auf dem gegenwärtigen Stand einfrieren. Großbritannien, bisher hinter den USA (5,2%) mit Militärausgaben von 4,9% des Bruttoinlandprodukts auf Platz 2, denkt an eine Reduzierung, und die Niederlande erklärten öffentlich, sie fühlten sich an die 3%-Steigerung des Militärhaushaltes nicht mehr gebunden.

Gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen, im Dezember 1979 beschlossen, gibt es von den kleineren NATO-Mitgliedern weiterhin Widerstand. Dänemark hatte damls eine 6monatige Verschiebung des Beschlusses verlangt, die Niederländer kündigten einen Vorbehalt auf 2 Jahre an, die niederländische Regierung weigert sich weiter, der Stationierung von 48 Marschflugkörpern zuzustimmen, während die belgische erst am 19. September 1980 der Stationierung zustimmte, wenn das nach Verhandlungen der USA mit der SU über das ,,Gleichgewicht der nuklearen Waffen in Europa'' noch erforderlich sei. Großbritannien, selbst Nuklearmacht, und Italien sowie die BRD – damals noch unter Vorbehalt – stimmten zu. Dänemark erklärte, ,,unter den gegebenen Umständen'' käme keine Stationierung in Betracht, und Norwegen beharrt auf seinem Standpunkt, in Friedenszeiten kernwaffenfrei zu bleiben. In den Niederlanden, Belgien, Dänemark und Norwegen gibt es eine starke Soldatenbewegung. Außerdem sind es untergeordnete imperialistische Mächte, die bei einer militärischen Auseinandersetzung am ehesten aufgrund ihrer Schwäche und der exponierten strategischen Lage (vor allem Dänemark und Norwegen) damit rechnen müssen, zur Beute zu werden. Sie geben allerdings auch in gewisser Weise dem Druck der SU-Supermacht nach, was die Lage nur gefährlicher für sie macht.



Vermittlung der Blockfreien zwischen Iran und Irak zunächst gescheitert

Werden die USA Waffen an den Iran liefern?

bep. Der Versuch der Blockfreienbewegung, mit Hilfe einer Kommission aus sechs Außenministern zwischen den Regierungen Irans und des Irak zu vermitteln, ist letzte Woche zunächst gescheitert. Die Komission ist auf Vorschlag des PLO-Vorsitzenden Arafat vom Koordinationskomitee der Blockfreien gebildet worden. Sie besteht aus den Außenministern Jugoslawiens, Sambias, Algeriens, Pakistans, Indiens und Kubas sowie einem Vertreter der PLO. Sowohl die irakische wie die iranische Regierung hatten der Bildung der Kommission zugestimmt. Letzte Woche traten die Außenminister zu Beratungen in Belgrad zusammen, in Abwesenheit des algerischen Vertreters. Kurz vorher hatte der Irak einen Empfang der Kommission verweigert; ein arabisches Land solle nicht an der Vermittlung teilnehmen. Möglicherweise bezweifelt der Irak die Neutralität Algeriens, das enge Beziehungen zum Iran unterhält, aber im Konflikt zwischen Iran und Irak bis jetzt nicht öffentlich Partei ergriffen hat. Die Mitglieder des Komitees der Blockfreien haben erklärt, sie seien weiterhin zu jedem Schritt bereit, der zu einer friedlichen Lösung führen könne. Sie kündigten an, ihre Konsultationen in Delhi fortzusetzen; ein Termin wurde bisher nicht genannt. UN-Generalsekretär Waldheim hat einen Sonderbeauftragten in die beiden Länder entsandt, der die Möglichkeiten von Kontakten zwischen den beiden Regierungen offenhalten soll.

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat erneut den Rückzug der irakischen Truppen unter der Bedingung angeboten, daß der Iran ,,die irakischen Rechte" in vollem Umfang anerkenne. Die iranische Regierung forderte den Ausschluß des Irak aus der Blockfreienbewegung. Das iranische Parlament ermächtigte die Regierung, bei einer schrittweisen Erfüllung der iranischen Forderungen an die USA (Erklärung der Nichteinmischung in die iranischen Angelegenheiten, Frei-

der Kommission zugestimmt. Letzte Woche traten die Außenminister zu Beratungen in Belgrad zusammen, in Abwesenheit des algerischen Vertreters. Kurz vorher hatte der Irak einen Empfang der Kommission verweigert; ein arabisches Land solle nicht an der Vermittlung teilnehmen. Möglicherweise bezweifelt der Irak die Neutralität Algeriens, das enge Beziehungen zum Iran unterhält, aber im Konflikt zwischen Iran und Irak bis jetzt nicht öffentlich Partei ergriffen hat. Die Mitglieder des Komitees der Blockfreien haben erklärt, sie seien weiterhin zu jedem Schritt bereit, der zu einer friedlichen Lösung führen könne. Sie kündigten an, ihre Konsultationen in Delhi fortzusetzen; ein Termin wurde bisher nicht genannt. UN-Generalsekretär Waldheim hat einen Sonderbeauftragten in die beiden Länder entsandt, der die Möglichkeiten von Kontakten zwischen den beiden Regierungen offenhalten soll.

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat erneut den Rückzug der irakischen Truppen unter der Bedingung angeboten, daß der Iran ,,die irakischen Rechte" in vollem Umfang anerkenne. Die iranische Regierung forderte den Ausschluß des Irak aus der Blockfreienbewegung. Das iranische Parlament ermächtigte die Regierung, bei einer schrittweisen Erfüllung der iranischen Forderungen an die USA (Erklärung der Nichteinmischung in die iranischen Angelegenheiten, Frei-
gabe der iranischen Vermögen, Verzicht auf Schadensersatz- und ähnliche Ansprüche, Unterstützung bei der Rückerlangung des Schah-Vermögens) die Geiseln Zug um Zug freizulassen. Die iranischen Vermögen in den USA umfassen auch militärisches Gerät im Wert von 550 Mio. Dollar. Die USA erklärten, sie würden ,,keine tödlichen Waffen" an den Iran liefern, was allgemein so interpretiert wurde, daß sie z.B. Flugzeugersatzteile wohl liefern würden. Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate haben demgegenüber angekündigt, eine amerikanische Unterstützung für den Iran werde zur Folge haben, daß die Steigerung der Ölförderung, die sie zum Ausgleich für die ausgefallenen irakischen Lieferungen vorgenommen haben, zurückgenommen würde. Diese Staaten liefern die zusätzliche Produktion vor allem an die früheren Abnehmer des Irak: Frankreich, Japan, Indien und Brasilien, zu den gleichen Preisen, zu denen der Irak geliefert hatte. Der ägyptische Präsident Sadat verließ seine neutrale Position und erklärte öffentlich den Irak zum Aggressor.

Die ,,Süddeutsche Zeitung" zitierte ,,Informationen des amerikanischen Geheimdienstes", nach denen die SU und Frankreich sowohl den Iran als auch den Irak mit Nachschub versorgen. Sicher ist, daß trotz der erklärten strikten Neutralität der EG-Staaten französische Firmen Waffen (z.B. auch Mirage-Kampfflugzeuge) an den Irak liefern. Aber auch der Iran bemüht sich um Waffenkäufe in Frankreich. Die Außenminister der EG-Mitgliedsstaaten sind auf einer Konferenz in Luxemburg letzte Woche übereingekommen, die gegen den Iran verhängten Wirtschaftssanktionen aufzuheben, sobald die amerikanischen Geiseln freigelassen seien. Es solle jedem EG-Mitglied überlassen bleiben, welche Güter an den Iran verkauft werden könnten.

Während die Stadt Abadan, deren Eroberung dem Irak die Kontrolle über den Shatt al-Arab sichern würde, nach wie vor unter schwerem irakischem Beschuß lag und ständig angegriffen wurde, spiegelte sich in den militärischen Kommuniques eine Zunahme der Kampftätigkeit im Norden wider. Anscheinend sucht der Irak den Iran zu

dien und Brasilien, zu den gleichen Preisen, zu denen der Irak geliefert hatte. Der ägyptische Präsident Sadat verließ seine neutrale Position und erklärte öffentlich den Irak zum Aggressor.

Die ,,Süddeutsche Zeitung" zitierte ,,Informationen des amerikanischen Geheimdienstes", nach denen die SU und Frankreich sowohl den Iran als auch den Irak mit Nachschub versorgen. Sicher ist, daß trotz der erklärten strikten Neutralität der EG-Staaten französische Firmen Waffen (z.B. auch Mirage-Kampfflugzeuge) an den Irak liefern. Aber auch der Iran bemüht sich um Waffenkäufe in Frankreich. Die Außenminister der EG-Mitgliedsstaaten sind auf einer Konferenz in Luxemburg letzte Woche übereingekommen, die gegen den Iran verhängten Wirtschaftssanktionen aufzuheben, sobald die amerikanischen Geiseln freigelassen seien. Es solle jedem EG-Mitglied überlassen bleiben, welche Güter an den Iran verkauft werden könnten.

Während die Stadt Abadan, deren Eroberung dem Irak die Kontrolle über den Shatt al-Arab sichern würde, nach wie vor unter schwerem irakischem Beschuß lag und ständig angegriffen wurde, spiegelte sich in den militärischen Kommuniques eine Zunahme der Kampftätigkeit im Norden wider. Anscheinend sucht der Irak den Iran zu
zwingen, Truppen von der Verteidigung von Abadan, Ahwaz und Dezful abzuziehen. Beide Seiten berichten über Kämpfe bei der Stadt Kermanshah. Damit wäre der Irak in diesem nördlichen Kampfabschnitt jetzt am weitesten, nämlich über 100 km, auf iranisches Gebiet vorgedrungen und bedrohte einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt.

Kampf um den wirtschaftlichen Aufbau Mosambiks

Tatsächlich geht es um Unabhängigkeit vom Sozialimperialismus

aml. Mosambik ist ein armes Entwicklungsland. Diese Tatsache hat sicher beschleunigt, daß das Land im Versuch, sich wirtschaftlich von Südafrika und Portugal unabhängig zu machen, zunehmend in das Netz des Sozialimperialismus geraten ist. Im Land sind sowjetische Militärexperten, DDR Wirtschaftsexperten und kubanische Wirtschaftshelfer. Über ein Drittel des früheren Außenhandels mit Portugal wird jetzt mit den RGW-Ländern abgewickelt. Der ziemlich weitgehenden ideologischen Unterwerfung unter die Sowjetunion und der Progpagierung von deren Politik und Theorien z.B.in der Blockfreienbewegung stehen gegenüber die tatsächliche Unterstützung des Befreiungskamnpfes der ZANU (PF) und praktische Schritte zur gegenseitigen wirtschaftlichen Unterstützung der Länder Zentralafrikas und des südlichen Afrikas, die erst richtig nach dem Sieg des Volkes von Zimbabwe möglich wurden. Die Rückständigkeit der Wirtschaft Mosambiks hat Ursachen im portugisischen Kolonialismus. Vor der Revolution waren 95% der afrikanischen Bevölkerung Bauern, die übrigen haben in den Städten Lohnarbeit verrichtet. 220 000 Arbeiter schafften in den Minen der südafrikanischen Provinz Transvaal und stellten damit dort 22% der Bergleute in den Goldgruben und 45% in den Kohlegruben. Mosambik diente als Warenumschlagsplatz für Südafrika und Rhodesien. Bis 1960 war die Wirtschaft Mosambiks vollständig auf die engen Bedürfnisse Portugals ausgerichtet. Mosambik mußte Baumwolle für die portugiesische Textilindustrie liefern, die etwa ein Drittel der industriellen Produktion Portugals ausmachte. Zwangsweise mußten insbesondere die Bauern in den nördlichen Provinzen Portugals ihre traditionelle, auf Eigenbedarf ausgerichtete Produktion einstellen und Baumwolle anpflanzen. Die traditionelle Landwirtschaft wurde vollends zerstört, was große Hungersnöte zur Folge hatte.

Der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft Mosambiks begann während des Befreiungskrieges in den befreiten Gebieten der nördlichen Provinzen. Mit der Befreiung zogen sich die Kolonialgesellschaften zurück. Daher kam es zum erneuten Anbau solcher Grundnahrungsmittel wie Mais, Hirse, Kassava, Bohnen und Erdnüsse. Im Krieg selbst wurde die Anbaufläche größer als sie jemals unter den Kolonialbeamten war. Es konnten auch Überschüsse exportiert werden, so daß Arbeitsinstrumente wie Hacken und Lebensmittel wie Salz und Seife eingeführt werden konnten.

Mit der politischen Unabhängigkeit des Landes blieb die Aufgabe, die Landwirtschaft zu entwickeln weiterhin grundlegend. Wichtig war, die richtigen Beziehungen zwischen Stadt und Land herzustellen. Erst seit 1960 wurde um die Hafenstädte Beira und Maputo in größerem Ausmaß Industrie angesiedelt. Die Arbeiterklasse Mosambiks ist klein und in der industriellen Produktion unerfahren. Ihre Lebensbedingungen verbesserten sich nach dem Sieg der FRELIMO, die Löhne verdreifachten, verzehnfachten sich manchmal. Viele angelernte Wanderarbeiter kamen aus Südafrika zurück und bildeten den Kern mosambikanischer Facharbeiter. Die Lage der Bauern hat sich nicht entfernt entsprechend entwickelt, was zum Anschwellen der städtischen Bevölkerung führte, ohne daß sich die Industrie ausdehnte. ,,In dieser Stadt (Maputo) arbeitet nur die Minderheit der Bevölkerung, der Rest steht Schlange und produziert nichts", umriß Präsident Machel die Lage im März 1980. Schätzungsweise leben heute etwa 1,5 Mio. der 11 Mio. Mosambikaner in den Städten oder in Hüttensiedlungen am Rand der Städte.

Die Außenhandelsbilanz Mosambiks zeigt drastisch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mosambiks: 0,63 Mrd DM Importen standen 1973 0,31 Mrd DM Exporte gegenüber, 1979 schnellten die Importe auf 1,03 Mrd DM, die Exporte erhöhten sich nur auf 0,46 Mrd DM. Die Ausfuhrprodukte des Landes sind in der Hauptsache landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Sisal, Zitrusfrüchte und Cashew Nüsse. Fast alle Industrieerzeugnisse, selbst Seife, müssen eingeführt werden. Neben Fehlern in der Landwirtschaft - selbst Arbeiter auf staatlichen Baumwollplantagen wurden z.B. entlassen, weil die Löhne nicht bereitgestellt wurden, darüber verkam die ganze Baumwollernte dieser Plantagen - ist das Haupthemmnis der Entwicklung der Landwirtschaft das Fehlen einer Leichtindustrie und eines ausreichenden Transportwesens. Das Fehlen einer Leichtindustrie führt z.B. dazu, daß Zitrusfrüchte im Winter um Maputo herum nicht geerntet werden und es im Sommer weder Marmelade noch Saft und Limonade gibt. Die Regierung Mosambiks hat der Unterentwicklung den Kampf angesagt und die 80er Jahre zur Dekade der Entwicklung des Landes erklärt. Eine Säuberung des Staatsapparates ist durchgeführt worden, was wohl nötig war, um Korruption, Sabotage und Schlendrian zu bekämpfen. Was die wirtschaftlichen Maßnahmen sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist nicht ganz deutlich. Ende 1979 erklärte Präsident Machel vor dem ZK der FRELIMO:,,Wir müssen uns auf die vorrangigen wirtschaftlichen Sektoren konzentrieren, die Gemeinschaftsdörfer und die kollektive Produktion festigen, die Bauern ermutigen, ... Produkte für den Export anzubauen, und alle Kräfte entfalten, um die Versorgung unseres Volkes mit den elementarsten Waren zu fördern."

Vorrangig wird der Ausbau der Häfen Maputo, Beira, Nacala betrieben. Präsident Machel hat das Interesse seines Landes bekundet, Mosambiks Eisenbahn und Häfen für den Warenumschlag von Botswana, Sambia, Zaire, Zimbabwe, Malawi und Swaziland auszubauen. Das liegt im Interesse der genannten Staaten. Die Einnahmen daraus kann Mosambik gut verwenden, um z.B. im Austausch mit Zimbabwe seine eigene Wirtschaft zu entwickeln. Das fördert nicht nur die Unabhängigkeit Mosambiks von Südafrika, sondern kann auch die Basis dafür bilden, daß das Land sich aus der Abhängigkeit vom Sozialimperialismus befreit.



ben. Mosambik diente als Warenumschlagsplatz für Südafrika und Rhodesien. Bis 1960 war die Wirtschaft Mosambiks vollständig auf die engen Bedürfnisse Portugals ausgerichtet. Mosambik mußte Baumwolle für die portugiesische Textilindustrie liefern, die etwa ein Drittel der industriellen Produktion Portugals ausmachte. Zwangsweise mußten insbesondere die Bauern in den nördlichen Provinzen Portugals ihre traditionelle, auf Eigenbedarf ausgerichtete Produktion einstellen und Baumwolle anpflanzen. Die traditionelle Landwirtschaft wurde vollends zerstört, was große Hungersnöte zur Folge hatte.

Der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft Mosambiks begann während des Befreiungskrieges in den be-

te, ohne daß sich die Industrie ausdehnte. ,,In dieser Stadt (Maputo) arbeitet nur die Minderheit der Bevölkerung, der Rest steht Schlange und produziert nichts", umriß Präsident Machel die Lage im März 1980. Schätzungsweise leben heute etwa 1,5 Mio. der 11 Mio. Mosambikaner in den Städten oder in Hüttensiedlungen am Rand der Städte.

Die Außenhandelsbilanz Mosambiks zeigt drastisch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mosambiks: 0,63 Mrd DM Importen standen 1973 0,31 Mrd DM Exporte gegenüber, 1979 schnellten die Importe auf 1,03 Mrd DM, die Exporte erhöhten sich nur auf 0,46 Mrd DM. Die Ausfuhrprodukte des Landes sind in der Hauptsache landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Sisal, Zitrusfrüchte und Cashew

zubauen, und alle Kräfte entfalten, um die Versorgung unseres Volkes mit den elementarsten Waren zu fördern."

Vorrangig wird der Ausbau der Häfen Maputo, Beira, Nacala betrieben. Präsident Machel hat das Interesse seines Landes bekundet, Mosambiks Eisenbahn und Häfen für den Warenumschlag von Botswana, Sambia, Zaire, Zimbabwe, Malawi und Swaziland auszubauen. Das liegt im Interesse der genannten Staaten. Die Einnahmen daraus kann Mosambik gut verwenden, um z.B. im Austausch mit Zimbabwe seine eigene Wirtschaft zu entwickeln. Das fördert nicht nur die Unabhängigkeit Mosambiks von Südafrika, sondern kann auch die Basis dafür bilden, daß das Land sich aus der Abhängigkeit vom Sozialimperialismus befreit.



Im August, vor 40000 Zimbabwern im Rufaro Stadion Salisbury, begann Präsident Machel seine Rede: ,,Vielen Dank, Volk von Zimbabwe, wir von Mosambik sind jetzt frei." Mosambik hat große Opfer auf sich genommen, um den Befreiungskrieg von Zimbabwe zu unterstützen. Auf etwa eine Milliarde DM werden die Kriegsschäden in Mosambik geschätzt.

Provisorische Verfassung für die Türkei ausgearbeitet

chm. Die türkische Militärregierung hat ein Programm ,,zur Wiederherstellung der Demokratie" vorgelegt. Es sieht die Bildung einer gemischten Kommission aus Verfassungsexperten und Militärrichtern vor, die auf Grundlage von zwei Vorschlägen, die schon unter der Regierung Demirel ausgearbeitet worden waren, einen Entwurf für eine neue Verfassung vorlegen soll. Über diese neue Verfassung soll im Referendum abgestimmt werden. Ebenfalls ist vorgesehen, ein neues Parteien- und Wahlgesetz auszuarbeiten, das ein Zweiparteiensystem für die Türkei festlegt und eine Sperrklausel gegen kleine Parteien enthält.

Hausarrest gegen Ben Bella aufgehoben

chm. Am 1.11., dem 26. Jahrestag des algerischen Befreiungskampfes gegen die französische Kolonialmacht hat Staatspräsident Chadli Bendjedid die Aufhebung des Hausarrestes gegen den ehemaligen Staatspräsidenten Ahmad Ben Bella verfügt, der im Juni 1965 verhaftet worden war. Ebenfalls begnadigt wurden der ehemalige Kommandeur der Provinz Auras, Tahar Zbiri, und die Mitglieder der algerischen provisorischen Revolutionsregierung, Ferhat Abbas und Ben Khedda. Staatspräsident Bendjedid begründete die Maßnahme damit, daß es notwendig sei, die nationale Einheit zu festigen und den Aufbau der Wirtschaft voranzutreiben gegen alle Einmischungsversuche von außen.

DDR-Unterstützung für das Heng Samrin-Regime

wos. Thailändischen Zeitungen zufolge haben seit Oktober DDR-Spezialisten den Transport des sowjetischen Waffennachschubs für vietnamesische Truppen in Kampuchea mitorganisiert. Bei den Lieferungen handelt es sich um Panzer, Geschütze und Munitionsbehälter. Bereits seit längerem sind rund 250 sowjetische ,,Transport- und Hafenarbeiter", in Wahrheit Logistik-Offiziere, aktiv. Außerdem wurde am 19.10. zwischen der DDR und dem Heng Samrin-Regime ein Abkommen über Zusammenarbeit im Gesundheitswesen abgeschlossen. Dabei dankte Heng Samrin der DDR für ihre ,,moralische und materielle Unterstützung beim Wiederaufbau Kamputscheas".

Erfolg afghanischer Kämpfer im Norden des Landes

chm. Den afghanischen Widerstandskämpfern ist es gelungen, den Distrikt Khawand im Norden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Von diesem Distrikt aus werden große Teile der südlichen Sowjetunion mit Erdgas versorgt. Die Pipelines sind gesprengt worden und die Versorgung ist unterbrochen.

Unesco-Konferenz für neue internationale Medienpolitik

bag. Die 21. Unesco-Vollversammlung, die kürzlich in Belgrad stattfand, erregte Aufsehen, weil der Leiter der afghanischen Delegation in einer Rede scharf die Unterdrückung seines Landes durch die Sowjetunion angriff. Die Konferenz stand insgesamt im Zeichen des Kampfes der Länder der Dritten Welt für politische und kulturelle Unabhängigkeit, insbesondere von den beiden Supermächten. Schwerpunkt der Diskussionen war die Medienpolitik. Ein Delegierter aus Tansania beschrieb die Lage vieler Länder der Dritten Welt: ,,In meinem Heimatdorf in Tansania konnten wir niemals Radio Tansania hören. Der Sender war nicht stark genug. Dagegen konnten wir ohne Schwierigkeiten BBC, Radio Moskau und die Stimme Amerikas empfangen. Es waren diese Sender, die uns täglich beeinflußten." Die Konferenz verabschiedete u.a. ein ,,Programm zur internationalen Entwicklung der Kommunikation" (IPDC). Anträge westlicher imperialistischer Länder, dieses Programm im Namen der Informationsfreiheit privatwirtschaftlich zu organisieren, wurden abgelehnt.

NATO: 13% des Sozialprodukts der SU für Rüstungen

gek. Einer Analyse der NATO über die Entwicklung der Militärausgaben der Sowjetunion zufolge sind diese zwischen 1970 und 1979 um jährlich real 4% gestiegen. Sie erreichen inzwischen einen Anteil von 12 – 13% des Bruttosozialprodukts. Bei weiterer Aufrüstung in diesem Tempo würden sie, angesichts der Wirtschaftsstagnation, bis 1985 sogar einen Anteil von 15% erreichen. Fast die Hälfte der Ausgaben wird auf Investitionen in Waffen, Geräte und Bau von Anlagen gesteckt; dagegen muß für die 3,6 Mio. Soldaten, einschließlich der Berufssoldaten, nur ein Drittel der Kosten aufgewendet werden; das restliche Fünftel dient der Erforschung und Erprobung neuer Waffen. Schätzungsweise ein Drittel der gesamten Werkzeugmaschinenproduktion der Sowjetunion wird in der Rüstungsindustrie eingesetzt; ein Siebtel der Energie wird für den Militärsektor verbraucht. Direkt beschäftigt die Armee 3 – 4% der arbeitsfähigen Bevölkerung, indirekt (mit Rüstungsindustrie, Verwaltungen etc.) sind es 10%. – Direkte Vergleiche mit den westlichen Imperialisten, insbesondere den USA, lassen sich nicht ziehen. Die Studie gibt die Militärausgaben der USA mit 5% des Sozialprodukts an; bezieht man jedoch den gesamten Komplex von Rüstungsindustrie, militärischen Forschungsinstituten usw. ein, liegen sie mit Sicherheit erheblich höher.



„Straße der Freiheit“: Kinderzeichnung aus Solomona im befreiten Norden Eritreas. 1978 beschloß die EPLF, eine Ausweichstraße zu bauen, die den Süden mit dem Norden verbindet, weil zu erwarten war, daß die äthiopischen Besatzer die Hauptstraße zum Ziel ihrer Angriffe machen. Mitten in die Granitfelsen des Sahelgebietes wurden 120 km freigehauen, die bis heute den Nachschub sichern.

Der zionistische Kolonialstaat in Dauerkrise

Regierung Begin versucht sich durch Rundumschläge und Spaltungen an der Macht zu halten

mam. In den letzten 12 Monaten stiegen in Israel die Preise in folgenden Raten: Nahrungsmittel 172,5%, Obst und Gemüse 157,9%, Haushaltung 160,2%, Kleidung und Schuhwerk 96,3%, Gesundheitswesen 141,5%, Transportwesen und Postgebühren 148,3%. Im Laufe des Jahres 1979 betrug die Inflation 100%, für das Jahr 1978 gibt das Zentrale Amt für Statistik in Israel eine Inflationsrate von 48% an, dieses Jahr (1980) sollen es 134% werden. Im Januar 1979 hatte die Regierung Begin, die seit 1977 im Amt ist, das Wirtschaftskabinett neu besetzt und hauptsächlich durch Streichung der Subventionen für Nahrungsmittel, Steuererhöhungen und dem Versuch, die Löhne im öffentlichen Dienst zu senken, die Sanierung des Staatshaushaltes in Angriff genommen. Wie jedes Jahr seit Existenz des Siedlerstaates ist ihr das mißlungen, und sie versucht unter Hinweis auf die Bedrohung durch die arabischen Länder, die den Verteidigungsetat auf ein Drittel aller Staatsausgaben hochtreiben, den Massen weitere „Opfer“ abzupressen.

Um „fehlende Mittel für Sozialleistungen an Minderbemittelte zu finanzieren“, will die Regierung jetzt alle Einkommen über 70000 Schekel (2800 DM) für ein Jahr um 5 bis 10% höher besteuern. Damit keine Ungerechtigkeit entsteht, wird den Arbeitern und

Anhang zahlt. Die BRD-Imperialisten haben jetzt das jährliche Unterstützungsabkommen mit Israel unterzeichnet, demzufolge Israel 140 Mio. DM „zur Förderung von Industrie-, Landwirtschafts- und Kommunikationsprodukten“ erhalten wird.

Gleichzeitig kommt der Nachschub an Menschen für den Kolonialstaat ins Stocken. Die Zahl der Juden, die Israel wieder verlassen, übertrifft die Zahl der Einwanderer. Im September hatte die Zahl der Einwanderer einen absoluten Tiefstand erreicht: 1491 Immigranten trafen in Israel ein, im Juni waren es noch 2858. Allein von den 1307 Juden, die die Sowjetunion im September verließen, wagten nur 267 den Weg in das gelobte Land.

Mit dem Abkommen von Camp David hat die Regierung innen- und außenpolitisch eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht: die arabischen Länder waren gespalten und damit waren die Voraussetzungen gut, die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten voranzutreiben, was wiederum die notwendige Unterstützung der reaktionären nationalreligiösen Parteien für die Regierungskoalition sicherte. Der Verlust des Sinai wiegt nicht so schwer, wie etwa ein Verzicht auf das fruchtbare Westufer des Jordan (die „Kornkammer Israels“) oder die Golan-Höhen, die nicht nur strategische Bedeutung haben, sondern auch mit der Jordan-

rien, keine wirksamen Angriffe von seiten der arabischen Länder gegen ihre Expansionspolitik geführt werden können.

Die rechtsreligiöse Tehiya-Partei, die das Jerusalem-Gesetz initiiert hatte, fühlte sich jetzt dazu berufen, von der Regierung die Annektion der Golan-Höhen zu fordern, wo in den letzten 13 Jahren 28 Siedlungen mit 10000 Einwohnern errichtet wurden. Die oppositionelle Arbeiterpartei (Mapam) und die Mehrheit der Israelis sind gegen eine Annektierung, aber für die Beibehaltung der Siedlungen. Einer Rückgabe des größten Teils an Syrien wollen sie nur zustimmen, wenn das Gebiet bis auf einen israelischen Sicherheitsgürtel entmilitarisiert wird. So kann die Regierung, gestützt auf die bürgerliche Opposition, ihre Expansionspolitik fortsetzen. Letzte Woche wurden im Westjordangebiet zwei neue Siedlungen gegründet. Der Vorsitzende des Siedlungskomitees der Golan-Höhen sagte nach der Räumung der israelischen Siedlungen auf dem Sinai: „Wir beschlossen sofort, daß uns das nicht passieren darf ... Ich würde lieber die Golan-Höhen ohne Frieden haben als Frieden ohne die Golan-Höhen.“

Seaga gegen Manley als neuer Präsident Jamaikas gewählt

hev. Am 30. Oktober wurde der bisherige Präsident Jamaikas Michael N. Manley bei den Präsidentschaftswahlen vom Kandidaten der Labour-Partei Edward P. G. Seaga vernichtend geschlagen. Seine Nationale Volkspartei verlor 38 ihrer 47 Sitze im Parlament. Die Wahlbeteiligung war mit rund 80% überdurchschnittlich hoch, bewaffnete Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes haben über 500 Tote gefordert. Manley hat die Wahl verloren, obwohl er bei den Ländern der Dritten Welt ein großes Ansehen genoß und obwohl einige erfolgreiche Sozialreformen auf das Konto seiner 8jährigen Amtszeit gehen: gesetzlicher Mindestlohn, gleiche Rechte für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Erwachsenenalphabetisierung, kostenlose Schulbildung, Halbierung der Säuglingssterblichkeit. Seit 1975 gab es eine staatliche Kontrolle über die Profite der meist ausländischen Industrieunternehmen, es folgte eine Erhöhung der Steuern auf Bauxit, dem Grundstoff für Aluminium und die Gründung einer internationalen Gesellschaft der Bauxitländer mit Sitz in der Hauptstadt Jamaikas, Kingston.

Aber die Karibikinsel, ca. halb so groß wie Hessen, 2 Mio. Einwohner, steht vor dem wirtschaftlichen Ruin. In den letzten sieben Jahren sank das Nationalprodukt pro Kopf um 25%, z.Zt. gibt es rund 35% Arbeitslose, in den Städten bis zu 65%. Exporterlöse Jamaikas resultieren nahezu vollständig aus dem Bauxit, dem Zucker und dem Fremdenverkehr. Das macht die Wirtschaft höchst verwundbar – Jamaika bekommt eine Lungenentzündung, wenn die USA nur einen Schnupfen haben, sagte Manley. Der Versuch, trotz dieser Lage einen Kurs der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu steuern, haben die USA und der Internationale Währungsfonds mit den üblichen Pressionen beantwortet. Der IWF verlangte für einen 429 Mio. Dollar Kredit 1978 und noch einmal im Dezember 1979 massive Kürzungen des Staatshaushalts und eine Abwertung des Jamaika-Dollars um 50%, was die Regierung zwar offiziell akzeptiert, aber nie erfüllt hat und auch nicht erfüllen konnte. Ein Vergleich mag den Druck verdeutlichen, dem sich ein so kleines Land wie Jamaika ausgesetzt sieht: Der Umsatz nur eines der 6 Aluminiumkonzerne, die das Bauxit Jamaikas ausbeuten, des kanadischen Alcan, ist sechsmal so groß wie das Bruttosozialprodukt Jamaikas. Seit '75 haben die ausländischen Konzerne in Jamaika nichts mehr investiert.

Der eben gewählte Präsident Seaga, von den Anhängern Manleys CIA-GA genannt, weil er in Harvard Soziologie studierte, bis 1962 US-Staatsbürger und später zeitweise Finanzfachmann des IWF war, hatte für den Fall seines Wahlsieges bereits 300 Mio. Dollar privater US-Kredite zugesagt bekommen, während die Regierung in Washington sich zurückhielt. Er hatte das „sozialistische Exreriment“ Manleys für gescheitert erkärt und gegen die engen Bindungen Jamaikas zu Kuba und den Sandinisten polemisiert. Seine erste Amtshandlung war die Ausweisung des kubanischen Botschafters. Tatsächlich spiegelt sich in Seaga und Manley die Konkurrenz der USA und der Sowjetunion um die Vorherrschaft in der Karibik wider. Die SU hatte Manley mit Hilfe Kubas eng umworben, Jamaika gehörte neben Kuba, Nicaragua und dem kleinen Grenada zu den bevorzugten Ländern sowjetischer Interessen. Immerhin auch hatte sich Jamaika in der UNO-Abstimmung über den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea der Stimme enthalten. Seaga, so scheint es, wird Jamaika wieder westlichem Kapital öffnen.



Stärkung der Polizei: Ziel der französischen Regierung

mam. In den letzten 12 Monaten stiegen in Israel die Preise in folgenden Raten: Nahrungsmittel 172,5%, Obst und Gemüse 157,9%, Haushaltung 160,2%, Kleidung und Schuhwerk 96,3%, Gesundheitswesen 141,5%, Transportwesen und Postgebühren 148,3%. Im Laufe des Jahres 1979 betrug die Inflation 100%, für das Jahr 1978 gibt das Zentrale Amt für Statistik in Israel eine Inflationsrate von 48% an, dieses Jahr (1980) sollen es 134% werden. Im Januar 1979 hatte die Regierung Begin, die seit 1977 im Amt ist, das Wirtschaftskabinett neu besetzt und hauptsächlich durch Streichung der Subventionen für Nahrungsmittel, Steuererhöhungen und dem Versuch, die Löhne im öffentlichen Dienst zu senken, die Sanierung des Staatshaushaltes in Angriff genommen. Wie jedes Jahr seit Existenz des Siedlerstaates ist ihr das mißlungen, und sie versucht unter Hinweis auf die Bedrohung durch die arabischen Länder, die den Verteidigungsetat auf ein Drittel aller Staatsausgaben hochtreiben, den Massen weitere „Opfer“ abzupressen.

Um „fehlende Mittel für Sozialleistungen an Minderbemittelte zu finanzieren“, will die Regierung jetzt alle Einkommen über 70000 Schekel (2800 DM) für ein Jahr um 5 bis 10% höher besteuern. Damit keine Ungerechtigkeit entsteht, wird den Arbeitern und
Angestellten der Feiertagsfreibetrag gekürzt, am Kilometergeld werden Abstriche gemacht, der Freibetrag für die Kantinenverpflegung soll abgeschafft werden. Einen ausdrücklichen Angriff auf die Löhne, wie im letzten Jahr, hat sich die Regierung dieses Jahr bisher verkniffen, „grundsätzlich“ hat sie zugesagt, das reale Niveau der Löhne und Gehälter sichern zu wollen. Im letzten Jahr mußten auf Druck der Gewerkschaften außerordentliche Teuerungszulagen in Form von Lohnnachschlägen und Sockelbeträgen bezahlt werden, sodaß sich das durchschnittliche Nettoeinkommen der israelischen Lohnabhängigen zwischen 7 und 8% erhöhte. Die weitere Steigerung der Inflationsrate in diesem Jahr hat den privaten pro-Kopf-Verbrauch bereits um 6% gesenkt, beides zusammen wird die Regierung Begin, die im November nächsten Jahres wiedergewählt werden will, bewogen haben, den Lohnkürzungsvorschlägen der Gutachter nicht nachzukommen.

Bereits 1979 waren die Investitionen in Israel um rund 50% zurückgegangen, für dieses Jahr wird mit einem weiteren Rückgang von 36% gerechnet, insgesamt schätzt die Regierung, daß sich das Bruttosozialprodukt nur um 3,2% erhöhen wird. Ohne die jährliche Unterstützung der US-Imperialisten, die sich auf etwa 2,5 Mrd. US-Dollar beläuft, könnte sich der Kolonialstaat keine Armee leisten, die über mehr Kampfflugzeuge und Panzer verfügt als Großbritannien und jeden 4. Mann zwischen 18 und 48 Jahren in der Armee beschäftigt; sie wäre schlicht bankrott. Die US-Imperialisten lassen sich ihren Statthalter was kosten und sorgen auch dafür, daß ihr

Anhang zahlt. Die BRD-Imperialisten haben jetzt das jährliche Unterstützungsabkommen mit Israel unterzeichnet, demzufolge Israel 140 Mio. DM „zur Förderung von Industrie-, Landwirtschafts- und Kommunikationsprodukten“ erhalten wird.

Gleichzeitig kommt der Nachschub an Menschen für den Kolonialstaat ins Stocken. Die Zahl der Juden, die Israel wieder verlassen, übertrifft die Zahl der Einwanderer. Im September hatte die Zahl der Einwanderer einen absoluten Tiefstand erreicht: 1491 Immigranten trafen in Israel ein, im Juni waren es noch 2858. Allein von den 1307 Juden, die die Sowjetunion im September verließen, wagten nur 267 den Weg in das gelobte Land.

Mit dem Abkommen von Camp David hat die Regierung innen- und außenpolitisch eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht: die arabischen Länder waren gespalten und damit waren die Voraussetzungen gut, die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten voranzutreiben, was wiederum die notwendige Unterstützung der reaktionären nationalreligiösen Parteien für die Regierungskoalition sicherte. Der Verlust des Sinai wiegt nicht so schwer, wie etwa ein Verzicht auf das fruchtbare Westufer des Jordan (die „Kornkammer Israels“) oder die Golan-Höhen, die nicht nur strategische Bedeutung haben, sondern auch mit der Jordan-
quelle die Wasserversorgung des Landes sichern. Solange Ägypten im arabischen Lager isoliert bleibt, kauft Israel auch gerne das Erdöl aus den Quellen des Sinai, mit denen es während der Besetzung 22% seines Bedarfs gedeckt hatte. Unter Ausnutzung des Krieges zwischen Irak und Iran hat Israel auch endlich den Vertrag unter Dach und Fach bringen können, mit dem die USA für 14 Jahre die Sicherung der Erdölversorgung Israels entsprechend seinem Bedarf garantiert, auch falls die Hauptöllieferanten, Mexiko und Ägypten, ihre Lieferungen einstellen sollten.

Das Gesetz, ganz Jerusalem zur Hauptstadt von Israel zu machen, vom August dieses Jahres, war nichts als eine Provokation der arabischen Länder. Bereits 1953 und 1967 waren solche Gesetze von der Knesset beschlossen worden und die notwendigen Umzüge der Ministerien scheiterten, wie auch jetzt, am Geldmangel und den fehlenden Wohnungen in der mit 400000 Einwohnern größten Stadt des Landes. Herauskommen sollte dabei eine noch größere Isolierung Ägyptens, das nach wie vor über die Durchführung des Camp-David-Abkommens mit Israel verhandelt und damit die Boykottmaßnahmen der arabischen Länder auch auf wirtschaftlichem Gebiet weiter herausfordert. Die fast vollständige Abhängigkeit Ägyptens von der Unterstützung des US-Imperialismus ist dem zionistischen Kolonialstaat nur recht. Die weitere internationale Isolierung ihrerseits nimmt die israelische Regierung in Kauf, die weiß, daß ohne Ägypten und mit einem wirtschaftlich und politisch stärker an die Sozialimperialisten gebundenen Sy-

rien, keine wirksamen Angriffe von seiten der arabischen Länder gegen ihre Expansionspolitik geführt werden können.

Die rechtsreligiöse Tehiya-Partei, die das Jerusalem-Gesetz initiiert hatte, fühlte sich jetzt dazu berufen, von der Regierung die Annektion der Golan-Höhen zu fordern, wo in den letzten 13 Jahren 28 Siedlungen mit 10000 Einwohnern errichtet wurden. Die oppositionelle Arbeiterpartei (Mapam) und die Mehrheit der Israelis sind gegen eine Annektierung, aber für die Beibehaltung der Siedlungen. Einer Rückgabe des größten Teils an Syrien wollen sie nur zustimmen, wenn das Gebiet bis auf einen israelischen Sicherheitsgürtel entmilitarisiert wird. So kann die Regierung, gestützt auf die bürgerliche Opposition, ihre Expansionspolitik fortsetzen. Letzte Woche wurden im Westjordangebiet zwei neue Siedlungen gegründet. Der Vorsitzende des Siedlungskomitees der Golan-Höhen sagte nach der Räumung der israelischen Siedlungen auf dem Sinai: „Wir beschlossen sofort, daß uns das nicht passieren darf ... Ich würde lieber die Golan-Höhen ohne Frieden haben als Frieden ohne die Golan-Höhen.“

aus dem Bauxit, dem Zucker und dem Fremdenverkehr. Das macht die Wirtschaft höchst verwundbar – Jamaika bekommt eine Lungenentzündung, wenn die USA nur einen Schnupfen haben, sagte Manley. Der Versuch, trotz dieser Lage einen Kurs der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu steuern, haben die USA und der Internationale Währungsfonds mit

Hilfe Kubas eng umworben, Jamaika gehörte neben Kuba, Nicaragua und dem kleinen Grenada zu den bevorzugten Ländern sowjetischer Interessen. Immerhin auch hatte sich Jamaika in der UNO-Abstimmung über den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea der Stimme enthalten. Seaga, so scheint es, wird Jamaika wieder westlichem Kapital öffnen.



Stärkung der Polizei: Ziel der französischen Regierung

Immer mehr Polizisten organisieren sich in den Gewerkschaften

hth.Paris. Am 26.10. sollte der illegale Rundfunksender Radio Quinquin der Gewerkschaft CGT in dem Dorf Auby von der Polizei in einer „Geheimaktion“ zerstört werden. Die Polizei wurde dort aber schon erwartet und mußte unverrichteterdinge mit mehreren Schwerverletzten abziehen. Erst mit aus der ganzen Region zusammengezogenen Truppen gelingt es dann anderntags, das Bürgermeisteramt – Sitz des Senders – zu stürmen. Bei einem ähnlichen Versuch in Mittelfrankreich wird der Bürgermeister verhaftet.

Am 18.10. wird in Marseille ein algerischer Jugendlicher von einem Beamten der CRS ohne jeden Grund während einer Ausweiskontrolle niedergeschossen. Die vorwiegend arabischen Anwohner verlangen seitdem, daß die Polizei vier Wochen lang ihr Viertel nicht mehr betritt, und geben unzählige Beispiele für deren Rassismus.

Nach dem Anschlag gegen die Pariser Synagoge geben die Polizeigewerkschaften FASD und FNATD bekannt, Innenminster Bonnet lägen Mitgliederlisten der verantwortlichen faschistischen FAME vor, auf denen unter anderem 30 Polizeibeamte figurieren, unternehme aber nichts gegen diese. Bonnet bestreitet, bis es bewiesen ist. Ein Untersuchungsrichter weist in einem Brief nach, wie er von der Polizeiführung systematisch bei Ermittlungen gegen die FAME behindert wurde.

Stärkung der Polizei – das ist nicht nur das erklärte Ziel des Gesetzentwurfes Liberté et Securité, das hat auch Giscard zu seinem zentralen Wahlkampfthema erklärt. „Epurez la Police“ – „Reinigt die Polizei“, das verlangen nicht nur die Oppositionsparteien, PC und PS, sondern ebenso die großen Demonstrationen des letzten Monats sowie der erwähnten Polizeigewerkschaften.

Im Vergleich zur deutschen ist die französische Polizei weitaus straffer zentralisiert. Nach mehreren Reformen zwischen 1966 und 1969 gibt es heute nur noch eine einzige nationale Polizei, die dem Innenminister untersteht. Sie umfaßt 108000 Beamte, davon ca. 80000 in Uniform. Dienstrechtlich können sie jederzeit im gesamten Staatsgebiet versetzt und eingesetzt werden. Ein Teil dieser nationalen Polizei ist die berüchtigte CRS, eine 15000 Mann starke Truppe, die besonders mobil ist. Sie wird vor allem bei Einsätzen wie dem in Quinquin, in Arbeitervierteln und Arbeitskämpfen benutzt, und untersteht in der Polizeihierarchie direkt dem Innenminister. Ebenfalls in die nationale Polizei eingegliedert sind zahlreiche Spezialdienste, darunter die R.G. (vergleichbar dem Verfassungsschutz), die D.J. (vergleichbar der Kripo) Die Koordinierung all dieser Dienste macht der Polizeiführung derzeit offenbar Schwierigkeiten. Erst kürzlich wurden beispielsweise ein R.G.-Beamter bei einer Beschattungsaktion von seinem Kollegen der D.J. angeblich irrtümlich als Krimineller erschossen.

In allen größeren Städten (ab mindestens 10000 Einwohner) gibt es daneben eine städtische Polizei. Auch sie untersteht in der Regel u.a. der Kommandogewalt des staatlichen Präfekten, ist aber in ihren Aufgaben stärker ortsorientiert. Dienstrechtlich der Police National gleichgestellt, sind die Arbeitsbedingungen hier etwas besser, der gewerkschaftliche Organisierungsgrad weitaus niedriger.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Nationalen Polizei ist demgegenüber mit ca. 65% bemerkenswert hoch. Die beiden größten Gewerkschaften SASP (für die Uniformierten) und SNACG (für die zivile Polizei) sind dabei, sich zusammenschließen – Reaktion auf diverse Drohungen des Innenministers Bonnet, sie wegen ihrer Enthüllungen mit Disziplinarstrafen zu belegen. Zusammen würden sie etwa 45% aller Angehörigen der Nationalen Polizei repräsentieren. In ihren Programmen fordern sie u.a. das Streikrecht für die Polizei, sowie die Unterstellung der Polizei unter direkte Parlamentskontrolle statt der des Innenministers.

Fast noch schlimmer für die Regierung ist die Entwicklung in der CRS. Diese gilt bislang als 100prozentig einsatzbereit, ihre Gewerkschaft FNIT, die 9500 der 15000 CRS organisiert, als „regierungsnah“. Im August weigerte sich eine Hundertschaft fast geschlossen, ihr zugewiesene miserable Schlafplätze zu beziehen. Ein banaler Vorfall, aber eben Dienstverweigerung. Sechs werden bei Einbehaltung ihres Gehalts sofort suspendiert. Die FNIT organisiert mit den anderen Gewerkschaften einen nationalen Aktionstag, verteilt u.a. Flugblätter: „Die Regierung setzt die CRS zu oft in Arbeitskämpfen ein.“

Huber für „vertretbare" Östrogen-Mengen in Nahrung

mac. Seitdem das Landwirtschaftsministerium NRW Anfang Oktober Untersuchungen über synthetisches Östrogen in kalbfleischhaltiger Babynahrung der Alete- und Hippkapitalisten veröffentlicht hat, laufen die Kapitalisten der ganzen Branche Sturm, um an einem weiteren Verkaufsverbot herumzukommen. Das krebserregende Hormon wird in großem Umfang in der Kälbermast angewandt, wobei das Vieh bis zu 20% mehr Fleisch und damit einen entsprechend höheren Verkaufspreis bringt. Das Gesundheitsministerium ist damit befaßt, das jetzt geltende generelle Verbot des Hormons in Nahrungsmitteln zu durchlöchern. Während die Kapitalisten mit Schadensersatzklagen in Millionenhöhe drohen, sprach Huber von „vertretbaren Konzentrationen" bei „üblichen Verzehrgewohnheiten". Zu einer entsprechenden Verordnung fehlt da nicht mehr viel. Nachdem das Hormon jetzt auch in Babynahrung in Baden Württemberg festgestellt ist und der Verkauf kalbfleischhaltiger Babynahrung rapide zurückgeht, kommen die Widersprüche im Staatsapparat ins Tanzen: Dran glauben muß vorerst Staatssekretär Wolters, der zu direkt aufgetreten war und jetzt gehen muß.

Kartoffelanbau und -ertrag geht zurück

doj. Dieses Jahr war die kleinste Kartoffelernte in der Geschichte der BRD mit 6,8 Mio. t Kartoffeln. Etwa 5,5 Mio. t kommen als Speisekartoffeln auf den Markt, 1 Mio. t wird zum Füttern eingesetzt. Nicht nur die Erntemenge ist gegenüber dem Vorjahr um 22% gesunken, auch mußten die Bauern einen Ertragsrückgang um 17% hinnehmen, den niedrigsten Ertag pro Hektar seit Jahren. Dabei bewegen sich die Erzeugerpreise auf derselben Höhe wie letztes Jahr: durchschnittlich um etwa 15 DM/dt (100 kg). Durch bevorzugte Abnahme von qualitativ schlechten Sorten halten die Handelskapitalisten den Preis aller, auch der besseren Sorten, unter Druck. Das war auch letztes Jahr so, und die Bauern hatten erneut Verluste, wenn sie die Kartoffeln selbst einlagerten und im Frühjahr an den Erfassungshandel verkauften. Der Kartoffelanbau ist so unrentabel geworden, daß innerhalb der letzten 5 Jahre die Anbaufläche um fast die Hälfte reduziert wurde.

GB verstößt gegen Lancasterabkommen mit Zimbabwe

chm. Der Ministerpräsident von Zimbabwe, Robert Mugabe, erklärte, die zimbabwische Regierung erwäge, das Land weißer Farmer ohne Entschädigung zu enteignen. Die britischen Imperialisten hatten auf der Lancasterkonferenz zugesagt, sich an dem Auf-

Flughafen Frankfurt: Der Widerstand zeigt Wirkung

klp. Der Widerstand gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens ist massenhaft geworden und reicht über den unmittelbar betroffenen Kreis Groß-Gerau weit hinaus.

Sonntag, 2.11.: 14000 Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet, vor allem aber aus den Flughafenanliegergemeinden, nehmen an einer Großkundgebung teil. Danach marschieren sie zum bereits gerodeten und von der Polizei bewachten 7 ha großen Gelände. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung (BI) hatte zur Besetzung aufgerufen. 5000 Polizisten sind an diesem Tag aufgeboten, das Gelände ist mit NATO-Draht umzäunt. Die Polizei will es zur Machtprobe kommen lassen. Zu einer Platzbesetzung kommt es jedoch nicht. Die BI läßt sich von der Polizei nicht zu einer an diesem Tag sinnlosen Aktion provozieren.

Donnerstag, 6.11.: Trotz Werktag demonstrieren 6500 Menschen in Wiesbaden gegen die Startbahn West, die meisten aus dem Kreis Groß-Gerau, aber viele auch aus Wiesbaden selber. Während der Demonstration wird eine Delegation der Demonstranten von Ministerpräsident Börner empfangen, der sich jedoch auch hier nach wie vor für die Startbahn West ausspricht. Der ebenfalls anwesende Umweltminister Schneider erklärt jedoch, daß vor Frühjahr 1981 mit weiteren Rodungen nicht zu rechnen sei. Inzwischen wackelt die Front der Flughafenbefürworter, der Widerstand zeigt Wirkung:

– Z.B. hat in dieser Woche der Oberbürgermeisterkandidat der Frankfurter SPD, Berg, erklärt, daß jetzt erst mal eine „Denkpause" nötig sei, um die Gründe für den Bau der Startbahn West nochmals zu untersuchen.

– Z.B. haben 13 Bundestagsabgeordnete der SPD an Börner ein Telegramm geschickt, worin sie fordern, den Vollzug auszusetzen, „die es erlaubt, die neuere Entwicklung in die endgültige Entscheidung miteinzubeziehen".

Der hessische DGB-Landesvorstand, bisher unter bestimmten Bedingungen für den Bau, sieht mittlerweile eventuell diese Bedingungen als nicht erfüllt an. Er hatte sein Ja zur Startbahn von der Beantwortung der Frage durch die FAG abhängig gemacht, „ob der Ausbau des Flughafens zu einer Minderung der Lebensqualität oder gar zu einer Schädigung der Gesundheit der dort lebenden Menschen führen kann". Und davon, „daß die von uns für erforderlich gehaltene Umweltverträglichkeitsprüfung vor dem Bau der 3. Startbahn und entsprechend der aktuellen Situation stattfinden" müsse. Der Landesvorstand sieht diese Bedingungen bisher als nicht erfüllt an, und dies, obwohl bereits mit dem Bau begonnen wurde. In der SPD häufen sich die Mandatsniederlegungen in den Kommunalparlamenten und die Parteiaustritte. Am 15.11. findet zum Thema Startbahn West ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd statt. Ein Nein zur Startbahn West würde dem Kampf entscheidend nutzen. Grundlage ist jedoch nach wie vor der Kampf der betroffenen Bevölkerung. Als nächster großer Schritt ist ein Sternmarsch nach Frankfurt am 7.12. geplant, organisiert vom BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz).





Oben: Großkundgebung am Frankfurter Flughafen nach dem Beginn der Rodungsarbeiten. Mittlerweile hat auch der SPD-Unterbezirk Frankfurt mit 400:30 Stimmen eine „Denkpause" befürwortet. *Unten:* Ebenfalls letzte Woche demonstrierten 2000 gegen den Bau des Flughafens München II.

Wachsende Gegensätze in der EG-Argrarpolitik

Vor allem England und die Bundesregierung drängen auf Neuregelung

bep. Letzten Donnerstag verabschiedete das Europa-Parlament in erster Lesung den EG-Haushalt 1981 und kürzte gegenüber dem Haushaltsvoranschlag des Ministerrates den Agrarhaushalt um 1,3 Milliarden. Vor der Verabschiedung werden weitere erhebliche Auseinandersetzungen stehen, die sich im wesentlichen um den Agrarbereich drehen.

Die EG ist in bezug auf Agrarprodukte nicht nur ein einheitliches Zollgebiet mit gemeinsamen Außenzöllen. Mit der Agrarmarktordnung verfügt sie auch über ein Instrument der Preisregulierung für fast alle Agrarprodukte (ausgenommen im wesentlichen Wolle, Hülsenfrüchte und Kartoffeln). In den meisten Fällen ist ein bestimmtes Mindestpreisniveau festgelegt, das durch Stützungskäufe aus dem EG-Haushalt gehalten wird, wenn die Marktpreise unter dieses Niveau sinken. Importe

Zucker, Geflügel). Preissubventionen dienen nur sehr selten dazu, sie innerhalb der EG verbilligt abzusetzen (Butter), in der Regel werden sie auf den Weltmarkt geschleust.

Diese Regelungen verhindern, daß die Konkurrenz des Weltmarkts ungehindert auf die Landwirtschaft der EG-Länder wirkt – was auf verschiedenen Gebieten zu regelrechten Zusammenbrüchen der Produktion führen würde. Die EG-Staaten würden dann in größerem Maß von Agrarimporten (teilweise von imperialistischen Konkurrenten) abhängig – eine sehr empfindliche Abhängigkeit, weil auf Lebensmittelimporte sehr viel weniger und für kürzere Zeit verzichtet werden kann, als auf alle anderen Importe, während inländischer Ersatz im Falle von Beschränkungen des Imports wegen der natürlichen Bedingungen, unter denen

Marktregulierung (der Rest für Investitionshilfen u.ä.)

Einen bedeutenden Nebeneffekt hat nun dieses System: es begünstigt den Staatshaushalt (nicht die Bauern!) der Länder mit hoher Agrarproduktion und benachteiligt die Länder, die in größerem Umfang Lebensmittel importieren. Denn die importierenden Länder müssen neben ihrem Steueranteil, der für alle nach dem gleichen Satz berechnet wird, ihre relativ hohen Zolleinnahmen abführen, profitieren aber wegen ihrer relativ kleineren Produktion in geringerem Umfang von den Stützungsmaßnahmen. Aus dem Saldo von Zahlungen an den EG-Haushalt und Rückerstattungen (woran die Agrarausgaben den Löwenanteil haben) läßt sich der sogenannte „Netto-Beitrag" errechnen – die Summe, die die verschiedenen Mitgliedsländer letztlich aus der EG-Haushaltskasse

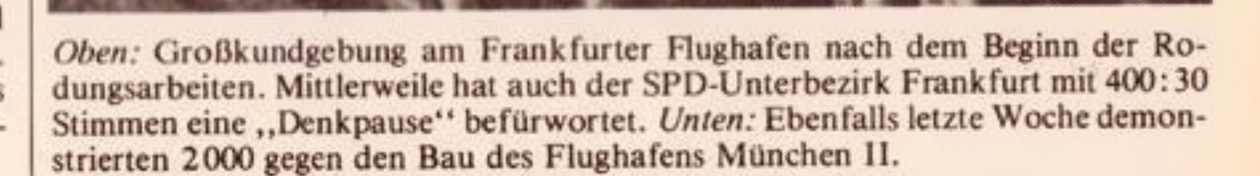
darfs, Großbritannien sogar 44%, davon 65% aus Ländern außerhalb der EG (v.a. seinem ehemaligen „Empire").

Für Großbritannien hätte sich so für 1980 eine Netto-Belastung von 1,8 Mrd. ERE ergeben. Die britische Regierung setzte schließlich eine Abwälzung von ca. 1,4 Mrd. auf die anderen EG-Länder durch. Eine ähnliche Regelung wurde für 1981 festgelegt. Danach muß neu verhandelt werden. Bis zum Juni '81 soll die EG-Kommission eine Neuregelung ausarbeiten, die vor allem von Großbritannien und der BRD gefordert wird, während die Länder mit landwirtschaftlichen Überschüssen sich dagegen wehren. Allerdings steht schon vorher, im Frühjahr 1981, die Auseinandersetzung um die Neufestsetzung der Agrarpreise an.

Zweifellos bedeutet die bisherige Festlegung von Mindestpreisen eine ge-

doj. Dieses Jahr war die kleinste Kartoffelernte in der Geschichte der BRD mit 6,8 Mio. t Kartoffeln. Etwa 5,5 Mio. t kommen als Speisekartoffeln auf den Markt, 1 Mio. t wird zum Füttern eingesetzt. Nicht nur die Erntemenge ist gegenüber dem Vorjahr um 22% gesunken, auch mußten die Bauern einen Ertragsrückgang um 17% hinnehmen, den niedrigsten Ertag pro Hektar seit Jahren. Dabei bewegen sich die Erzeugerpreise auf derselben Höhe wie letztes Jahr: durchschnittlich um etwa 15 DM/dt (100 kg). Durch bevorzugte Abnahme von qualitativ schlechten Sorten halten die Handelskapitalisten den Preis aller, auch der besseren Sorten, unter Druck. Das war auch letztes Jahr so, und die Bauern hatten erneut Verluste, wenn sie die Kartoffeln selbst einlagerten und im Frühjahr an den Erfassungshandel verkauften. Der Kartoffelanbau ist so unrentabel geworden, daß innerhalb der letzten 5 Jahre die Anbaufläche um fast die Hälfte reduziert wurde.

se Bedingungen bisher als nicht erfüllt an, und dies, obwohl bereits mit dem Bau begonnen wurde. In der SPD häufen sich die Mandatsniederlegungen in den Kommunalparlamenten und die Parteiaustritte. Am 15.11. findet zum Thema Startbahn West ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd statt. Ein Nein zur Startbahn West würde dem Kampf entscheidend nutzen. Grundlage ist jedoch nach wie vor der Kampf der betroffenen Bevölkerung. Als nächster großer Schritt ist ein Sternmarsch nach Frankfurt am 7.12. geplant, organisiert vom BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz).



Oben: Großkundgebung am Frankfurter Flughafen nach dem Beginn der Rodungsarbeiten. Mittlerweile hat auch der SPD-Unterbezirk Frankfurt mit 400:30 Stimmen eine „Denkpause" befürwortet. Unten: Ebenfalls letzte Woche demonstrierten 2000 gegen den Bau des Flughafens München II.

GB verstößt gegen Lancasterabkommen mit Zimbabwe

chm. Der Ministerpräsident von Zimbabwe, Robert Mugabe, erklärte, die zimbabwische Regierung erwäge, das Land weißer Farmer ohne Entschädigung zu enteignen. Die britischen Imperialisten hatten auf der Lancasterkonferenz zugesagt, sich an dem Aufbau einer „Afrikanischen Entwicklungsbank" zusammen mit den USA zu beteiligen, die der Regierung von Zimbabwe Geld für den Aufkauf von Land bereitgestellt, auf dem die zurückgekehrten zimbabwischen Flüchtlinge angesiedelt werden können. Diese Zusage haben sie nicht eingehalten. Mehr als die Hälfte des bebaubaren Bodens in Zimbabwe ist im Besitz von 5500 weißen Farmern, die z.T. gar nicht im Land, sondern in Großbritannien und den USA leben.

Norwegen: Streit um Fischereirechte mit EG und UdSSR

ref. Weiteren Verhandlungen mit der EG über die Fangquoten für 1981 will Norwegen nur noch zustimmen, wenn die EG die zuvor getroffenen Vereinbarungen, insbesondere die Ablieferung von Fangberichten, einhält. Aus formellen Gründen hält sich die EG nicht für rapportpflichtig und versucht damit das starke Überschreiten der Quoten (z.B. 200% bei Makrelen) zu vertuschen. In zwei weiteren Protestnoten, die am 29.10. in Brüssel übergeben wurden, betont Norwegen, die EG habe in norwegischen Gewässern fast genau soviel gefischt wie die Norweger selber. – Mit der Sowjetunion laufen seit dem 27.10. ebenfalls Verhandlungen über Fangquoten, wobei über die Fischereizone um die Insel Jan Mayen von der UdSSR gesonderte Verhandlungen durchgesetzt wurden. Vor einem Jahr hat Norwegen dort seine Hoheitsgewässer auf 200 Seemeilen ausgedehnt. Der sowjetische Botschafter wies dagegen auf „historische Rechte" hin und erklärte, daß diese Zone sowjetische Interessen berühre, ohne zu sagen welche.

Wachsende Gegensätze in der EG-Argrarpolitik

Vor allem England und die Bundesregierung drängen auf Neuregelung

bep. Letzten Donnerstag verabschiedete das Europa-Parlament in erster Lesung den EG-Haushalt 1981 und kürzte gegenüber dem Haushaltsvoranschlag des Ministerrates den Agrarhaushalt um 1,3 Milliarden. Vor der Verabschiedung werden weitere erhebliche Auseinandersetzungen stehen, die sich im wesentlichen um den Agrarbereich drehen.

Die EG ist in bezug auf Agrarprodukte nicht nur ein einheitliches Zollgebiet mit gemeinsamen Außenzöllen. Mit der Agrarmarktordnung verfügt sie auch über ein Instrument der Preisregulierung für fast alle Agrarprodukte (ausgenommen im wesentlichen Wolle, Hülsenfrüchte und Kartoffeln). In den meisten Fällen ist ein bestimmtes Mindestpreisniveau festgelegt, das durch Stützungskäufe aus dem EG-Haushalt gehalten wird, wenn die Marktpreise unter dieses Niveau sinken. Importe aus Drittländern werden mit Abgaben belastet, die sie über dieses Mindestpreisniveau heben. In vielen Fällen liegen die EG-Preise erheblich über den Weltmarktpreisen, die durch Produkte aus Anbaugebieten mit günstigeren Produktionsbedingungen (z.B. vorteilhafteren Naturbedingungen) bestimmt werden. Am höchsten über dem Preisniveau des Weltmarkts liegt Butter, gefolgt von Zucker; darüber liegen auch z.B. Rind- und Kalbfleisch, teilweise Getreide. Das Preissystem hat bewirkt, daß bei wichtigen Produkten nicht nur die Selbstversorgung der EG gesichert ist, sondern mehr produziert wird, als bei den gegebenen Preisen innerhalb der EG abgesetzt werden kann (vor allem bei Milch und Milchprodukten, Zucker, Geflügel). Preissubventionen dienen nur sehr selten dazu, sie innerhalb der EG verbilligt abzusetzen (Butter), in der Regel werden sie auf den Weltmarkt geschleust.

Diese Regelungen verhindern, daß die Konkurrenz des Weltmarkts ungehindert auf die Landwirtschaft der EG-Länder wirkt – was auf verschiedenen Gebieten zu regelrechten Zusammenbrüchen der Produktion führen würde. Die EG-Staaten würden dann in größerem Maß von Agrarimporten (teilweise von imperialistischen Konkurrenten) abhängig – eine sehr empfindliche Abhängigkeit, weil auf Lebensmittelimporte sehr viel weniger und für kürzere Zeit verzichtet werden kann, als auf alle anderen Importe, während inländischer Ersatz im Falle von Beschränkungen des Imports wegen der natürlichen Bedingungen, unter denen die Landwirtschaft produziert, nur relativ langfristig geschaffen werden kann. Außerdem wären scharfe soziale Konflikte die Folge eines solchen erheblichen Rückgangs der Agrarproduktion. Das EG-Agrarmarktsystem, das solche Wirkungen ausschließen soll, wird indirekt bezahlt mit relativ höheren Lebensmittelpreisen als bei reinem Freihandel, (was den Wert der Arbeitskraft erhöht). Direkt finanziert werden die Preis-Stützungen aus Haushaltsmitteln der EG, die zu gut 50% aus Zöllen und Agrarschöpfungen; zu 46% aus allgemeinen Steuereinnahmen der EG-Staaten aufgebracht werden. Allein 76% dieser Haushaltsmittel sind 1980 für den Agrarbereich vorgesehen, davon wiederum fast 97% für die Marktregulierung (der Rest für Investitionshilfen u.ä.)

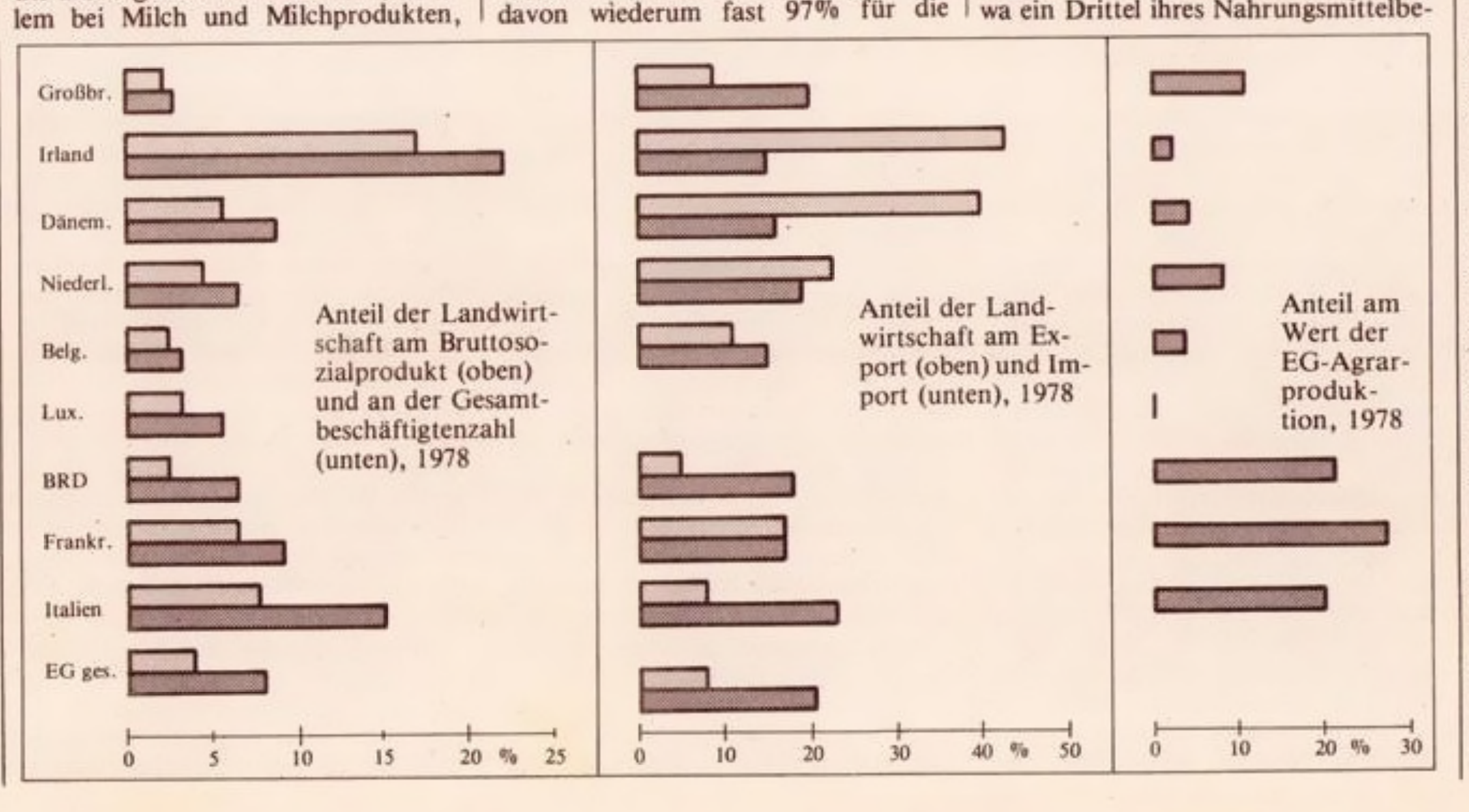
Einen bedeutenden Nebeneffekt hat nun dieses System: es begünstigt den *Staatshaushalt* (nicht die Bauern!) der Länder mit hoher Agrarproduktion und benachteiligt die Länder, die in größerem Umfang Lebensmittel importieren. Denn die importierenden Länder müssen neben ihrem Steueranteil, der für alle nach dem gleichen Satz berechnet wird, ihre relativ hohen Zolleinnahmen abführen, profitieren aber wegen ihrer relativ kleineren Produktion in geringerem Umfang von den Stützungsmaßnahmen. Aus dem Saldo von Zahlungen an den EG-Haushalt und Rückerstattungen (woran die Agrarausgaben den Löwenanteil haben) läßt sich der sogenannte „Netto-Beitrag" errechnen – die Summe, die die verschiedenen Mitgliedsländer letztlich aus der EG-Haushaltskasse entnehmen oder in sie einzahlen. Für 1979 hat die EG-Kommission folgende Liste der Nettobeiträge errechnet (in Mio. ERE – Europäische Rechnungseinheit; 1 ERE z.Zt. ca. 2,51 DM):

Land	Nettobeitrag
Belgien	+ 395
Dänemark	+ 380
BRD	– 1430
Frankreich	– 78
Irland	+ 545
Italien	+ 534
Luxemburg	+ 215
Niederlande	+ 288
Großbritannien	– 849

Der Grund für den Zuschuß, den vor allem Großbritannien und die BRD zahlen müssen: Die BRD importiert etwa ein Drittel ihres Nahrungsmittelbedarfs, Großbritannien sogar 44%, davon 65% aus Ländern außerhalb der EG (v.a. seinem ehemaligen „Empire").

Für Großbritannien hätte sich so für 1980 eine Netto-Belastung von 1,8 Mrd. ERE ergeben. Die britische Regierung setzte schließlich eine Abwälzung von ca. 1,4 Mrd. auf die anderen EG-Länder durch. Eine ähnliche Regelung wurde für 1981 festgelegt. Danach muß neu verhandelt werden. Bis zum Juni '81 soll die EG-Kommission eine Neuregelung ausarbeiten, die vor allem von Großbritannien und der BRD gefordert wird, während die Länder mit landwirtschaftlichen Überschüssen sich dagegen wehren. Allerdings steht schon vorher, im Frühjahr 1981, die Auseinandersetzung um die Neufestsetzung der Agrarpreise an.

Zweifellos bedeutet die bisherige Festlegung von Mindestpreisen eine gewisse Einschränkung der Konkurrenz zwischen den Bauern auch innerhalb der EG, sowie eine gewisse Schranke gegen die Verschlechterung der Austauschbedingungen zwischen Landwirtschaft und Industrie. Allerdings war diese Schranke so niedrig gesetzt, daß die Zahl der Beschäftigten innerhalb der Landwirtschaft in der EG zwischen 1960 und heute von 16 Millionen auf die Hälfte gesenkt worden ist. Von den Preisstützungen profitieren die größeren Betriebe überproportional: sie produzieren ja nicht nur die größeren Mengen, sondern sie produzieren sie auch unter günstigeren Bedingungen, mit niedrigeren Kosten und, sofern sie Lohnarbeiter beschäftigen, unter Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. So machen sie einen Extraprofit, während die unter ungünstigeren Bedingungen produzierenden kleineren Bauern trotzdem vielleicht nicht einmal ihren Arbeitslohn herauswirtschaften. Wenn jetzt erwogen wird, nicht mehr nur wie in den letzten Jahren die Agrarpreise langsamer anzuheben als die Preise, die der Bauer für andere Güter zahlt, sondern die Preisstützung teilweise ganz aufzuheben, würde das die Profite der Großbauern auch schmälern – aber bei den Kleinbetrieben eine weitere Welle von Hofaufgaben erzwingen. Die als Ersatz angekündigten direkten Subventionen an bäuerliche Betriebe könnten theoretisch einen gezielten Schutz für kleinere Bauern ermöglichen – werden aber in der Praxis (z.B. der BRD) in einer Weise angewandt, die in noch viel größerem Maß für die kleinen Bauern diskriminierend wirkt; nämlich so, daß sie Betrieben einer bestimmten Größenklasse und Rentabilität vorbehalten bleiben.



GEW-Gewerkschaftstag: Arbeitszeitverkürzung

GEW Tarifvertragspartei / Streikrecht für Beamte / Unterstützung der DPG und der IG DRUPA

wig. Vom 31. Oktober bis 4. November fand in Mainz der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft statt, an dem 400 ordentliche Delegierte teilnahmen, die 197973 Mitglieder vertreten. Die GEW konnte 1979 ihre Mitgliederzahl um 9,5% erhöhen und damit die höchste Steigerungsrate aller DGB-Gewerkschaften erzielen.

Erich Frister hielt zu Beginn des Gewerkschaftstages in seiner mündlichen Ergänzung zum Geschäftsbericht fest, daß ÖTV und GEW am 13. Oktober übereingekommen sind, die GEW in die gemeinsame Verhandlungskommission über alle Fragen des Bundesangestelltentarifs als voll stimmberechtigtes Mitglied aufzunehmen, in der sie bisher nur als Beobachter vertreten war. Erich Frister wertete diese Vereinbarung berechtigterweise als wichtigen Schritt bei der Einbeziehung der Lehrer in den Tarifkampf aller Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Die bürgerliche Presse hatte schon in Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag viel über „rechts und links" spekuliert und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die GEW sich auf kein gemeinsames Vorgehen bei der Fortführung des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrer einigen würde. Diese Rechnung ging nicht auf. Der Gewerkschaftstag diskutierte ausführlich über die bisherigen Erfahrungen bei den Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung und einigte sich auf einen von den Vorstandsmitgliedern Frister und Wunder überarbeiteten Antrag des Hauptvorstandes, der mit einigen Änderungen insbesondere zum Zeitpunkt der Vorbereitung von bundesweiten Streikmaßnahmen einstimmig verabschiedet wurde. Der Antrag berücksichtigt die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Landesverbänden und schafft die Voraussetzungen, um 1981 einheitliche Kampfmaßnahmen im ganzen Bundesgebiet durchzuführen, falls die Landesregierungen sich auf Grund der Aktionen der Landesverbände auf keine neuen Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit einlassen.

Der Gewerkschaftstag unterstützte ausdrücklich die Streiks der DPG, die Forderungen der ÖTV, der GdED und der DPG zu den Arbeitsbedingungen im Nacht- und Schichtdienst und die auf den Gewerkschaftstagen der DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes verabschiedete Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche und forderte ein einheitliches Personalrecht im Öffentlichen Dienst sowie das Streikrecht für Beamte. Durch Annahme des Antrages zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen wird der GEW-Hauptvorstand aufgefordert, sich im DGB-Bundesvorstand für dessen Aufhebung einzusetzen, weil er sich gegen den Gedanken der Einheitsgewerkschaft wende.



Am 3. November demonstrierten die Delegierten des GEW Gewerkschaftstages und Lehrer aus Hessen vor der Staatskanzlei der hessischen Landesregierung in Wiesbaden gegen die Stellenstreichungen im Haushalt 81

Arbeitszeitverkürzung

„(...) Die GEW fordert im einzelnen die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit: 1. Forderungen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit: a) Für eine grundsätzliche Neuordnung der wöchentlichen Arbeitszeit der Lehrer fordert die GEW, die Unterrichtsstundenverpflichtung in eine feste Relation zur Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu setzen. 20 Unterrichtsstunden entsprechen 40 Wochenarbeitsstunden. Die derzeitige Unterrichtsstundenverpflichtung ist zur Erreichung dieses Ziels stufenweise herabzusetzen, wobei die höchsten Deputate am stärksten berücksichtigt werden sollen. b) Differenzierung der Lehrerarbeitszeit nach Schularten und Ausbildung muß aufgehoben werden. c) Bei der Festsetzung der Unterrichtsverpflichtung des einzelnen Lehrers ist seine berufliche Belastung im Unterricht zu berücksichtigen. Daher sind jeder Schule 5% des Stundensolls (bei Schulen mit besonderen Arbeitsbedingungen 10%) als Stundenpool zur Verteilung durch das Kollegium zur Verfügung zu stellen (...) 2. Forderungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit: a) Der besonderen Belastung am Arbeitsplatz Schule ist durch eine stufenweise Senkung der Unterrichtsverpflichtung (Altersermäßigung) mit Beginn des 50. Lebensjahres zu entsprechen. b) Die Altersgrenze für den freiwilligen Eintritt in den Ruhestand ist auf das 55. Lebensjahr festzusetzen. 3. Gleichwertige Sofortmaßnahmen: a) Die Zahl der Pflichtunterrichtsstunden ist für alle Lehrer um mindestens eine Stunde zu kürzen. b) Die regelmäßige wöchentlich zu erteilende Zahl von Unterrichtsstunden darf bei keiner Lehrergruppe 25 Stunden überschreiten. c) Die Unterrichtsstundenverpflichtung für Fachlehrer, Technische Lehrer usw. ist der in der jeweiligen Schulart geltenden Unterrichtsverpflichtung gleichzustellen. (...) f) Die GEW wird ihre Forderungen zur Unterrichtsstundenverpflichtung für Lehrer in die Tarifverhandlungen zur Regelung der Arbeitsbedingungen angestellter Lehrer einbringen. Dort erreichte Ergebnisse sind jeweils umgehend auf den Beamtenbereich zu übertragen. ...

Die GEW nimmt die Diskriminierung und Disziplinierung der an den Arbeitsniederlegungen vom 4.7. und 13.11.1979 beteiligten Kolleginnen und Kollegen nicht hin, sondern bekräftigt ihren Standpunkt: Das Recht auf kollektive Arbeitsverweigerung ist für die Gewerkschaften ein unverzichtbares Grundrecht und gilt für Arbeiter, Angestellte und Beamte. (...) Der Gewerkschaftstag fordert ... den Hauptvorstand auf, sich zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB offensiv für die Durchsetzung des Streikrechts für Beamte einzusetzen.

Die GEW fordert alle Landesregierungen erneut zu Verhandlungen mit der GEW über die Senkung der Unterrichtsstundenverpflichtung auf. (...) Das Ziel ist erst dann erreicht, wenn die Verhandlungen zu einem im Sinne der GEW-Forderungen befriedigenden Ergebnis gekommen sind. Bis dahin wird die GEW sich aller verfügbaren gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen, u.a. durch – Flugblattaktionen, Protestkundgebungen, Großveranstaltungen – die Fortführung der Aktion Gläserne Schule – die Einschaltung der Personalräte – die Intensivierung der Elternarbeit – Klagen vor Arbeits- und Verwaltungsgerichten – Arbeitsniederlegungen – Unterschriftensammlung zur Aktion '80.

Die GEW zieht aus den Erfahrungen der letzten Jahre und angesichts des verschärften Konfrontationskurses der staatlichen Arbeitgeber den Schluß, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet werden müssen, mit den Mitteln des Arbeitskampfes die Ablehnungsfront der staatlichen Arbeitgeber gegen unsere Forderungen zu erschüttern. Der Gewerkschaftstag ruft alle Landesverbände der GEW dazu auf, den Streik zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung mit allen Kräften vorzubereiten. (...) Für den Fall, daß im Sommer 1981 keine befriedigenden Verhandlungsergebnisse vorliegen, wird eine Bundesfunktionärskonferenz einberufen, um über die Einzelheiten der Durchführung von bundesweiten Aktionen zu beraten. Die Bundesfunktionärskonferenz erarbeitet einen Aktionsvorschlag für den Herbst '81, dabei sind die Ergebnisse der Beratungen und Beschlüsse der Landesverbände zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Empfehlung der Bundesfunktionärskonferenz beschließt der HV die Durchführung von bundesweiten Aktionen (einschließlich Arbeitsniederlegungen bis hin zum Streik) für den Winter 81/82. (...)"

Erich Frister, mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht: Die kommende Tarifrunde wird schwer für alle Gewerkschaften, insbesondere aber für die des Öffentlichen Dienstes. Um so erfreulicher ist es, daß die Geschlossenheit einer gemeinsamen Tariffront unter den DGB-Gewerkschaften wächst. Der derzeitige Kampf um den Abbau des Schicht- und Wechseldienstes, um mehr Freizeitausgleich, den die Deutsche Postgewerkschaft, die ÖTV und die GdED führen, zeigt dies. Unsere Solidarität, unser Respekt und Beifall gelten insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, die durch Warn- und Proteststreiks die Verhandlungen unterstützen und den Kampf um die Humanisierung der Arbeitsbedingungen mit aktivem eigenem Einsatz führen.

Am 13. Oktober dieses Jahres ist eine Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft ÖTV und der GEW über eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Tarifbereich für den Öffentlichen Dienst in Kraft getreten. Dadurch wird die GEW künftig nicht mehr Anschlußtarifverträge für den BAT, sogenannte Bittstellertarifverträge, unterschreiben, sondern selbständig, in Gemeinsamkeit mit der ÖTV, Tarifvertragspartner zum BAT sein. GEW-Vertreter werden nicht nur Beobachter, sondern aktive Teilnehmer in der Verhandlungskommission sein bei allen Fragen, die ausschließlich den Organisationsbereich der GEW angehen, die inhaltliche Federführung haben. Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, meinem Amtsbruder, um seine Ausdrucksweise zu benutzen, auch an dieser Stelle sehr herzlich für die mit dieser Vereinbarung praktizierte Solidarität zu danken und Vorstandmitglieder und Funktionäre beider Gewerkschaften in diesen Dank einzubeziehen, deren Gespräche zu dieser Vereinbarung geführt haben. Ich bin sicher, daß auch die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten der gemeinsamen Kommission zur Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen im gleichen brüderlichen Geiste gute Ergebnisse zeitigen und die Gemeinsamkeiten der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB intensivieren werden. Uns allen stehen Kraftproben ins Haus, das Teile und Herrsche darf der Gegenseite nicht zur Verfügung stehen ..."

GEW: Solidarität gegen Times-Prozeß. „ Eine Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit den Prozessen der Unternehmerverbände der Druckindustrie gegen die IG Druck und Papier gibt Anlaß zu einer grundsätzlichen Stellungnahme des Gewerkschaftstages der GEW. (...) Der Gewerkschaftstag der GEW erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der IG Druck und Papier um die Durchsetzung des Rechts auf Solidaritätsstreiks. – Die IG Druck und Papier hat in den bevorstehenden Auseinandersetzungen unsere volle Unterstützung. – Wir sehen in dem Versuch, den Times-Streik zu kriminalisieren, die Absicht der Unternehmerverbände der Druckindustrie, eine grundsätzliche Einschränkung des Streikrechts zu erwirken. Mit diesem Verfahren werden wir alle als Gewerkschafter angegriffen und müssen uns deshalb auch dagegen wenden. – Wir sehen in diesen Vorgängen die der Arbeiterbewegung und allen abhängig Beschäftigten gemeinsame Erfahrung bestätigt, daß sie die für sie unverzichtbaren Rechte in harten Auseinandersetzungen einheitlich und geschlossen verteidigen und durchsetzen müssen."

der wöchentlichen Arbeitszeit der Lehrer fordert die GEW, die Unterrichtsstundenverpflichtung in eine feste Relation zur Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu setzen. 20 Unterrichtsstunden entsprechen 40 Wochenarbeitsstunden. Die derzeitige Unterrichtsstundenverpflichtung ist zur Erreichung dieses Ziels stufenweise herabzusetzen, wobei die höchsten Deputate am stärksten berücksichtigt werden sollen. b) Differenzierung der Lehrerarbeitszeit nach Schularten und Ausbildung muß aufgehoben werden. c) Bei der Festsetzung der Unterrichtsverpflichtung des einzelnen Lehrers ist seine berufliche Belastung im Unterricht zu berücksichtigen. Daher sind jeder Schule 5% des Stundensolls (bei Schulen mit besonderen Arbeitsbedingungen 10%) als Stundenpool zur Verteilung durch das Kollegium zur Verfügung zu stellen (...) 2. Forderungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit: a) Der besonderen Belastung am Arbeitsplatz Schule ist durch eine stufenweise Senkung der Unterrichtsverpflichtung (Altersermäßigung) mit Beginn des 50. Lebensjahres zu entsprechen. b) Die Altersgrenze für den freiwilligen Eintritt in den Ruhestand ist auf das 55. Lebensjahr festzusetzen. 3. Gleichwertige Sofortmaßnahmen: a) Die Zahl der Pflichtunterrichtsstunden ist für alle Lehrer um mindestens eine Stunde zu kürzen. b) Die regelmäßige wöchentlich zu erteilende Zahl von

Schulart geltenden Unterrichtsverpflichtung gleichzustellen. (...) f) Die GEW wird ihre Forderungen zur Unterrichtsstundenverpflichtung für Lehrer in die Tarifverhandlungen zur Regelung der Arbeitsbedingungen angestellter Lehrer einbringen. Dort erreichte Ergebnisse sind jeweils umgehend auf den Beamtenbereich zu übertragen. ...

Die GEW nimmt die Diskriminierung und Disziplinierung der an den Arbeitsniederlegungen vom 4.7. und 13.11.1979 beteiligten Kolleginnen und Kollegen nicht hin, sondern bekräftigt ihren Standpunkt: Das Recht auf kollektive Arbeitsverweigerung ist für die Gewerkschaften ein unverzichtbares Grundrecht und gilt für Arbeiter, Angestellte und Beamte. (...) Der Gewerkschaftstag fordert ... den Hauptvorstand auf, sich zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB offensiv für die Durchsetzung des Streikrechts für Beamte einzusetzen.

Die GEW fordert alle Landesregierungen erneut zu Verhandlungen mit der GEW über die Senkung der Unterrichtsstundenverpflichtung auf. (...) Das Ziel ist erst dann erreicht, wenn die Verhandlungen zu einem im Sinne der GEW-Forderungen befriedigenden Ergebnis gekommen sind. Bis dahin wird die GEW sich aller verfügbaren gewerkschaftlichen Mittel zur Durch-

sonalräte – die Intensivierung der Elternarbeit – Klagen vor Arbeits- und Verwaltungsgerichten – Arbeitsniederlegungen – Unterschriftensammlung zur Aktion '80.

Die GEW zieht aus den Erfahrungen der letzten Jahre und angesichts des verschärften Konfrontationskurses der staatlichen Arbeitgeber den Schluß, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet werden müssen, mit den Mitteln des Arbeitskampfes die Ablehnungsfront der staatlichen Arbeitgeber gegen unsere Forderungen zu erschüttern. Der Gewerkschaftstag ruft alle Landesverbände der GEW dazu auf, den Streik zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung mit allen Kräften vorzubereiten. (...) Für den Fall, daß im Sommer 1981 keine befriedigenden Verhandlungsergebnisse vorliegen, wird eine Bundesfunktionärskonferenz einberufen, um über die Einzelheiten der Durchführung von bundesweiten Aktionen zu beraten. Die Bundesfunktionärskonferenz erarbeitet einen Aktionsvorschlag für den Herbst '81, dabei sind die Ergebnisse der Beratungen und Beschlüsse der Landesverbände zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Empfehlung der Bundesfunktionärskonferenz beschließt der HV die Durchführung von bundesweiten Aktionen (einschließlich Arbeitsniederlegungen bis hin zum Streik) für den Winter 81/82. (...)"

aktivem eigenem Einsatz führen.

Am 13. Oktober dieses Jahres ist eine Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft ÖTV und der GEW über eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Tarifbereich für den Öffentlichen Dienst in Kraft getreten. Dadurch wird die GEW künftig nicht mehr Anschlußtarifverträge für den BAT, sogenannte Bittstellertarifverträge, unterschreiben, sondern selbständig, in Gemeinsamkeit mit der ÖTV, Tarifvertragspartner zum BAT sein. GEW-Vertreter werden nicht nur Beobachter, sondern aktive Teilnehmer in der Verhandlungskommission sein bei allen Fragen, die ausschließlich den Organisationsbereich der GEW angehen, die inhaltliche Federführung haben. Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, meinem Amtsbruder, um seine Ausdrucksweise zu benutzen, auch an dieser Stelle sehr herzlich für die mit dieser Vereinbarung praktizierte Solidarität zu danken und Vorstandmitglieder und Funktionäre beider Gewerkschaften in diesen Dank einzubeziehen, deren Gespräche zu dieser Vereinbarung geführt haben. Ich bin sicher, daß auch die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten der gemeinsamen Kommission zur Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen im gleichen brüderlichen Geiste gute Ergebnisse zeitigen und die Gemeinsamkeiten der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB intensivieren werden. Uns allen stehen Kraftproben ins Haus, das Teile und Herrsche darf der Gegenseite nicht zur Verfügung stehen ..."

GEW: Solidarität gegen Times-Prozeß. „ Eine Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit den Prozessen der Unternehmerverbände der Druckindustrie gegen die IG Druck und Papier gibt Anlaß zu einer grundsätzlichen Stellungnahme des Gewerkschaftstages der GEW. (...) Der Gewerkschaftstag der GEW erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der IG Druck und Papier um die Durchsetzung des Rechts auf Solidaritätsstreiks. – Die IG Druck und Papier hat in den bevorstehenden Auseinandersetzungen unsere volle Unterstützung. – Wir sehen in dem Versuch, den Times-Streik zu kriminalisieren, die Absicht der Unternehmerverbände der Druckindustrie, eine grundsätzliche Einschränkung des Streikrechts zu erwirken. Mit diesem Verfahren werden wir alle als Gewerkschafter angegriffen und müssen uns deshalb auch dagegen wenden. – Wir sehen in diesen Vorgängen die der Arbeiterbewegung und allen abhängig Beschäftigten gemeinsame Erfahrung bestätigt, daß sie die für sie unverzichtbaren Rechte in harten Auseinandersetzungen einheitlich und geschlossen verteidigen und durchsetzen müssen."

10 Freischichten für Beschäftigte im Wechseldienst

wip. 10 Freischichten pro Jahr als Ausgleich für Schichtarbeit erhalten rückwirkend ab Oktober die in Wechselschicht Beschäftigten des Rechenzentrums der Volksfürsorge-Versicherungsgruppe. Einen entsprechenden Vertrag schlossen die HBV und die Tarifgemeinschaft der Volksfürsorge-Gruppe. Die Freischichten sollen entweder im Zusammenhang mit Wochenenden oder als Blöcke zusammenhängend mit dem Urlaub genommen werden. Die Volksfürsorge-Gruppe gehört zur Bank für Gemeinwirtschaft und ist faktisch Eigentum der Gewerkschaften. Vom Marktwert her ist es die zweitgrößte Lebensversicherung in Westdeutschland. Insgesamt ist es die viert- oder fünftgrößte Versicherung. Rd. 4000 - 5000 Beschäftigte sind im Innendienst tätig. – In ihrem Forderungskatalog für die Manteltarifverhandlungen für das private Versicherungsgewerbe fordert die HBV sechs Freischichten für in Schicht Beschäftigte pro Jahr.

Malmöer Elektriker im Streik für Ortszulage

coi.Stockholm. Seit drei Wochen streiken ca. 900 Elektroinstallateure in Malmö für eine Ortszulage von 760 SKr. (330 DM) im Monat. Mit der erfolgreichen Beseitigung des Akkordsystems hat die ca. 20000 Mitglieder umfassende Elektrikergewerkschaft mit den Branchenkapitalisten einen landeseinheitlichen Grundlohn von 5160 SKr. sowie regional und betrieblich festzulegende Orts- und Betriebszulagen vereinbart. Die Kapitalisten in Malmö mußten zwar ihr Angebot auf 510 SKr. erhöhen, doch die Streikenden bestehen auf der gleichen Ortszulage wie ihre Kollegen in Göteborg. Ihrer Verurteilung durch das Arbeitsgericht zum Trotz haben sie die unbefristete Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Streik bei British Leyland 20% mehr Lohn und Gehalt

gih. Am vergangenen Montag haben 250 gewerkschaftliche Vertrauensleute (Shop Stewards) des staatlichen Autokonzerns British Leyland in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, das Lohnangebot der Kapitalisten von 6,8% abzulehnen und ab Dienstag in den Streik zu treten. Bereits vorher hatte die Belegschaft in einer Urabstimmung das Angebot abgelehnt. Die Gewerkschaften fordern eine Lohnerhöhung von 20%. Der Streikbeschluß wird von der Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) unterstützt, während die Konstruktionsgewerkschaft (AUEW) ihre endgültige Stellungnahme zum Streik noch aufschob. Von seiten der Kapitalisten wurde betont, daß keine zusätzlichen Mittel für eine größere Lohnerhöhung vorhanden seien und daß die angebotenen 6,8% das „äußerste Angebot" darstellen. Nach ergebnislosen Gesprächen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften im Laufe der Woche erklärte der Chairman von British Leyland, Sir Michael Edwards, daß der gesamte Konzern innerhalb von zwei Tagen geschlossen würde, wenn die Gewerkschaften ihren Streik am Dienstag durchführen würden.

Streik der Bergarbeiter in Lothringen

pem. Nachdem am 29.10. zwischen den marokkanischen Bergarbeitern und den Bergwerkskapitalisten in Lothringen und Nordfrankreich ein Vertrag unterzeichnet worden ist, der den meisten Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag zusichert, haben die marokkanischen Bergleute am 30.10. die Arbeit wieder aufgenommen. Seit dem 5.11. streiken jetzt mehr als die Hälfte aller Bergleute in Lothringen für die Verbesserung der Einstufung in die Lohngruppen sowie Anhebung der Prämie. Der Streik wird von allen Gewerkschaften unterstützt und soll bis zur Durchsetzung der Forderungen geführt werden.


In *Wilhelmshaven* mußte in der Mittwochnacht eine Pipeline abgeschaltet werden, die Raffinerien bei Köln und Dinslaken mit Rohöl versorgt. Der Grund: Ein Streik auf dem Ölfrachter „Solon". Die Besatzungsmitglieder fordern von ihrer Reederei Arbeitsverträge zu den Mindestbedingungen der internationalen Transportarbeitergewerkschaft und die Nachzahlung rückständiger Heuer. Vertreter der Gewerkschaft verhandeln mit dem Kapitän. Bisher ohne Erfolg.

Generalstreik am Montag in Griechenland

gih. Aufgrund eines 48stündigen Streiks, an dem rund 200000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes teilnahmen, hat die griechische Regierung die Einführung der Fünf-Tage-Woche und die Anpassung der Mindestlöhne und Gehälter im öffentlichen Dienst an die um rund 25 Prozent gestiegenen Lebenshaltungskosten für 1981 beschlossen. Der Generalsekretär des griechischen Gewerkschaftsbundes (GSEE), Christos Karakitsos, begrüßte die Regierungsbeschlüsse als Schritt in die richtige Richtung. Der GSEE hält trotzdem an dem 24stündigen Generalstreik fest, zu dem er seine 1,5 Millionen Mitglieder für Montag aufgerufen hat, weil er auch eine Sonderunterstützung für die Rentenempfänger und eine nachträgliche Erhöhung der Löhne und Gehälter für 1980 durchsetzen will.

NGG fordert 9,8% für die bayerischen Brauereiarbeiter

gih. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hat für die rund 23000 Beschäftigten der bayerischen Brauwirtschaft die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 9,8% aufgestellt. Die höheren Löhne und Gehälter sollen rückwirkend vom 1. Oktober 1980 an gezahlt werden. Den bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen Lohntarif sind bereits Abschlüsse über einen Manteltarifvertrag, die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen, des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes sowie der Urlaubsdauer vorausgegangen.



Über 1500 beteiligten sich an einer Demonstration der DPG am 8.11. in Nürnberg. Mitglieder anderer Gewerkschaften, vor allem der GdED nahmen an der Demonstration teil. Grußadressen der ÖTV, der Gewerkschaft der Polizei und des AStA der Nürnberger Universität wurden verlesen.

DPG-Gewerkschaftsrat beschließt Urabstimmung

Post: Kein neues Angebot / Urabstimmung am 17./18.11. / Unterstützung von ÖTV, GdED und GdP

wig. Der Hauptvorstand der DPG hatte Postminister Gscheidle ein Ultimatum gestellt. Bis zum 3. November sollte er ein akzeptables Angebot bei den Verhandlungen um die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst vorlegen. Gscheidle erklärte schon 3 Tage vor dem Ablauf des Ultimatums, daß er kein neues Angebot machen werde. Stattdessen lud er die DPG zu einem ,,Sondierungsgespräch" Mittwoch letzter Woche. Dort deutete er an, daß das Ministerium eventuell bereit sei, die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr als Nachtarbeit anzuerkennen und pro 200 geleistete Nachtstunden eine Freischicht zu gewähren. Bei den Gesprächen, die am Freitag fortgesetzt wurden, war Gscheidle nicht bereit, auf die Forderungen der DPG einzugehen, die in den Gesprächen gemachten Andeutungen in der Form eines Angebots vorzulegen und sofort weiterzuverhandeln. Gscheidle bestand auf Verhandlungen am 25.11., an dem die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Dienstherren weiterverhandeln. Der Hauptvorstand berief daraufhin die geplante Sitzung des 80 Mitglieder umfassenden Gewerkschaftsrates ein (Hauptvorstand und ehrenamtliche Mitglieder aus den Bezirken der DPG), der über die Urabstimmung beschließen soll.

Seit dem Gewerkschaftstag setzte die DPG die Warnstreiks und Aktionen an einzelnen wichtigen Umschlagspunkten der Post fort. Unter anderem in Böblingen, Stuttgart und Düsseldorf wurden in der letzten Woche Warnstreiks durchgeführt. Die Bezirksvorstände der DPG gaben in Presseerklärungen und Resolutionen bekannt, daß die Beschäftigten streikbereit seien. In Nürnberg führte die DPG am Samstag, 8.11., eine Demonstration mit über 1500 Teilnehmern durch, an der sich andere Gewerkschaften, insbesondere die GdED beteiligten. Insgesamt findet der Kampf der Postgewerkschaft für 1½fache Anrechnung der Nacht- und Schichtarbeit breite Unterstützung. In der letzten Woche verabschiedete der GEW-Gewerkschaftstag eine Solidaritätsresolution. Aus den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes schickten Mitglieder der ÖTV, der GdED und der GdP Solidaritätsadressen an die DPG, in denen sie die Forderungen der DPG unterstützten und die Bedeutung des Kampfes für die Ergebnisse der Verhandlungen über die Arbeitszeit in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes würdigen.

Auf seiner Sitzung am letzten Samstag beschloß der Gewerkschaftsrat einstimmig, für den 17./18.11. die Urabstimmung. Das bisherige offizielle Angebot des Postministeriums umgerechnet auf alle Nacht- und Schichtarbeiter bedeute einen Freizeitausgleich von 2 Minuten. Die DPG fordere aber eine halbe Stunde. Zu der Urabstimmung sind ca. 150000 Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, von denen 75% für Streik stimmen müssen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Ernst Breit, daß die Beamten, die kein Streikrecht hätten, den Streik durch Demonstrationen und Veranstaltungen unterstützen werden.

Solidaritätsresolution des GEW-Gewerkschaftstages

Der Gewerkschaftstag der GEW unterstützt den Kampf der Postbediensteten für 1 ½fache Anrechnung von Nacht- und Schichtarbeit auf die Arbeitszeit. Dieser Kampf ist nötig, um die Ruinierung der Gesundheit der Beschäftigten in Nacht- und besonders Wechselschicht zu verhindern. In allen Bereichen der Wirtschaft und des Öffentlichen Dienstes wird der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung geführt, auch wir Lehrer kämpfen um die 40 Stundenwoche. Wir betrachten diesen Kampf gegen den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft als grundlegende gewerkschaftliche Aufgabe, der die Kollegen aller Bereiche eint. Dieser Kampf muß geführt werden, denn freiwillig haben die Arbeitgeber noch nie einer Beschränkung des Arbeitstages zugestimmt.
Wir wünschen Euch in Eurem Kampf noch viel Erfolg.

Die wichtigsten Kündigungstermine im ersten Halbjahr 1981

Zum 31. Dezember 1980 für rund 0,9 Millionen Arbeitnehmer:

Holzindustrie und -handwerk (verschiedene Bereiche) – Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) – Bekleidungs- und Textilindustrie Saarland – Ledererzeugende Industrie – Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche) – Seehafenbetriebe – Seeschiffahrt – Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg, Bayern, Hessen

Zum 31. Januar 1981 für rund 4,0 Millionen Arbeitnehmer:

Metallindustrie (ohne Bayern) – Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen und Bremen – Volkswagenwerke – Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) – Papierverarbeitende Industrie – Holzverarbeitende Industrie (verschiedene Bereiche) – Großhandel Hessen

Zum 28. Februar 1981 für rund 4,5 Millionen Arbeitnehmer:

Öffentlicher Dienst einschl. Post und Bahn – Metallindustrie Bayern – Privates Bankgewerbe – Großhandel Bayern, Nordrhein-Westfalen – Einzelhandel Hessen – Deutsche Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften – Sägeindustrie – Zigarrenindustrie – Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche) – Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) – Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) – Landwirtschaft

Zum 31. März 1981 für rund 3,2 Millionen Arbeitnehmer:

Baugewerbe – Privates Versicherungsgewerbe – Druckindustrie – Eisen- und Stahlindustrie Saarland – Großhandel Baden-Württemberg, Berlin – Einzelhandel Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland – Steine- und Erdenindustrie (verschiedene Bereiche) – Energieversorgungsbetriebe Bayern, Hessen – Nahrungsmittelgewerbe (regionale Bereiche der Süßwarenindustrie, der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie, der Brotindustrie, des Bäcker- und Fleischerhandwerks) – Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) – Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) – Gartenbau – Arzthelferinnen – Zahnarzthelferinnen

Zum 30. April 1981 für rund 2,4 Millionen Arbeitnehmer:

Steinkohlebergbau – Textilindustrie – Bekleidungsindustrie (ohne Berlin und Saarland) – Chemische Industrie Hessen, Nordrhein, Rheinland-Pfalz – Großhandel Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz – Einzelhandel Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein – Malerhandwerk – Dachdeckerhandwerk – Steine- und Erdenindustrie (verschiedene Bereiche) Süßwarenindustrie Bayern, Hessen, Niedersachsen – Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche) – Apotheken – Redakteure an Tageszeitungen

Zum 31. Mai 1981 für rund 0,5 Millionen Arbeitnehmer:

Chemische Industrie Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein

Manteltarifverhandlungen Metall in Hessen und Niedersachsen

geh. Am 6.11.80 haben die IG Metall und die hessischen Metallkapitalisten über einen neuen Manteltarifvertrag verhandelt. Bereits 1979 haben die Verhandlungen mit einer Redaktionskommission begonnen, die einen einheitlichen Vorschlag aus den bisher für Arbeiter und Angestellte getrennten Tarifverträgen machen sollte. In den bisherigen Verhandlungen wurden folgende Punkte festgelegt: für Arbeiter und Angestellte gilt die gleiche Urlaubsregelung, nach 6 Monaten Betriebszugehörigkeit besteht der volle Urlaubsanspruch; Sonntage, Samstagnachmittage und Ostersamstag gelten als arbeitsfrei – Ausnahmen gibt es hier bei Wechsel- und Kontischicht; die Probezeit beträgt bei den Arbeitern 6 Wochen, bei den Angestellten 3 Monate, die Probezeit kann bei mehr als 5 Fehltagen um die Fehlzeit verlängert werden; Arbeiter erhalten zukünftig das gleiche Sterbegeld wie die Angestellten.

Bei den wichtigsten Forderungen,

Vergleich der Arbeitslosenversicherungen (I)

Westdeutschland, Großbritanien, Frankreich, Italien

die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst vorlegen. Gscheidle erklärte schon 3 Tage vor dem Ablauf des Ultimatums, daß er kein neues Angebot machen werde. Stattdessen lud er die DPG zu einem ,,Sondierungsgespräch" Mittwoch letzter Woche. Dort deutete er an, daß das Ministerium eventuell bereit sei, die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr als Nachtarbeit anzuerkennen und pro 200 geleistete Nachtstunden eine Freischicht zu gewähren. Bei den Gesprächen, die am Freitag fortgesetzt wurden, war Gscheidle nicht bereit, auf die Forderungen der DPG einzugehen, die in den Gesprächen gemachten Andeutungen in der Form eines Angebots vorzulegen und sofort weiterzuverhandeln. Gscheidle bestand auf Verhandlungen am 25.11., an dem die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Dienstherren weiterverhandeln. Der Hauptvorstand berief daraufhin die geplante Sitzung des 80 Mitglieder umfassenden Gewerkschaftsrates ein (Hauptvorstand und ehrenamtliche Mitglieder aus den Bezirken der DPG), der über die Urabstimmung beschließen soll.

Seit dem Gewerkschaftstag setzte die DPG die Warnstreiks und Aktionen an

stände der DPG gaben in Presseerklärungen und Resolutionen bekannt, daß die Beschäftigten streikbereit seien. In Nürnberg führte die DPG am Samstag, 8.11., eine Demonstration mit über 1500 Teilnehmern durch, an der sich andere Gewerkschaften, insbesondere die GdED beteiligten. Insgesamt findet der Kampf der Postgewerkschaft für 1½fache Anrechnung der Nacht- und Schichtarbeit breite Unterstützung. In der letzten Woche verabschiedete der GEW-Gewerkschaftstag eine Solidaritätsresolution. Aus den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes schickten Mitglieder der ÖTV, der GdED und der GdP Solidaritätsadressen an die DPG, in denen sie die Forderungen der DPG unterstützten und die Bedeutung des Kampfes für die Ergebnisse der Verhandlungen über die Arbeitszeit in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes würdigen.

Auf seiner Sitzung am letzten Samstag beschloß der Gewerkschaftsrat einstimmig, für den 17./18.11. die Urabstimmung. Das bisherige offizielle Angebot des Postministeriums umgerechnet auf alle Nacht- und Schichtarbeiter bedeute einen Freizeitausgleich von 2 Minuten. Die DPG fordere aber eine halbe Stunde. Zu der Urabstimmung

Ernst Breit, daß die Beamten, die kein Streikrecht hätten, den Streik durch Demonstrationen und Veranstaltungen unterstützen werden.

Solidaritätsresolution des GEW-Gewerkschaftstages

Der Gewerkschaftstag der GEW unterstützt den Kampf der Postbediensteten für 1 ½fache Anrechnung von Nacht- und Schichtarbeit auf die Arbeitszeit. Dieser Kampf ist nötig, um die Ruinierung der Gesundheit der Beschäftigten in Nacht- und besonders Wechselschicht zu verhindern. In allen Bereichen der Wirtschaft und des Öffentlichen Dienstes wird der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung geführt, auch wir Lehrer kämpfen um die 40 Stundenwoche. Wir betrachten diesen Kampf gegen den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft als grundlegende gewerkschaftliche Aufgabe, der die Kollegen aller Bereiche eint. Dieser Kampf muß geführt werden, denn freiwillig haben die Arbeitgeber noch nie einer Beschränkung des Arbeitstages zugestimmt.
Wir wünschen Euch in Eurem Kampf noch viel Erfolg.

werke (verschiedene Bereiche) – Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) – Landwirtschaft

Zum 31. März 1981 für rund 3,2 Millionen Arbeitnehmer:

Baugewerbe – Privates Versicherungsge-

Zum 31. Mai 1981 für rund 0,5 Millionen Arbeitnehmer:

Chemische Industrie Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein

Manteltarifverhandlungen Metall in Hessen und Niedersachsen

geh. Am 6.11.80 haben die IG Metall und die hessischen Metallkapitalisten über einen neuen Manteltarifvertrag verhandelt. Bereits 1979 haben die Verhandlungen mit einer Redaktionskommission begonnen, die einen einheitlichen Vorschlag aus den bisher für Arbeiter und Angestellte getrennten Tarifverträgen machen sollte. In den bisherigen Verhandlungen wurden folgende Punkte festgelegt: für Arbeiter und Angestellte gilt die gleiche Urlaubsregelung, nach 6 Monaten Betriebszugehörigkeit besteht der volle Urlaubsanspruch; Sonntage, Samstagnachmittage und Ostersamstag gelten als arbeitsfrei – Ausnahmen gibt es hier bei Wechsel- und Kontischicht; die Probezeit beträgt bei den Arbeitern 6 Wochen, bei den Angestellten 3 Monate, die Probezeit kann bei mehr als 5 Fehltagen um die Fehlzeit verlängert werden; Arbeiter erhalten zukünftig das gleiche Sterbegeld wie die Angestellten.

Bei den wichtigsten Forderungen,

die bei der IG Metall bereits seit 1973 aufgestellt worden sind, weigern sich die Metallkapitalisten strikt, darauf einzugehen: Ausgleichszahlungen bei Kurzarbeit; Ausgleichszahlungen nach Wegfall der Lohnfortzahlung bis zur Höhe des Nettolohns; die Kapitalisten weigern sich, die Zuschläge für Überstunden, für Nacht-, Spät-, Sonn- und Feiertagsarbeit zu erhöhen; die Kündigungsfristen der Arbeiter sollen nicht denen der Angestellten gleichgesetzt werden; ebenso wollen sie die Regelung der Krankmeldung für Arbeiter innerhalb der ersten drei Tage beibehalten.

Zur gleichen Zeit wird auch in Niedersachsen der Manteltarifvertrag verhandelt, hier ist gegenwärtig die Pausenregelung strittig, die Kapitalisten wollen keine 6-Minuten-Pause für die Akkordarbeiter zugestehen. Gerade jetzt stehen die Interessen der Kapitalisten und Arbeiter bei den Forderungen zur Kurzarbeit und Überstunden schroff gegeneinander. Die IG Metall hat bereits erklärt: ,,Schon jetzt ist abzusehen: allein mit den guten Argumenten unserer Kollegen in der Verhandlungskommission sind unsere gemeinsamen Forderungen nicht durchzusetzen." Janßen vom IG Metall-Vorstand hat Vertrauensleute in Hannover aufgerufen, zu den nächsten Verhandlungen am 17.11.80 für Niedersachsen Aktionen zu organisieren. In Hessen sind die nächsten Verhandlungen am 18.12.80 im Haus des Arbeitgeberverbandes Frankfurt, Lilienstraße 4.

Vergleich der Arbeitslosenversicherungen (I)

Westdeutschland, Großbritanien, Frankreich, Italien

gih. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit ist die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 56000 auf 888100 gestiegen. Damit erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 3,5% auf 3,8%. Den westdeutschen Kapitalisten wird dieser Anstieg sehr gelegen kommen. Sie wollen das Anschwellen der industriellen Reservearmee nutzen, um fürs nächste Jahr endlich einen Reallohnabbau durchzusetzen und die allseits geforderte Wende in der Lohnpolitik zum Durchbruch bringen. Die Arbeiterklasse hat sich über die Arbeitslosenversicherung einen Schutz gegen die Akkumulationsbedingungen des Kapitals geschaffen und hat sie bis jetzt auch im wesentlichen verteidigen können. Wie dieser Schutz aussieht und welche Rechte sich die Arbeiterklasse in den verschiednen Ländern erkämpft hat, wollen wir in einem Vergleich aufzeigen. Die Kapitalistenklasse, der es gelingt, diese Schutzwälle einzureißen, ist ein wesentliches Stück weitergekommen den Lohn senken zu können. Hier haben sie z.B. in den Ländern Großbritanien, Frankreich und Italien andere Voraussetzungen. Die neuesten Arbeitslosenzahlen zeigen das. In Großbritanien stieg die Arbeitslosenzahl im Oktober auf 2062866 an, was eine Arbeitslosenrate von 8,5% ausmacht. Die Arbeitslosenrate in Frankreich liegt bei 7,8% und in Italien bei 7,6% (April).

	Westdeutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien
Versichergssysteme	a) Arbeitslosenversicherg. b) Arbeitslosenhilfe	Arbeitslosenversicherung	a) Arbeitslosenhilfe b) Zusätzliche Arbeitslosenversicherung	a) Arbeitslosenversicherung Außerordentliche Arbeitslosenhilfe
Dauer der Leistung	a) Abhängig von der Beschäftigungsdauer, und zwar innerhalb der letzten drei Jahre Beschäftigung Leistung 6 Monate..... 78 Tage 9 Monate..... 120 Tage 12 Monate..... 156 Tage 18 Monate..... 234 Tage 24 Monate..... 312 Tage b) Unbegrenzt	*Pauschalleistungen.* Höchstens 312 Tage ohne Sonntage pro Zeitraum der Beschäftigungsunterbrechung. Erneuter Anspruch auf einen weiteren Zeitraum von 312 Tagen, wenn der Antragsteller weitere 13 Beiträge als Arbeitnehmer entrichtet hat. / *Entgeltbezogener Zuschlag.* Höchstens 156 Tage (ohne Sonntage)	a) Keine Begrenzung, jedoch Kürzung der Leistung um 10% nach einem Jahr und um 10% für jedes weitere Jahr (die Kürzung darf jedoch 30% nicht überschreiten, wenn der Arbeitslose unter 55 Jahre alt ist). Keine Kürzung, wenn der Arbeitsverlust nach 55 Jahren eintritt. / b) 365 Tage (Verlängerung einbegriffen) – verliert nach Alter des Arbeitnehmers	a) 180 Tage jährlich. Ein Übergangssystem erlaubt jedoch die Gewährung der Leistungen während 360 Tage im Baugewerbe. / b) 90 Tage (Verlängerung bis 180 Tage möglich)
Höchstbetrag	a) und b) 3700 DM monatlich	*Entgeltbezogener Zuschlag* 95 Pfund pro Woche	b) 90% des früheren Entgelts	–
Satz	a) 68% des Nettolohns, tabellarische Festsetzung der Leistungssätze; / b) 58% des Nettolohns, tabellarische Festsetzung der Leistungssätze	*Pauschalleistung* 14,70 Pfund pro Woche / *Entgeltbezogener Zuschlag* ⅓ des durchschnittlichen Wochenentgelts zwischen 13 und 30 Pfund und 15% des durchschnittlichen Wochenentgelts zwischen 30 und 95 Pfund. Gesamte wöchentliche Leistung (Pauschalleistung, Zuschläge für Unterhaltsberechtigte und entgeltbezogener Zuschlag) darf 85% des durchschnittlichen Wochenentgelte nicht übersteigen	a) Pauschal: 15,20 FF (1) tägl. b) 35% des Bezugslohns (2), Mindestsatz: 25,70 FF (3) täglich / Bei Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen wird die Gesamtleistung auf 90% des Bruttolohnes angehoben. Dauer höchstens 1 Jahr	a) und b) Pauschal 800 Lire täglich / Bei Arbeitslosigkeit infolge von Betriebsschließungen oder Personalreduzierung, *besondere* Arbeitslosenhilfe im Höhe von ⅔ des letzten Tagesverdienstes für 180 Tage. (Beitragsvoraussetzung auf 13 Wochen verkürzt)

Quelle: Vergleichende Darstellung der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, 1. Juli 1978

Warnstreik bei Orenstein & Koppel: Beschäftigte lehnen Übernahme durch Waggon-Union ab

hak. Im Werk Orenstein & Koppel traten am Mittwochnachmittag die Arbeiter und einige Angestellte des Waggonbaus in einen Warnstreik. Beschäftigt sind im Betriebsteil Waggonbau 366. Mittwoch mittag war durchgesickert, daß auf einer außerdordentlichen Wirtschaftsausschußsitzung vormittags die Übernahme des Waggonbaus durch die Waggon-Union (WU) bekanntgegeben worden war. Gearbeitet wurde zu diesem Zeitpunkt kaum noch. Die freigestellten Betriebsräte, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Kanter (Werk Lübeck), der 1. Bevollmächtigte der IGM Westberlin und Aufsichtsratsmitglied, Wagner, sowie Vertreter der Rechtsabteilung der IGM trafen sich gegen Mittag in einem Berliner Hotel, um die Lage zu beraten.

Auf der Streikversammlung gab der Leiter des Waggonbaus, Preiss, im Namen der Betriebsführung bekannt, daß die WU das gesamte Fertigungsprogramm von O&K sowie 200 Arbeiter und 50 Angestellte mit allen ,,Rechten und Pflichten" übernehmen werde. Die Streikversammlung dauerte bis Arbeitsschluß.

Am nächsten Morgen zogen etwa 100 Arbeiter kolonnenweise zum Betriebsrat, um genaue Informationen zu erhalten. Die Kapitalisten wollten die Einzelheiten jedem Kollegen schriftlich mitteilen. Auf Druck des Betriebsrats und der IGM mußte dann um 10 Uhr eine Versammlung aller Beschäftigten (etwa 1650) durch die Kapitalisten einberufen werden. Am Mittwochabend hatten die Kapitalisten erstmals auf Druck des Streiks hin die Erstellung eines Sozialplans bis zum Montag zugesagt.

Auf der Betriebsversammlung am Donnerstag wurden die Kapitalisten in elf Redebeiträgen scharf angegriffen. Die IGM prüft gegenwärtig die Möglichkeit einer Klage vor Gericht, ob sich die Kapitalisten juristisch korrekt verhalten haben. Über 90% der Arbeiter und Angestellten lehnen ihre Übernahme durch die WU ab. Sie wollen eventuell durch weitere Streiks gute Bedingungen für eine Sozialplan durchsetzen. Außerdem wird gefordert, daß jeder den Sozialplan in Anspruch nehmen kann.

Steuererhöhungen und Lohnsteuerreform 81 aus einem Guß

Erhöhung von Mineralöl- und Branntweinsteuer sowie Lohnsteuerreform widersprechen Gewerkschaftsbeschlüssen

frb. Auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall haben die Delegierten in der Entschließung 8 u.a. gefordert: ,,An den für Ende '80 / Anfang '81 vorgesehenen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer dürfen keine Abstriche wegen neu auftretender Verpflichtungen (z.B. internationale Belastungen) vorgenommen werden." Weiter war beschlossen worden: ,,(Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag) widersetzt sich der Verlagerung des Steuervolumens von den direkten hin zu den indirekten Steuern." Beide Beschlüsse sind eine Antwort auf die erklärten Absichten der Bundesregierung in ihrer Steuerpolitik, und insbesondere widerspricht ihnen die geplante Erhöhung der Mineralöl- und der Branntweinsteuer. Beides sind indirekte Steuern, die einen Preisaufschlag auf Güter erzwingen, die zu einem großen Teil in den Konsum der Volksmassen eingehen. Nachdem bekanntgeworden war, daß beide Steuern noch weit mehr erhöht werden sollen als vor den Wahlen erwogen, antwortete Eugen Loderer für die IG Metall zunächst mit der Forderung, es sei nun notwendig, die *Kilometerpauschale* zu erhöhen. (,,Bild" vom 29.10.) Letzte Woche nun hat Loderer in einer Stellungnahme erklärt, die Arbeitnehmer seien empört darüber, daß mit den nunmehr angekündigten zusätzlichen Belastungen ein Teil der bereits beschlossenen steuerlichen Entlastungseffekte zunichte gemacht werden solle, mit denen die sozialliberale Koalition im Wahlkampf um Arbeitnehmerstimmen geworben habe. Tatsächlich wird über Erfolg oder Mißerfolg der Regierungsabsichten entscheiden, inwieweit die Gewerkschaften wirkungsvoll dagegen Front machen. Die notwendigen zentralen Beschlüsse sind – nicht nur bei der IG Metall – vorhanden, aber dies reicht nicht aus.

Die gesamte Steuerentlastung durch die Tarifänderung der Einkommensteuer soll 1980 und 1981 9,5 Mrd. DM betragen. Schon in den neun Monaten ab 1. April (ab dann erhöht sich die Mineralölsteuer) bis Jahresende kostet die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer 2,5 Mrd. DM. Da die speziellen Verbrauchsteuern bei der Berechnung der Umsatzsteuer als Teil des Warenpreises gelten, muß auf die erhöhte Verbrauchsteuer außerdem noch die 13% Mehrwertsteuer gerechnet werden. So betragen die zusätzlich auf Mineralöl und Branntwein aufgeschlagenen Steuern über 2,8 Mrd. DM, für das Jahr 1982 werden es dann insgesamt über 4 Mrd. DM sein. Freilich geht nicht die gesamte Steuererhöhung zu Lasten der Volksmassen, aber auch die Änderung bei der Einkommen- und Lohnsteuer fällt nur zum Teil der Lohnsteuer zu. Die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung wird die Bruttolohnsumme um rund 3,5 Mrd. DM kürzen. Über die Ende letzter Woche zuerst angekündigte und dann wieder zurückgenommene Erhöhung der Mineralölsteuer um weitere 14 Pfg. je Liter zugunsten einer Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer liegen genauere Daten noch nicht vor. Auf jeden Fall werden für Lohnabhängige mit weitem Fahrtweg höhere Kosten entstehen. Und selbstverständlich kommt darauf wieder 13% Mehrwertsteuer.

Seit Mitte 1973 beträgt die Mineralölsteuer bei Benzin 44 Pfg. je Liter. Jetzt soll sie auf 51 Pfg. erhöht werden. Im Preis eines Liters Benzin für 1,23 DM sind derzeit 44 Pfg. Mineralölsteuer und etwa 14 Pfg. Mehrwertsteuer enthalten. Abgesehen davon, daß sich schon jetzt einige Mineralölkonzerne zum ,,Test" von Preiserhöhungen ermutigt sehen, wird durch die Steuererhöhungen ein Liter Benzin, der jetzt 1,23 DM kostet, 1,31 DM kosten (ohne die 14 Pfg. für die Kfz-Steuer). Waren vorher 47% des Endpreises Steuer, so sind jetzt über die Hälfte des Preises Steuern. Die Erhöhung der Steuer selbst beträgt 14%, die bewirkte Erhöhung des Benzinpreises 8 Pfg. oder, je nach jetzigem Preis, rund 6,5%. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat ein Haushalt des Typs 2 (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen) 1979 im Durchschnitt 95 Liter Kraftstoff im Monat gekauft, vom Haushaltstyp 3 (mit höherem Einkommen) 132 Liter. Somit kostet die Steuererhöhung den Haushalt mit mittlerem Einkommen rund 7,60 DM, den Haushalt mit höherem Einkommen rund 10,60 DM.

Als die OPEC-Länder 1973 den Abgabepreis für ihr Rohöl erhöht haben, war dies eine dringende Notmaßnahme gegen den imperialistischen Raubbau an ihren Bodenschätzen und zur Überwindung ihrer Rückständigkeit. Die westdeutsche Regierung aber kassiert die Hälfte des Benzinpreises ausschließlich zur Finanzierung ihres Staatsapparates. Demnächst wird sich die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags von 400 auf 600 DM bei der Lohnauszahlung positiv bemerkbar machen. Im Durchschnitt wird dies rund 45 DM Steuerersparnis bringen. Die Bundesregierung nimmt dies schon jetzt zum Anlaß, ihre Steuererhöhung zu verniedlichen. Tatsächlich aber handelt es sich schon bei der mit dem Weihnachtsgeld und dann zum 1. Januar in Kraft tretenden Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer nicht um eine wirkliche Steuersenkung. Dieses Jahr steigen die Lohnsteuereinnahmen doppelt so rasch wie die Lohn- und Gehaltssumme. Durch die Steueränderung wird dies nur für ein Jahr gebremst.

- Eine Arbeiterin mit 1448 DM brutto, Steuerklasse I oder IV, zahlt jetzt 170 DM Lohnsteuer = 11,7%. Erhöht sich ihr Lohn um 7% (1552 DM brutto), so zahlt sie nach Steuersenkung 190 DM Steuer = 12,2%. Sie zahlt also trotz ,,Steuersenkung" absolut wie relativ mehr Steuern als zuvor.
- Ein Metall-Facharbeiter mit 2521 DM brutto, Steuerklasse I oder IV, zahlt jetzt 453 DM Lohnsteuer gleich 18,9%. Nach einer Lohnerhöhung um 7% würde er 1981 487 DM bzw. in Prozent wie zuvor 18% zahlen. Er zahlt also bei der angenommenen Lohnerhöhung denselben Anteil seines Lohnes als Steuer wie zuvor.
- Ein höherer Angestellter mit 4390 DM, Steuerklasse I oder IV zahlt jetzt 1265 DM Lohnsteuer = 28,8%; nach einer Gehaltserhöhung von 7% würde er 1338 DM oder 28,4% Steuer zahlen.

Daraus folgt: Für niedrige Löhne steigt die Steuerlast unvermindert an; für mittlere Löhne gibt es allenfalls einen einjährigen Stopp in der Progression; eine echte Entlastung findet bei hohen Gehältern und Einkommen statt.

Wie nun stellt sich an der gesamten Steuermasse dar, was sich als Tendenz aus den drei Beispielen ergibt? Zur Beurteilung dieser Frage kann man sich auf eine Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stützen. In dieser Rechnung wird, aufgeteilt nach Einkommensklassen, die jeweilige Steuerbelastung nach altem und nach neuem Tarif ausgewiesen (vgl. die Tabelle). Die Lohn- und Gehaltsklassen über 50000 DM (bei 13 Monatsgehältern rd. 3800 DM mtl.) zahlen danach 64,5% der gesamten Lohnsteuer, auf sie entfällt aber 70,2% der gesamten Steuerentlastung. Daher zahlen jene Einkommensklassen nach dem neuen Tarif statt 64,5% noch 64,2% der Steuersumme.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich dabei nur um die Verteilung der Lohnsteuer handelt. Die Lohnsteuer ist aber nur ein Teil der Einkommensteuer. Auf Gewinneinkommen, Kapitalertrag, Einkommen aus selbständiger Arbeit usw. wird veranlagte Einkommensteuer erhoben. Würde man diese hinzunehmen, so käme noch viel deutlicher heraus, daß nach dem neuen Steuertarif 1981 die niedrigen Einkommen relativ mehr und die hohen Einkommen relativ weniger Einkommensteuer zahlen als vor der Steueränderung.

Die Einkommensteuerreform 1981 führt erstens nicht zu einer wirklichen Senkung der Steuerbelastung; zweitens verändert sie die Verteilung der Steuerlast zugunsten der höheren Einkommen. Auch dies widerspricht den beschlossenen Forderungen der Gewerkschaften. In der Entschließung der IG Metall zur Finanz- und Steuerpolitik heißt es dazu: ,,Konzentration künftiger weiterer Veränderungen des Einkommensteuertarifs auf Tarifbestandteile, die Arbeitnehmer entlasten (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrags). Frei- und Pauschbeträge müssen regelmäßig überprüft und der Einkommensentwicklung angepaßt werden." Das glatte Gegenteil hat die Bundesregierung beschlossen. Daher wiegt diese ,,Steuersenkung" die jetzt beschlossenen Erhöhungen der indirekten Steuern nicht nur nicht auf, sondern muß selbst bekämpft werden.

Steuerentlastung der Lohnsteuerpflichtigen 1981 durch Steuerentlastungsgesetz 1981

Jahresbruttolöhne und -gehälter		Steuerpfl. in %	Lohnsteuer in %		Steuerentlastung 1981	
von ... DM	bis unter ... DM		Tarif '79	Tarif '81	Mio. DM	in %
	9600	17,4	0,1	0,1	28,9	0,5
9600	12000	3,6	0,2	0,2	23,5	0,4
12000	16000	6,8	1,0	1,0	75,3	1,2
16000	20000	7,7	1,9	1,9	84,8	1,4
20000	25000	10,0	3,6	3,7	138,7	2,2
25000	36000	18,8	11,6	11,7	604,0	9,7
36000	50000	15,5	16,7	16,8	903,4	14,4
50000	75000	12,3	24,0	23,8	1714,8	27,4
75000	100000	4,9	17,2	17,0	1367,2	21,8
100000 u. mehr		3,0	23,3	23,4	1317,1	21,0
		100	100	100	6257,7	100

Quelle: DIW Wochenbericht 36, 37/80, S. 392, sowei eigene Berechnungen; Abweichungen durch Rundungen; Ergebnisse auf Basis des DIW Lohnsteuermodells; Steuerrecht 1979 ohne Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags

Entwicklung der tariflichen Arbeitszeit

gih. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat eine Auswertung von Tarifverträgen für rund 17,8 Millionen Arbeitnehmer zur tariflich festgelegten Arbeitszeit nach dem Stand Oktober 1980 durchgeführt. Es kommt zu folgendem Ergebnis: Danach ist die 40-Stunden-Woche jetzt in Tarifverträgen für rund 94 Prozent aller Beschäftigten als regelmäßige Arbeitszeit festgelegt. Für die übrigen Beschäftigten gelten noch tarifliche Arbeitszeiten von 41 bis 43 Stunden, unter anderem in der Land-und Forstwirtschaft, in Teilen des Nahrungsmittelgewerbes und des Verkehrsgewerbes sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Entwicklung der Arbeitszeit

Arbeitsz. von ..Wochenst.	war tariflich vereinbart für ... Prozent der Arbeitnehmer				
	Okt. 1980	Okt. 1979	Okt. 1978	Okt. 1977	Okt. 1976
40	94,0	93,5	92,6	92,2	91,5
41	1,4	1,4	1,5	1,0	0,9
41½	–	0,2	0,4	0,4	0,5
42	3,5	2,5	2,5	2,2	2,0
42½	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
43	0,7	1,9	2,1	1,7	1,3
44	–	–	0,4	1,6	2,8
45	–	0,1	0,1	0,5	0,6
Durchschnittliche Arbeitsz. (Stunden)	40,12	40,14	40,17	40,21	40,24

Automobilindustrie: Weitere Kurzarbeit

gih. Audi-NSU hat weitere Kurzarbeit für Dezember und Januar angekündigt. 18000 Beschäftigte in Ingolstadt und Neckarsulm sollen an acht Tagen im Dezember und an neun Tagen im Januar davon betroffen sein. Audi-NSU hatte bereits für 17000 Beschäftigte vom 8. bis 26. September Kurzarbeit eingeführt und diese dann auf weitere fünf Tage im November ausgedehnt. – Keine weitere Kurzarbeit soll es im gesamten *VW*-Konzern geben. – Bei *Opel* wird in der ersten Novemberhälfte auch kurzgearbeitet. Wie im Oktober sind rund 20000 Arbeiter in Rüsselsheim und Kaiserslautern davon betroffen. Seit Jahresbeginn sind damit insgesamt bei Opel 17 Wochen kurzgearbeitet worden. – Bei den Neuzulassungen in Westdeutschland im Zeitraum von Januar bis September '80 hatte VW einen Rückgang von 10%, Audi von 14% und Opel von 16% zu verzeichnen.

Weitere Konzentration auf Großunternehmen

frb. Die Großunternehmen (mit über 100 Mio. DM Jahresumsatz) haben ihren Anteil am Umsatz aller Unternehmen in den letzten Jahren weiter zu Lasten der kleineren Unternehmen ausgedehnt. Erzielten die Großunternehmen (0,1% aller Unternehmen) 1976 noch 44,4% der gesamten steuerpflichtigen Umsätze, so waren es 1978 45,1%. Die Großunternehmen verzeichneten auch einen überdurchschnittlichen Umsatzzuwachs. Dagegen mußten die Kleinstunternehmen einen Rückgang ihres Umsatzes hinnehmen.

Arbeitsz. 40,12 40,14 40,17 40,21 40,24
(Stunden)

empört darüber, daß mit den nunmehr angekündigten zusätzlichen Belastungen ein Teil der bereits beschlossenen steuerlichen Entlastungseffekte zunichte gemacht werden solle, mit denen die sozialliberale Koalition im Wahlkampf um Arbeitnehmerstimmen geworben habe. Tatsächlich wird über Erfolg oder Mißerfolg der Regierungsabsichten entscheiden, inwieweit die Gewerkschaften wirkungsvoll dagegen Front machen. Die notwendigen zentralen Beschlüsse sind – nicht nur bei der IG Metall – vorhanden, aber dies reicht nicht aus.

Die gesamte Steuerentlastung durch die Tarifänderung der Einkommensteuer soll 1980 und 1981 9,5 Mrd. DM betragen. Schon in den neun Monaten ab 1. April (ab dann erhöht sich die Mineralölsteuer) bis Jahresende kostet die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer 2,5 Mrd. DM. Da die speziellen Verbrauchsteuern bei der Berechnung der Umsatzsteuer als Teil des Warenpreises gelten, muß auf die erhöhte Verbrauchsteuer außerdem noch die 13% Mehrwertsteuer gerechnet werden. So betragen die zusätzlich auf Mineralöl und Branntwein aufgeschlagenen Steuern über 2,8 Mrd. DM, für das Jahr 1982 werden es dann insgesamt über 4 Mrd. DM sein. Freilich geht nicht die gesamte Steuererhöhung zu Lasten der Volksmassen, aber auch die Änderung bei der Einkommen- und Lohnsteuer fällt nur zum Teil der

6,5%. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat ein Haushalt des Typs 2 (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen) 1979 im Durchschnitt 95 Liter Kraftstoff im Monat gekauft, vom Haushaltstyp 3 (mit höherem Einkommen) 132 Liter. Somit kostet die Steuererhöhung den Haushalt mit mittlerem Einkommen rund 7,60 DM, den Haushalt mit höherem Einkommen rund 10,60 DM.

Als die OPEC-Länder 1973 den Abgabepreis für ihr Rohöl erhöht haben, war dies eine dringende Notmaßnahme gegen den imperialistischen Raubbau an ihren Bodenschätzen und zur Überwindung ihrer Rückständigkeit. Die westdeutsche Regierung aber kassiert die Hälfte des Benzinpreises ausschließlich zur Finanzierung ihres Staatsapparates. Demnächst wird sich die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags von 400 auf 600 DM bei der Lohnauszahlung positiv bemerkbar machen. Im Durchschnitt wird dies rund 45 DM Steuerersparnis bringen. Die Bundesregierung nimmt dies schon jetzt zum Anlaß, ihre Steuererhöhung zu verniedlichen. Tatsächlich aber handelt es sich schon bei der mit dem Weihnachtsgeld und dann zum 1. Januar in Kraft tretenden Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer nicht um eine wirkliche Steuersenkung. Dieses Jahr steigen die Lohnsteuereinnahmen doppelt so rasch wie die Lohn- und Ge-

statt.

Wie nun stellt sich an der gesamten Steuermasse dar, was sich als Tendenz aus den drei Beispielen ergibt? Zur Beurteilung dieser Frage kann man sich auf eine Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stützen. In dieser Rechnung wird, aufgeteilt nach Einkommensklassen, die jeweilige Steuerbelastung nach altem und nach neuem Tarif ausgewiesen (vgl. die Tabelle). Die Lohn- und Gehaltsklassen über 50000 DM (bei 13 Monatsgehältern rd. 3800 DM mtl.) zahlen danach 64,5% der gesam-

kommensteuertarifs auf Tarifbestandteile, die Arbeitnehmer entlasten (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrags). Frei- und Pauschbeträge müssen regelmäßig überprüft und der Einkommensentwicklung angepaßt werden." Das glatte Gegenteil hat die Bundesregierung beschlossen. Daher wiegt diese ,,Steuersenkung" die jetzt beschlossenen Erhöhungen der indirekten Steuern nicht nur nicht auf, sondern muß selbst bekämpft werden.

Steuerentlastung der Lohnsteuerpflichtigen 1981 durch Steuerentlastungsgesetz 1981

Jahresbruttolöhne und -gehälter		Steuerpfl. in %	Lohnsteuer in %		Steuerentlastung 1981	
von ... DM	bis unter ... DM		Tarif '79	Tarif '81	Mio. DM	in %
	9600	17,4	0,1	0,1	28,9	0,5
9600	12000	3,6	0,2	0,2	23,5	0,4
12000	16000	6,8	1,0	1,0	75,3	1,2
16000	20000	7,7	1,9	1,9	84,8	1,4
20000	25000	10,0	3,6	3,7	138,7	2,2
25000	36000	18,8	11,6	11,7	604,0	9,7
36000	50000	15,5	16,7	16,8	903,4	14,4
50000	75000	12,3	24,0	23,8	1714,8	27,4
75000	100000	4,9	17,2	17,0	1367,2	21,8
100000 u. mehr		3,0	23,3	23,4	1317,1	21,0
		100	100	100	6257,7	100

Quelle: DIW Wochenbericht 36, 37/80, S. 392, sowei eigene Berechnungen; Abweichungen durch Rundungen; Ergebnisse auf Basis des DIW Lohnsteuermodells; Steuerrecht 1979 ohne Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags

Automobilindustrie: Weitere Kurzarbeit

gih. Audi-NSU hat weitere Kurzarbeit für Dezember und Januar angekündigt. 18000 Beschäftigte in Ingolstadt und Neckarsulm sollen an acht Tagen im Dezember und an neun Tagen im Januar davon betroffen sein. Audi-NSU hatte bereits für 17000 Beschäftigte vom 8. bis 26. September Kurzarbeit eingeführt und diese dann auf weitere fünf Tage im November ausgedehnt. – Keine weitere Kurzarbeit soll es im gesamten *VW*-Konzern geben. – Bei *Opel* wird in der ersten Novemberhälfte auch kurzgearbeitet. Wie im Oktober sind rund 20000 Arbeiter in Rüsselsheim und Kaiserslautern davon betroffen. Seit Jahresbeginn sind damit insgesamt bei Opel 17 Wochen kurzgearbeitet worden. – Bei den Neuzulassungen in Westdeutschland im Zeitraum von Januar bis September '80 hatte VW einen Rückgang von 10%, Audi von 14% und Opel von 16% zu verzeichnen.

Weitere Konzentration auf Großunternehmen

Bis zu 10% Preiserhöhung bei der Bahn beschlossen

gas. Die Sozialtarife im Nahverkehr werden um 10% erhöht. Das ergibt der jetzt amtliche Beschluß der Bundesbahn vom 3.11., die Tarife im Personenverkehr um durchschnittlich 7,9% zu erhöhen. Die Sozialtarife betreffen vor allem den Berufs- und Schülerverkehr. Gepäck- und Expreßgutfrachten werden um 9,5% erhöht, der Gütertarif um 6% – alles zum 15.1.81. Schon zum 1.12.80 sollen die IC-Zuschläge für die II. Klasse von 3 auf 5 DM angehoben werden. IC/TEE-Zuschläge der I. Klasse bleiben unverändert, ebenso die IC-Dauerzuschlagskarten, was die Geschäftsreisen der Bourgeois betrifft. Bei der Erhöhung der Güterverkehrstarife – so kommentiert die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" – seien die Mehrerträge ,,noch unsicher", da die Bahn 80% des Güterverkehrsaufkommens zu Ausnahmetarifen abrechnet. Hier werde die Preissteigerung also schwerlich realisiert. Alles in allem soll die Preissteigerung 700 bis 800 Mio. DM Mehreinnahmen bringen – und wie die Dinge liegen, ist auch klar woher.

5. Gipfelkonferenz der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die sechs Mitgliedstaaten wollen ihre Wirtschaft umfassend entwickeln

heh.Rom. Am 27. Oktober wurde in Niamey (Niger) die 5. Gipfelkonferenz der CEAO* eröffnet. In der Eröffnungsansprache erklärte der gastgebende Präsident Kountele, daß sich die Mitgliedsländer sehr ernsten Schwierigkeiten gegenübersähen, unter deren Ursachen die Entwicklung der Rohstoffpreise im Vordergrund stünde, ,,deren Stagnation oder oft dramatischer Rückgang katastrophale Wirkungen habe". Als Anfang der sechziger Jahre die meisten afrikanischen Länder ihre politische Unabhängigkeit erkämpften, waren ihre nationalen Wirtschaften noch völlig in Abhängigkeit der alten Kolonialmächte: Jedes Land produzierte eines oder wenige Agrarprodukte, die in die alte Kolonialmacht exportiert wurden. Ghana den Kakao, Senegal die Erdnüsse, Elfenbeinküste Holz und Kaffe usw.

1973 wurde die CEAO gegründet mit dem Ziel, die Wirtschaft der Mitgliedsländer umfassend zu entwickeln. Dazu wurden gemeinsame Institutionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie eingerichtet, zur Förderung des Handels, Transports und Verkehrs, zur Fleisch-und Fischproduktion und für Forschungseinrichtungen für Sonnenenergie, Management, Vermarktung, Suche nach Bodenschätzen und Fischfang. Besonders wichtig war die Einrichtung einer gemeinsamen Zollregelung: Industrielle Produkte der Mitgliedsländer werden mit einem einheitlichen Importzoll von 12% belegt, um gegenüber den sehr viel höher besteuerten Produkten etwa aus Europa konkurrenzfähig zu werden. Die Einnahmeverluste des importierenden Landes durch die Zollminderung werden zu zwei Dritteln aus einem gemeinsamen Fonds ersetzt, ein Drittel wird zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben verwandt. Der Handel zwischen den Mitgliedsländern ist zwar absolut gering, seit der Einrichtung des gemeinsamen Fonds nimmt er jedoch regelmäßig zu. CEAO umfaßt die Länder des ehemaligen Französich-Westafrika und wurde mit Billigung Frankreichs gegründet, das sich davon einen gewissen Schutz seiner Interessen als ehemalige Kolonialmacht erhoffte. Frankreich hat noch heute die umfangreichsten Handelsbeziehungen mit Westafrika, mit Ausnahme Nigerias, das als großer Erdölproduzent eine besondere Rolle spielt. 1977 kamen 4,3% aller französischen Importe aus Westafrika (ohne Nigeria) und 4,1% aller Exporte gingen dorthin. Zum Vergleich: Großbritannien: 3,8% aller Exporte und 1,6% aller Importe (einschließlich Nigeria); BRD: 1,7% aller Exporte und 1,5% aller Importe. Die USA, die das meiste nigerianische Erdöl beziehen, bekommen 4,1% aller Importe aus Nigeria und nur 0,5% aus den übrigen westafrikanischen Ländern.

Auf Initiative von Togo und Nigeria wurde 1975 ECOWAS** gegründet. Von den früheren Kolonialmächten wurde die Gründung nicht unterstützt, und durch die unterschiedliche koloniale Vergangenheit der 16 westafrikanischen Mitgliedsländer hatte die Gemeinschaft größere Startschwierigkeiten. Trotzdem einigte man sich 1978 in Dakar auf ein Einfrieren der Importzölle zwischen den Mitgliedern und ist jetzt dabei, eine gemeinsame Dauerregelung auszuarbeiten.



Marktplatz in Ouagadougou, Hauptstadt von Obervolta, das zu den Mitgliedern der CEAO gehört.

Auf der Wirtschaftskonferenz der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) im April dieses Jahres wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der bis 1990 den Aufbau von regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Nord-, West-, Ost- und Zentralafrika) und bis 2000 die Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft vorsieht. Innerhalb dieser Zusammenarbeit wurden folgende Prioritäten gesetzt: Förderung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Selbstversorgung, Ausbau des innerafrikanischen Handels, des Transportwesens, des Verkehrs- und Fernmeldewesens, Entwicklung der Industrie und Mobilisierung der verschiedenen Energiequellen.

*CEAO: Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest. Mitgliedsländer: Obervolta, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Elfenbeinküste.

** ECOWAS: Economic Community of West African States. Mitgliedsländer: Mauretanien, Senegal, Gambia, Guinea-Bissao, Guinea, Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste, Mali, Obervolta, Cap Verde, Niger, Nigeria, Togo, Benin, Ghana.

Die Fortschreibung der Streitigkeiten

Der neue Bildungsgesamtplan soll im Dezember verabschiedet werden

brb. Auf der letzten Konferenz der Kultusminister (KMK) Ende Oktober haben die Beteiligten einen Kompromiß ausgehandelt, der nach langem Tauziehen die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans ermöglichen soll. Im Dezember soll der neue Plan abgestimmt werden, und seine Einhaltung wird für die Länder verpflichtend, wenn Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder ihn abgesegnet haben. Bis Dezember soll dann auch der dazugehörige Finanzierungsplan mit der Finanzministerkonferenz und den Kabinetten der Länder abgestimmt werden und als Entwurf vorliegen. Daß hierbei reduziert werden soll, ist abgemacht.

Die überholten Ziele des bis 1985 konzipierten ersten Bildungsgesamtplanes von 1973 haben die frühzeitige Fortschreibung nötig gemacht. Die angenommenen Schülerzahlen entsprechen nicht mehr den jetzigen Jahrgangsstärken, der Finanzplan ist der Bourgeoisie zu großzügig angelegt, sie will und kann insbesondere in der Krise nicht mehr so viel aufwenden, und die damals formulierten Ziele werden von der Bourgeoisie nicht mehr aufrechterhalten, sie fordert eine ,,bessere Abstimmung des Beschäftigungs- und Bildungssystems". Die ,,Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung" hat deshalb bereits im Sommer letzten Jahres einen Entwurf zur ,,Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes" vorgelegt, der bis zur letzten KMK Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Politikern war und dessen Verabschiedung durch die Differenzen zwischen SPD und CDU nicht sichergestellt war.

Die Notwendigkeit, den formulierten Bedürfnissen gerecht zu werden, hat die Kultusminister beider Fraktionen schließlich zur ,,Einsicht" gebracht. Über den größten Teil des Entwurfs besteht Einheit. In der Fortschreibung ist der Lehrerbedarf genau festgelegt worden. Dabei versuchten die Politiker, die Kämpfe und Forderungen der Lehrer nach Verkürzung der Arbeitszeiten abzufangen, indem sie die verschiedenen Tätigkeiten wie Verwaltung, erhöhten Zeitaufwand durch steigende Zahl von ausländischen Schülern etc. in die Planung miteinfließen ließen. Die Forderungen von Lehrern, Schülern und Eltern nach Reduzierung der Klassenstärken hat ebenfalls Platz gefunden. Daß in der Fortschreibung jedoch die insgesamt geforderte Verkürzung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt wird, hat sofort den Protest der Lehrer hervorgerufen, und der DGB hat in seiner Stellungnahme zum neuen Plan zwar die Fortschritte gegenüber 1973 begrüßt, fordert jedoch, daß die Bedarfsplanung um 20% erhöht wird.



Bei den allgemeinbildenden Schulen konnte über die seit ca. 20 Jahren unter der Bourgeoisie umstrittene stufenweise Gliederung wiederum kein einheitliches Vorgehen erzielt werden. Die Auseinandersetzung über die geeignetste Ausbildung der jugendlichen Arbeitskraft bei geringstem Kostenaufwand hat sich bisher in keiner einheitlichen Position niedergeschlagen. Die Ziele von 1973 sind z.T. aufgehoben, und die integrierte Gesamtschule wird auch von der SPD immer weniger als Lösung propagiert, doch hält sie in verschiedenen Formen an der Gesamtschule fest.

Im Plan von 1973 wurde noch die einheitliche Ausbildung in Form der integrierten Gesamtschule angestrebt, insbesondere der Aufbau des Sekundarbereichs I (einheitliches 5.–10. Schuljahr) bildete einen der Schwerpunkte. Unter der Bourgeoisie war es auch damals schon umstritten, und die CDU-regierten Länder brachten das ,,besondere Votum" ein, daß die Einführung der Gesamtschule vom Ausgang der Modellversuche abhängig gemacht werden soll.

In der Fortschreibung fordert die SPD jetzt nur noch die Anerkennung der Gesamtschule als gleichberechtigte Schulform neben dem dreigliedrigen Schulsystem. Doch die Auseinandersetzung hat damit keinen Abschluß gefunden. Die CDU besteht mittlerweile fest auf der Beibehaltung der Dreigliedrigkeit bei höherer Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen als optimale Form der allgemeinen Schulbildung. Den härtesten Kurs in dieser Auseinandersetzung steuert Bayerns Kultusminster Maier, der die Abschlüsse der Gesamtschulen nicht anerkennen will. Die weiteren Streitpunkte ergeben sich aus dieser Grundfrage und haben genauso lange Tradition. Die Orientierungsstufe, die die Klassen 5 und 6 umfaßt, soll nach der SPD ,,schulübergreifend" organisiert werden, d.h. alle Schüler durchlaufen die gleiche Ausbildungseinrichtung, die lediglich nach Leistungskursen untergliedert ist. Die CDU hatte bereits 1973 dagegen interveniert und besteht jetzt darauf, daß die Orientierungsstufe in den verschiedenen Schulformen durchgeführt wird.

1973 wurde beim 10. Schuljahr von der verpflichtenden Einführung ausgegangen, wie sie auch bei der Gesamtschule direkt notwendig ist. Ansonsten sollte es allgemeinbildend oder berufsvorbereitend organisiert werden und den Abschluß im Sekundarbereich I bilden. In der Fortschreibung werden die in den verschiedenen Bundesländern praktizierten Formen unter dem neu kreierten Begriff ,,10. Vollzeitschuljahr" zusammengefaßt, darunter fallen dann auch das Berufsgrundbildungsjahr als erstes Jahr der Berufsausbildung oder als Sonderform für arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluß. Der Plan geht deshalb auch gleich davon aus, daß bis 1985 94% aller in der Berufsausbildung befindlichen Jugendlichen in dem entsprechenden Altersjahrgang das Berufsgrundbildungsjahr durchlaufen, 58% in der allgemeinbildenden Schule und 36% in beruflichen Schulen. Die CDU will diese Entwicklung noch forcieren und fordert die Abkehr vom 10. Schuljahr als allgemeinbildendes.

Die Kultusminister haben sich darauf ,,geeinigt", keinen einheitlichen Weg zu gehen, sondern die verschiedenen Positionen im Plan festzuschreiben.

Zwei Jugendkalender

ulw. Schüler-, Lehrlings- oder Jugendkalender kommen jedes Jahr einige heraus. Namentlich, seit dem Aufschwung der demokratischen Bewegung Anfang der 70er Jahre auch solche, die für diese Bewegung gemacht sind. Der bekannteste ist wohl der ,,Rote Kalender", der 1971 zum ersten Mal als ,,Roter Lehrlingskalender" erschienen ist. Daß er jetzt zum 10. Mal erscheint, zeigt eine gewisse Beständigkeit, die daher kommt, daß er meist die wesentlichsten Strömungen der Jugendbewegung in diesen Jahren zum Ausdruck brachte. In herkömmlichen Kalendern verbreitete die Bourgeoisie ihre Moral- und Lebensweisheiten. Die Jugendlichen, die sich z.B. den ,,Roten Kalender" kaufen, wollen darin ihre Ansichten und Informationen über ihre Kämpfe finden. Das können sie auch im neuen ,,Roten Kalender"; nicht für alle Kämpfe, die die Jugendlichen tatsächlich führen, aber für einen Teil dieser Kämpfe und unter dem Ge-

mokratische Jugendbewegung gespielt hat in dem Gedicht ,,Einsamkeit eines alternden Stones-Fans": ,,... Erinnerungen kommen hoch / die Stones im Hyde-Park damals da / war ich mittendrin, da hat sich was / bewegt mit uns. Jetzt fühlt er sich überlegen: die hängen hier nur rum, / bei dieser miesen immer schlechteren Musik, / leiden vielleicht an ihren Trips oder / an Langeweile. Aber ich, und er zahlt, steckt den Bon ein, / was hab ich alles mitgemacht / und weiß jetzt, was zu tun ist, ich! ... Man hat den Eindruck, das haben die Autoren für sich selber hineingeschrieben.

Unter dem Namen ,,Roter Faden" hat der DKP – nahe Weltkreisverlag ebenfalls einen Jugendkalender herausgegeben. Er ist von Aufmachung und Inhalt her eine ziemlich plumpe Anbiederung an die spontane Bewegung. Der Rote Faden besteht in einer Serie von Kurzgeschichten, die so ty-

Berufsausbildung Elektro / Metall

Kapitalisten wollen Neugliederung durchsetzen

jüh. Seit einem Jahr gibt es zwischen dem ,,Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie" (ZVEI) und der IGM Auseinandersetzungen um die Neugliederung der Ausbildung in den Elektro/Metallberufen. Vier Grundsatzgespräche fanden bisher statt, das letzte im August. Die Kapitalisten planen eine Neugliederung dergestalt, daß 1. die bestehende Stufenausbildung grundsätzlich bestehen bleibt, 2. die schulische Ausbildungszeit weiter verkürzt und die betriebliche verlängert wird, 3. soll die Ausbildung ,,produktbezogen" stattfinden.

Zwischen- und Abschlußprüfungen bei voller Bezahlung, Erstellung von Beurteilungsbögen über Auszubildende nur mit Zustimmung des Betriebsrates bzw. der Jugendvertretung.

Mit der Reform der Berufsbilder 1977 hatten sich die Kapitalisten bereits ein System der Ausbildung geschaffen, das Zurichtung verschiede-

und Prüfen, sowie Instandsetzung und Wartung von Geräten, die DeTeWe herstellen läßt, erweitert. ,,Übertragbarkeit auf artverwandte Tätigkeiten, berufliche Flexibilität" wollen die Kapitalisten nach ihrer Planung hier durchsetzen. D. h. nicht etwa Erweiterung der Kenntnisse im Produktionsablauf, sondern bereits so spezialisierte Ausbildung, daß späterer Einsatz nur noch in den Abteilungen Prüffeld oder in der Qualitätssicherung möglich sind. Die 'Flexibilität" bezieht sich hier auf wechselnden Arbeitseinsatz in diesen beiden Abteilungen, je nach Produktionsengpässen. Im zweiten Lehrjahr besteht die Ausbildung ausschließlich aus Arbeitsproben in Zeitarbeit. Nach Ende der zweijährigen Ausbildungszeit werden Aufbauverträge vergeben. Wer bei der Prüfung schlechter als 3 auslernt, erhält keinen Vertrag.

In der jetzt beginnenden Ausbildungsphase zum Elektroniker steht im

lichen haben der Verschlechterung der Ausbildung darüber zu begegnen versucht, daß sie im großem Umfang nach der Ausbildung kündigten und eine Fachoberschule besuchten. 1979 kündigten bei DeTeWe Hamburg alle Auslerner. Die DeTeWe-Geschäftsleitung versucht diese Bestrebungen darüber zu unterdrücken, daß sie jetzt bereits bei den Einstellungsgesprächen Verzicht auf späteren Fachoberschulbesuch und Bereitschaft zur Montage verlangt. Andernfalls erfolgt keine Einstellung

Mit den jetzt gültigen Berufsbildern haben die Kapitalisten eine Lage geschaffen, die Verkauf der Arbeitskraft ohne Lohneinbußen oft nur noch in dem Lehrbetrieb möglich macht. Die eingeschränkten Fähigkeiten an der Maschinerie werden aber selbst in dem Lehrbetrieb als Argument für niedrige Einstufung nach dem Ende der Ausbildungszeit verwandt. Die Auslerner er-

Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung" hat deshalb bereits im Sommer letzten Jahres einen Entwurf zur ,,Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes" vorgelegt, der bis zur letzten KMK Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Politikern war und dessen Verabschiedung durch die Differenzen

fest auf der Beibehaltung der Dreigliedrigkeit bei höherer Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen als optimale Form der allgemeinen Schulbildung. Den härtesten Kurs in dieser Auseinandersetzung steuert Bayerns Kultusminster Maier, der die Abschlüsse der Gesamtschulen nicht anerkennen will. Die weiteren Streitpunkte

und fordert die Abkehr vom 10. Schuljahr als allgemeinbildendes.

Die Kultusminister haben sich darauf ,,geeinigt", keinen einheitlichen Weg zu gehen, sondern die verschiedenen Positionen im Plan festzuschreiben.

Zwei Jugendkalender

ulw. Schüler-, Lehrlings- oder Jugendkalender kommen jedes Jahr einige heraus. Namentlich, seit dem Aufschwung der demokratischen Bewegung Anfang der 70er Jahre auch solche, die für diese Bewegung gemacht sind. Der bekannteste ist wohl der ,,Rote Kalender", der 1971 zum ersten Mal als ,,Roter Lehrlingskalender" erschienen ist. Daß er jetzt zum 10. Mal erscheint, zeigt eine gewisse Beständigkeit, die daher kommt, daß er meist die wesentlichsten Strömungen der Jugendbewegung in diesen Jahren zum Ausdruck brachte. In herkömmlichen Kalendern verbreitete die Bourgeoisie ihre Moral- und Lebensweisheiten. Die Jugendlichen, die sich z.B. den ,,Roten Kalender" kaufen, wollen darin ihre Ansichten und Informationen über ihre Kämpfe finden. Das können sie auch im neuen ,,Roten Kalender"; nicht für alle Kämpfe, die die Jugendlichen tatsächlich führen, aber für einen Teil dieser Kämpfe und unter dem Gesichtspunkt, unter dem sich gegenwärtig der Widerstand breiter Teile der Jugend gegen den bürgerlichen Staat Ausdruck verschafft. ,,Gegen den grauen Alltag" heißt der Untertitel des Kalenders 1981. Hinweise für die Auseinandersetzung im Betrieb gibt es nur in der Frage, wie man das Recht auf einen Bildungsurlaub durchsetzen kann. Ansonsten gibt es noch Hilfen für Kriegsdienstverweigerer und Tips, wie man sich gegenüber dem Sozialamt durchsetzen kann, wenn man z.B. als Lehrling eine eigene Wohnung hat. Für den Kampf der Schüler um Rechte und bessere Ausbildungsbedingungen enthält der Kalender keine Hinweise. Es sind aber zahlreiche Daten von der Arbeiterbewegung und der jüngeren demokratischen Bewegung abgedruckt.

Einiges, was an Ideen und Auffassungen unter der spontanen Jugendbewegung gegenwärtig eine Rolle spielt, wird in ihm wiedergegeben. Nicht umfassend, aber dafür ist es ja auch ein Kalender. Teilweise bleibt er hinter der Entwicklung zurück, z.B. wenn Udo Lindenberg angesichts Strauß' seine Angst vor den rechten ,,Systemdemontierern" beschreibt und die gemeinsame Power beschwört, damit den ,,Systemdemontierern von rechts bald die Luft ausgeht". Immerhin sind die Wahlen vorbei und allein mit Rock gegen Strauß ist jetzt kein Weiterkommen mehr.

Großstadtrock – Punkmusik – wird behandelt als Ausdrucksform des Widerstandes und der Rebellion; das englische Vorbild für die ,,Rock gegen Rechts-Bewegung" und die Rolle der Rockmusik, die sie bisher für die demokratische Jugendbewegung gespielt hat in dem Gedicht ,,Einsamkeit eines alternden Stones-Fans": ,,... Erinnerungen kommen hoch / die Stones im Hyde-Park damals da / war ich mittendrin, da hat sich was / bewegt mit uns. Jetzt fühlt er sich überlegen: die hängen hier nur rum, / bei dieser miesen immer schlechteren Musik, / leiden vielleicht an ihren Trips oder / an Langeweile. Aber ich, und er zahlt, steckt den Bon ein, / was hab ich alles mitgemacht / und weiß jetzt, was zu tun ist, ich! ... Man hat den Eindruck, das haben die Autoren für sich selber hineingeschrieben.

Unter dem Namen ,,Roter Faden" hat der DKP – nahe Weltkreisverlag ebenfalls einen Jugendkalender herausgegeben. Er ist von Aufmachung und Inhalt her eine ziemlich plumpe Anbiederung an die spontane Bewegung. Der Rote Faden besteht in einer Serie von Kurzgeschichten, die so typisch aus dem Leben gegriffen sein sollen: John, Willi und Ina; ,,Sie sind ziemlich normal und gar nicht vorbildlich und wenn doch, dann da, wo sie sich bemühen, mit ihrem Leben und ihren Bedürfnissen in dieser Republik drei Jahre vor 1984 ein Bein auf die Erde zu kriegen." (Aus der Einleitung) Wie das die garnicht vorbildlichen Drei machen, wird dann Kurzgeschichte für Kurzgeschichte entwickelt. Konfliktreich zwar, aber nachher weiß man jedenfalls, was ein Lernprozeß ist. Am Anfang steht die Frustration, die John und Willi als Mitglieder einer Rock-Band erfahren. Dann geht es weiter mit Willis Problemen mit Mädchen, die dank der etwas älteren und erfahrenen Ina einer Lösung zugeführt werden können. John merkt, daß seine Trinkerei auch nicht so das Wahre ist, Willi wird politisiert, als Jungnazis in der Stadt sich rühren, und John verspürt auf einmal das Interesse, an seiner Schule was für eine Schülerzeitung zu tun, aber in eine politische Organisation will er erstmal nicht. Dann gibt es eine Demonstration in der Stadt, wo dann die ,,GEW und die SDAJ und andere ..." allgemein gegen Krieg und für Abrüstung protestieren wollen. Und John läßt sich nach anfänglichem Widerstand doch für einen Auftritt der ,,Cracks" für ,,Rock für den Frieden" gewinnen usw. usf. Hinter jeder Kurzgeschichte gibt es dann noch die Moral zur Geschichte. Daten über die Kämpfe der Arbeiterbewegung und vor allem über die Kämpfe der jüngeren demokratischen Bewegung sind etwas dünner gestreut als im Roten Kalender, dafür erfährt man unter dem Datum 26. August 81: ,,Up, up and away. Sigmund Jähn als erster Sachse im All."

Berufsausbildung Elektro / Metall

Kapitalisten wollen Neugliederung durchsetzen

jüh. Seit einem Jahr gibt es zwischen dem ,,Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie" (ZVEI) und der IGM Auseinandersetzungen um die Neugliederung der Ausbildung in den Elektro/Metallberufen. Vier Grundsatzgespräche fanden bisher statt, das letzte im August. Die Kapitalisten planen eine Neugliederung dergestalt, daß 1. die bestehende Stufenausbildung grundsätzlich bestehen bleibt, 2. die schulische Ausbildungszeit weiter verkürzt und die betriebliche verlängert wird, 3. soll die Ausbildung ,,produktbezogen" stattfinden.

Zwischen- und Abschlußprüfungen bei voller Bezahlung, Erstellung von Beurteilungsbögen über Auszubildende nur mit Zustimmung des Betriebsrates bzw. der Jugendvertretung.

Mit der Reform der Berufsbilder 1977 hatten sich die Kapitalisten bereits ein System der Ausbildung geschaffen, das Zurichtung verschiedener Sorten Lohnarbeiter, abgestimmt auf die neue Maschinerie, insbesondere die NC-gesteuerte Maschinerie erlaubte. Mit den jetzigen Plänen soll weitere Spezialisierung auf die Verwertungsinteressen der großen Monopole erfolgen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag drohte im September 80: ,,Wenn jede Ausbildung eine Grundbildung auf Berufsfeldbreite erhalten müßte, würde die Zahl der Ausbildungsbetriebe erheblich verringert. Die Aufnahme ausbildungsfremder Inhalte in die Fachausbildungsphase würde die Betriebe zudem überfordern." Demgegenüber sieht der Vorschlag der IGM eine Konzentration der Ausbildung in der Grundphase (2 Jahre) auf 2 Berufe (Nachrichtentechniker, Elektrotechniker) vor. Dieser Vorschlag zielt auf eine Verbesserung der Ausbildung in den grundlegenden Fertigkeiten der Produktion und wendet sich gegen die weitere Spezialisierung während der ersten Ausbildungsphase.

Wie sieht die Ausbildung nach den jetzt gültigen Berufsbildern aus? Bei der Deutsche Telephonwerke AG (DeTeWe) findet im ersten Ausbildungsjahr für alle elektronischen Berufe der Grundlehrgang und die Fachausbildung statt. Werkstoffbearbeitung, Verbindungstechniken, Grundlagen der Elektrotechnik, Verdrahtung und Zusammenbau werden erlernt. Gerade hier wollen die Kapitalisten ansetzen. Überprüfung auf die ,,Häufigkeit der Anwendung im späteren Beruf" soll heißen Einschränkung dieser grundlegenden Phase der Ausbildung. Im zweiten Lehrjahr des Lehrberufes, z. B. Nachrichtengerätemechaniker, werden die elektrotechnischen Kenntnisse im Nachrichtengerätebau Messen und Prüfen, sowie Instandsetzung und Wartung von Geräten, die DeTeWe herstellen läßt, erweitert. ,,Übertragbarkeit auf artverwandte Tätigkeiten, berufliche Flexibilität" wollen die Kapitalisten nach ihrer Planung hier durchsetzen. D. h. nicht etwa Erweiterung der Kenntnisse im Produktionsablauf, sondern bereits so spezialisierte Ausbildung, daß späterer Einsatz nur noch in den Abteilungen Prüffeld oder in der Qualitätssicherung möglich sind. Die 'Flexibilität" bezieht sich hier auf wechselnden Arbeitseinsatz in diesen beiden Abteilungen, je nach Produktionsengpässen. Im zweiten Lehrjahr besteht die Ausbildung ausschließlich aus Arbeitsproben in Zeitarbeit. Nach Ende der zweijährigen Ausbildungszeit werden Aufbauverträge vergeben. Wer bei der Prüfung schlechter als 3 auslernt, erhält keinen Vertrag.

In der jetzt beginnenden Ausbildungsphase zum Elektroniker steht im Vordergrund die Montageausbildung, Spezialisierung in Wartung und Instandsetzung. Die Einführung des Blockunterrichts in der Berufsschule ermöglichte hier den Kapitalisten, die Auszubildenden wochenlang auf Montage zu schicken. ,,Gelernt" wird der Aufbau von Telefonanlagen im Akkord. Nach den neuen Plänen der Kapitalisten soll die Montagetätigkeit bereits im zweiten Ausbildungsjahr beginnen. Der Auszubildende könne darüber zu mehr Teilkenntnissen gelangen und die technologischen Veränderungen würden berücksichtigt, meint der ZVEI. Das Vorziehen des Erlernens der Montagetätigkeit zielt auf die Verkürzung der gesamten Ausbildungszeit. Die letzte Ausbildungsphase würde wegfallen, die Ausbildung also nur noch zwei Jahre betragen. Die Jugendlichen haben der Verschlechterung der Ausbildung darüber zu begegnen versucht, daß sie im großem Umfang nach der Ausbildung kündigten und eine Fachoberschule besuchten. 1979 kündigten bei DeTeWe Hamburg alle Auslerner. Die DeTeWe-Geschäftsleitung versucht diese Bestrebungen darüber zu unterdrücken, daß sie jetzt bereits bei den Einstellungsgesprächen Verzicht auf späteren Fachoberschulbesuch und Bereitschaft zur Montage verlangt. Andernfalls erfolgt keine Einstellung

Mit den jetzt gültigen Berufsbildern haben die Kapitalisten eine Lage geschaffen, die Verkauf der Arbeitskraft ohne Lohneinbußen oft nur noch in dem Lehrbetrieb möglich macht. Die eingeschränkten Fähigkeiten an der Maschinerie werden aber selbst in dem Lehrbetrieb als Argument für niedrige Einstufung nach dem Ende der Ausbildungszeit verwandt. Die Auslerner erhalten bei DeTeWe Lohngruppe 6 (9,45 DM). Einstufung in Lohngruppe 8 erfolgt frühestens nach 5 Jahren und Abschluß der Meisterprüfung; die Ausbildung zum Meister muß abends und ,,auf Kosten des Teilnehmers" erfolgen.

Der IGM-Vorschlag versucht das Interesse der Jugendlichen nach Ausbildung zum qualifizierten Lohnarbeiter zur Geltung zu bringen. Die 12. Jugendkonferenz der IGM forderte die 13jährige Bildungspflicht (10 Jahre Schule, 3 Jahre Berufsausbildung). Die Delegierten forderten eine ,,breite Grundausbildung", die so zu gestalten sei, daß jeder Arbeiter ,,die Grundqualifikationen erwerben kann, die ihn zu einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit befähigen."



Auszubildende bei DeTeWe im zweiten Ausbildungsjahr bei Meßarbeiten an Leiterplatten. Vorbereitung auf spätere Akkordarbeit im Prüffeld.

Die Zukunft der Jugend liegt im Kampf für Demokratie und Sozialismus!

Zur Demonstration und Aktionswoche des Landesjugendrings

edd. Der Landesjugendring führt vom 8.11. bis 15.11. eine Aktionswoche durch unter dem Motto „*Jugend für ihre Zukunft*“. Der Landesjugendring ist ein Zusammenschluß der Organisationen der Arbeiter- und Schuljugend und politischer Organisationen (u.a. DGB-Jugend, ASTA, Schülerkammer, SDAJ, Jusos u.ä.).

Das gewiß nützliche Anliegen, eine Aktionswoche gemeinsam von der arbeitenden und lernenden Jugend durchzuführen, sich aber vor der Frage konkret zu drücken, wie und für welche Forderungen die Jugend kämpfen soll und wie ihre Zukunft aussehen soll, zeigt die Schwäche der Aktion. Die Vertreter der Revisionisten DKP/SDAJ konnten durchsetzen, daß im Aufruf der Gegner des Kampfes nicht genannt wird. So wird gefordert „*Wir wollen das Recht auf Arbeit und Bildung*“. Während der Senat versucht, Berufsgrundbildungsjahr und Kurssystem als Verkürzung der Ausbildung gegen die Jugend durchzusetzen, werden noch nicht mal die Forderungen der DGB-Jugend erhoben, diesem Versuch, die Jugend zu billigen Hilfsarbeitern „auszubilden“, Schranken zu ziehen. Während die Interessen und Absichten der Kapitalisten ungeschont bleiben, werden die demokratischen Interessen der Jugend an einer umfassenden polytechnischen Ausbildung für alle gleich bis mindestens zum 18. Lebensjahr nicht durch Forderungen ausgedrückt. „*Wir wollen Frieden*“ schreibt der Landesjugendring, man merkt aber deutlich die Brille der russischen Sozialimperialisten, durch die die SDAJ hat die Jugendverbände mal schauen lassen. Man muß schon ein verkehrtes Bild von der Weltlage kriegen, wenn nur die US-Supermacht und ihr Stationierungsbeschluß von Mittelstreckenraketen angegriffen wird, der Kampf gegen den Einmarsch in Afghanistan durch die Sowjetunion „vergessen“ wird.

Die Jugend wird so nach dem Motto „*Spaß muß sein*“*(I.Börjes in der Morgenpost)* – bei der Beerdigung, können wir nur hinzufügen – wehrlos gemacht im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die NATO und den Warschauer Pakt. Die Forderungen nach „BRD raus aus der NATO – Friedensvertrag“, die vor allem in der IG-Druck, IG-Metall und der GHK-Jugend zunehmend diskutiert werden, wären hier sicherlich nützlicher gewesen als der allgemeine Wunsch nach Frieden. Die Imperialisten, vor allem die Supermächte USA und Sowjetunion, kämpfen um die Rohstoffe, Absatzmärkte, kurz um die Weltherrschaft, wovon sie ein Wunsch nach Frieden, auch wenn er nicht „*bierernst*“ vorgetragen wird, nicht abhalten wird, nur der Kampf gegen die imperialistische Allianzpolitik kann ihn hinauszögern, und erst der Sturz der Imperialisten in der proletarischen Revolution, der Sieg des Sozialismus, wird verhindern, daß Jugendliche wieder Schlachtvieh für die Imperialisten und ihre Kriege werden.

Daß man der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat entgegenhält, daß die Jugend „*mehr Demokratie*“ will, hat zwar einen fortschrittlichen Kern, weil im Imperialismus die Reaktion vorherrscht, aber wenn der Landesjugendring auf Initiative der DKP-Revisionisten dies nicht in den Kampf um Rechte umsetzt, verhallt der Ruf ungehört. Warum kein Wort zum Tod von Olaf Ritzmann und dem Kampf um die vollständige Aufklärung des Todes, zum Kampf um Demonstrationsfreiheit? Will die Jugend eine bessere Zukunft, wie es in dem Aufruf heißt, muß sie darum kämpfen, dafür braucht sie Demonstrationsfreiheit und Versammlungsfreiheit. Die DGB-Jugend hat bereits eine richtige Konsequenz gezogen und diese Forderungen aufgestellt.

Im Kampf für die demokratischen Forderungen kann die Jugend lernen, sich zusammenzuschließen als Teil der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf für die proletarische Revolution, für Demokratie und Sozialismus. Alle Schritte auf diesem Weg sind nützlich. Wenn von den Verbänden, vor allem der Gewerkschaftsjugend, konkrete Forderungen gegen die Kapitalisten und den Senat erhoben werden, kann wirklich „*ernst*“ gemacht werden mit dem Kampf um die Zukunft der Jugend.



Die VV der Universitätsstudenten mit ca. 3000 Teilnehmern und die VV der Fachhochschulstudenten mit ca. 700 Teilnehmern haben für den 11.11. einen gemeinsamen Proteststreik gegen die unerträglichen Studienbedingungen beschlossen. U.a. fordern die Studenten Sofortmaßnahmen des Senats zur Behebung der dringendsten Mißstände an den Fachbereichen bis spätestens 13.11., dem Tag der Anhörung über die Zwischenprüfungsregelung.

Angriffe auf Studentenvertretungen

Kieler Universitätspräsidium gibt Regierung Flankenschutz

ang. Freche Angriffe auf die Rechte der studentischen Vertretungsorgane unternimmt das Präsidium der Kieler Universität seit mehreren Monaten. Es hat sich der Klage der CDU-Studenten angeschlossen, nach der der AStA für jede Wahrnehmung des politischen Mandats 5000 DM bezahlen muß. Es hat den Ausfall der Lehrveranstaltungen in der ersten Woche des Semesters zugunsten von Orientierungs-Einheiten der Fachschaften für Erstsemesterstudenten verweigert, es hat angedroht, die „Kuschel-Ecke“, Aufenthaltsgelegenheit für Geschichte- und Germanistik-Studenten, räumen zu lassen. In der letzten Woche hat es sich erdreistet, die Fete für Geschichtler und Germanisten zu verbieten. Begründung: Sie bedeute eine Störung des Hochschulbetriebs, weil in der Vergangenheit bei diesen Feten Wände bemalt worden seien. Gegen dieses Verbot wurde die Fete erfolgreich durchgeführt, großen Beifall bekam ein von der „Initiative Schöner Wohnen“ aufgeführtes Theaterstück, in dem die Stadtsanierung angegriffen und die Stadt zur sofortigen Bereitstellung leerstehenden Wohnraums aufgefordert wurde.

In Fachschaften, Fachschaftsgruppen und AStA ist die Debatte darüber entbrannt, wie die Angriffe auf die Vertretungsorgane einzuschätzen sind und was dagegen zu tun ist. Auf der letzten Fachschaftsgruppen-Vollversammlung ist darüber keine Einigkeit erzielt worden. Der AStA der Universität hat sich bislang darauf beschränkt, das von RCDS und Präsidium erwirkte Urteil gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats zu dokumentieren. Stillschweigend hat er bereits das erste Zwangsgeld über 5000 DM bezahlt. Teile des AStA sind dafür, sich in Zukunft politischer Äußerungen im AStA-Info zu enthalten und stattdessen auf andere Orte, z.B. das Info der „basis-orientierten Linken“, auszuweichen. Das wurde von verschiedenen Fachschaftsgruppen auf der Versammlung scharf angegriffen, weil es faktisch auf die Aufgabe des Kampfes für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat hinausläuft. Mehrere Redner haben kritisiert, daß der AStA die Fachschaften nicht oder nur unzureichend im Kampf gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen unterstützt.

Tatsächlich hat der AStA, der teils von Jungsozialisten, teils von der „basis-orientierten Linken“ gebildet wird, noch kein Wort zu den Angriffen auf die Ausbildungsbedingungen verloren, die jetzt von der Bundesregierung vorgetragen worden sind. Die Bundesregierung will im Rahmen ihres Kassensturzes die BAFöG-Sätze für 1981 einfrieren und hat 30 Millionen DM für den Studentenwohnheimbau gestrichen. Dagegen hat die Fachschaftsgruppe Agrar den AStA aufgefordert, in der VDS dafür einzutreten, daß bundesweite Kampfmaßnahmen gegen die BAFöG-Senkungen ergriffen werden. Sie und die Fachschaftsgruppe Germanistik haben beschlossen, die Unterschriftensammlung der GEW für sofortige Erhöhung des BAFöG auf 750 DM Höchstbetrag und 1500 DM Elternfreibetrag und jährliche Anpassung zu unterstützen. Andere Fachschaften haben vom AStA verlangt, daß er den Kampf um die Einstellung zusätzlicher Dozenten unterstützen soll.

Die Angriffe des Präsidiums auf die Rechte der Vertretungsorgane flankieren das Programm der Bundesregierung, mit dem sie einmal mehr das Recht auf höhere Bildung der Lohnabhängigen unabhängig vom Einkommen unterhöhlt. Fachschaften und Fachschaftsgruppen verlangen vom AStA Maßnahmen gegen das Gesamtprogramm und nicht nur gegen seine Flanken.

Kämpfe um Mindestbedingungen der Schulausbildung
Landesregierung antwortet mit Unterdrückung und parlamentarischen Manövern
reb. Noch rechtzeitig vor den Landtagswahlen hat das schleswig-holsteinische Kultusministerium dem Kampf der Eltern, Schüler und Lehrer gegen die Schulkonzentration und die damit verbundenen Schließungen kleinerer Schulen Rechnung getragen. Durch die Herabsetzung der Mindestschülerzahlen sollten bis 1983 keine weiteren Schulen mehr geschlossen werden. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt der Konzentrationsprozeß bereits im Wesentlichen abgeschlossen, zum anderen sind auch danach mindestens noch zwei Schulen in Ostholstein und Lauenburg gegen den Willen der Ge-
wurde nach den Sommerferien z.B. in der Grund- und Hauptschule Gülzow, Kreis Lauenburg, die erste und zweite, fünfte und sechste,sowie die siebente und achte Klasse zusammengelegt. 14 - 15 Schüler war die Klassenstärke vor der Zusammenlegung. Weder Eltern noch Schulverband wurden von dieser Maßnahme vorher in Kenntnis gesetzt oder gefragt. Ein Antrag der Schule auf Einstellung von mehr Lehrern wurde abgelehnt. Eltern, Schüler und Lehrer sowie der Bürgermeister haben gegen diese Maßnahme protestiert, und inzwischen fand ein Gespräch mit einem zuständigen Ministerialrat statt,
wahrnahm und sich nach Auffassung der Eltern bewährt hatte, verweigerte. Stattdessen wurde ein vom Kultusministerium auserwählter Schulleiter gewählt. Die Wahl wurde von den Eltern- und Lehrervertretern boykottiert. Gesetzlich ist die Wahl eines Schulleiters aus dem Kollegium der Schule nur in Ausnahmefällen möglich. „Die Wahl wäre zur Farce geworden. (. . .) weil andere Bewerber dann weitgehend chancenlos wären“, war die konkrete Begründung des Ministeriums. Nicht das Vertrauen der Eltern, sondern das Vertrauen der Landesregierung ist maßgeblich für die ‚Wahl‘ eines Schul-
Absichten der Kapitalisten ungeschont bleiben, werden die demokratischen Interessen der Jugend an einer umfassenden polytechnischen Ausbildung für alle gleich bis mindestens zum 18. Lebensjahr nicht durch Forderungen ausgedrückt. „Wir wollen Frieden“ schreibt der Landesjugendring, man merkt aber deutlich die Brille der russischen Sozialimperialisten, durch die die SDAJ hat die Jugendverbände mal schauen lassen. Man muß schon ein verkehrtes Bild von der Weltlage kriegen, wenn nur die US-Supermacht und ihr Stationierungsbeschluß von Mittel-
der Schlachtvieh für die Imperialisten und ihre Kriege werden.
Daß man der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat entgegenhält, daß die Jugend „mehr Demokratie“ will, hat zwar einen fortschrittlichen Kern, weil im Imperialismus die Reaktion vorherrscht, aber wenn der Landesjugendring auf Initiative der DKP-Revisionisten dies nicht in den Kampf um Rechte umsetzt, verhallt der Ruf ungehört. Warum kein Wort zum Tod von Olaf Ritzmann und dem Kampf um die vollständige Aufklärung des Todes, zum Kampf um Demonstra-
Im Kampf für die demokratischen Forderungen kann die Jugend lernen, sich zusammenzuschließen als Teil der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf für die proletarische Revolution, für Demokratie und Sozialismus. Alle Schritte auf diesem Weg sind nützlich. Wenn von den Verbänden, vor allem der Gewerkschaftsjugend, konkrete Forderungen gegen die Kapitalisten und den Senat erhoben werden, kann wirklich „ernst“ gemacht werden mit dem Kampf um die Zukunft der Jugend.
unternimmt das Präsidium der Kieler Universität seit mehreren Monaten. Es hat sich der Klage der CDU-Studenten angeschlossen, nach der der AStA für jede Wahrnehmung des politischen Mandats 5000 DM bezahlen muß. Es hat den Ausfall der Lehrveranstaltungen in der ersten Woche des Semesters zugunsten von Orientierungs-Einheiten der Fachschaften für Erstsemesterstudenten verweigert, es hat angedroht, die „Kuschel-Ecke“, Aufenthaltsgelegenheit für Geschichte- und Germanistik-Studenten, räumen zu lassen. In der letzten Woche hat es sich erdreistet, die Fete für Geschichtler und Germanisten zu verbieten. Begründung: Sie bedeute eine Störung des Hochschulbetriebs, weil in der Vergangenheit bei diesen Feten Wände bemalt worden seien. Gegen dieses Verbot wurde die Fete erfolgreich durchgeführt, großen Beifall bekam ein von der „Initiative Schöner Wohnen“ aufgeführtes Theaterstück, in dem die Stadtsanierung angegriffen und die Stadt zur sofortigen Bereitstellung leerstehenden Wohnraums aufgefordert wurde.
In Fachschaften, Fachschaftsgruppen und AStA ist die Debatte darüber entbrannt, wie die Angriffe auf die Vertretungsorgane einzuschätzen sind und was dagegen zu tun ist. Auf der letzten Fachschaftsgruppen-Vollversammlung ist darüber keine Einigkeit erzielt worden. Der AStA der Universi-
lung scharf angegriffen, weil es faktisch auf die Aufgabe des Kampfes für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat hinausläuft. Mehrere Redner haben kritisiert, daß der AStA die Fachschaften nicht oder nur unzureichend im Kampf gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen unterstützt.
Tatsächlich hat der AStA, der teils von Jungsozialisten, teils von der „basis-orientierten Linken“ gebildet wird, noch kein Wort zu den Angriffen auf die Ausbildungsbedingungen verloren, die jetzt von der Bundesregierung vorgetragen worden sind. Die Bundesregierung will im Rahmen ihres Kassensturzes die BAFöG-Sätze für 1981 einfrieren und hat 30 Millionen DM für den Studentenwohnheimbau gestrichen. Dagegen hat die Fachschaftsgruppe Agrar den AStA aufgefordert, in der VDS dafür einzutreten, daß bundesweite Kampfmaßnahmen gegen die BAFöG-Senkungen ergriffen werden. Sie und die Fachschaftsgruppe Germanistik haben beschlossen, die Unterschriftensammlung der GEW für sofortige Erhöhung des BAFöG auf 750 DM Höchstbetrag und 1500 DM Elternfreibetrag und jährliche Anpassung zu unterstützen. Andere Fachschaften haben vom AStA verlangt, daß er den Kampf um die Einstellung zusätzlicher Dozenten unterstützen soll.

Kämpfe um Mindestbedingungen der Schulausbildung

Landesregierung antwortet mit Unterdrückung und parlamentarischen Manövern

reb. Noch rechtzeitig vor den Landtagswahlen hat das schleswig-holsteinische Kultusministerium dem Kampf der Eltern, Schüler und Lehrer gegen die Schulkonzentration und die damit verbundenen Schließungen kleinerer Schulen Rechnung getragen. Durch die Herabsetzung der Mindestschülerzahlen sollten bis 1983 keine weiteren Schulen mehr geschlossen werden. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt der Konzentrationsprozeß bereits im Wesentlichen abgeschlossen, zum anderen sind auch danach mindestens noch zwei Schulen in Ostholstein und Lauenburg gegen den Willen der Gemeinden geschlossen worden. Keineswegs ist durch diese Maßnahme eine ausreichende Schulversorgung in Schleswig-Holstein gewährleistet.

So stellte Kultusminister Bendixen bereits auf der Landtagsdebatte am 18.9.80 klar, daß die Alternative zu Schulschließungen die seit „alters her“ entwickelten „jahrgangsübergreifenden Formen des Unterrichts“ seien. So wurde nach den Sommerferien z.B. in der Grund- und Hauptschule Gülzow, Kreis Lauenburg, die erste und zweite, fünfte und sechste,sowie die siebente und achte Klasse zusammengelegt. 14 - 15 Schüler war die Klassenstärke vor der Zusammenlegung. Weder Eltern noch Schulverband wurden von dieser Maßnahme vorher in Kenntnis gesetzt oder gefragt. Ein Antrag der Schule auf Einstellung von mehr Lehrern wurde abgelehnt. Eltern, Schüler und Lehrer sowie der Bürgermeister haben gegen diese Maßnahme protestiert, und inzwischen fand ein Gespräch mit einem zuständigen Ministerialrat statt, um sich in dieser Frage „näherzukommen“.

In Lübeck hat der Elternbeirat der Otto-Passarge-Schule am Dienstag und Mittwoch letzter Woche den Schulbetrieb lahmgelegt, weil das Kultusministerium die Besetzung der freigewordenen Rektorenstelle durch einen Lehrer des Kollegiums, der bereits diese Funktion seit 15 Monaten kommissarisch wahrnahm und sich nach Auffassung der Eltern bewährt hatte, verweigerte. Stattdessen wurde ein vom Kultusministerium auserwählter Schulleiter gewählt. Die Wahl wurde von den Eltern- und Lehrervertretern boykottiert. Gesetzlich ist die Wahl eines Schulleiters aus dem Kollegium der Schule nur in Ausnahmefällen möglich. „Die Wahl wäre zur Farce geworden. (. . .) weil andere Bewerber dann weitgehend chancenlos wären“, war die konkrete Begründung des Ministeriums. Nicht das Vertrauen der Eltern, sondern das Vertrauen der Landesregierung ist maßgeblich für die ‚Wahl‘ eines Schulleiters, der nur so als Hebel der Schulaufsicht und der Durchsetzung der damit verbundenen staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen brauchbar bleibt. Der Kampf des Elternbeirates gibt an, wie ein demokratisch kontrolliertes Volksbildungswesen aussehen muß, in dem die Interessen der Jugend nach einer vernünftigen Ausbildung gesichert werden können.

„Ball Pompös“ in Kiel geschlossen

san. Wenige Monate, nachdem die Kieler Musikkneipe „Ball Pompös“ renoviert und wieder eröffnet war, ist sie seit dem 1. November wieder geschlossen. Der Grund ist die starke Lärmbelästigung für die Anwohner. Sie führten sogar eine Unterschriftensammlung durch, um Schallschutzmaßnahmen zu erreichen. Der derzeitige Pächter Horst Dietrich, auch Geschäftsführer der Hamburger „Fabrik“, will aber nicht die auf rund 500000 DM geschätzten Kosten übernehmen. Es wären bereits rund 300000 DM für Renovierung und Schallschutzmaßnahmen investiert worden, als er den „Ball Pompös“ vor knapp einem Jahr übernommen habe. Die beteiligte Brauerei „Bavaria“ ist auch nicht gewillt, die Kosten zu bestreiten. Aber da sie den Gewinn aus den Jugendlichen und den auftretenden Musikern ziehen, müssen sie auch für die Ruhe der Anwohner sorgen. Gerade im „Ball Pompös“ sind bekannte Musiker zu günstigen Eintrittspreisen aufgetreten, wie z.B. Udo Lindenberg, Nina Hagen, Helen Schneider, Volker Kriegel. Die Vertreter von Stadt, Kulturamt und jeweiligen Ratsfraktionen jammern gemeinsam über den großen Verlust für die Kieler Kulturszene, den die Schließung der Musikkneipe bewirkt. Das Kulturamt, also die Stadt Kiel, soll lieber dafür sorgen, daß bekannte Musiker und Gruppen öfter in Kiel auftreten und hierfür kostenlos passende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Kampf gegen Zwischenlager in Stade

heh. Im Februar 80 hatte die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) einen Antrag zur Genehmigung eines atomaren Zwischenlagers für abgebrannte Brennstäbe gestellt. Nachdem sie vor 2 Jahren den Antrag (auf ein Naßlager) zurückziehen mußte, versuchte sie es noch einmal – und zwar mit einem zeitlich unbegrenzten Trockenlager. Stadtdirektor Dr. Schneider redete von „eigenem“ Atommüll, doch dafür ist die Halle 4mal zu groß (vgl. Lager in Ahaus). Der Stader Arbeitskreis gegen Atomenergie rechnet fest damit, daß *demnächst* die Pläne ausgelegt werden und bereitet sich bereits auf den Erörterungstermin vor, zu dem er Unterschriften für Sammeleinsprüche sammeln wird. (Siebverfahren: wer nicht unterschreibt, wird nicht zum Erörterungstermin zugelassen, wer dort nicht erscheint, wird nicht als Kläger zugelassen.)

Aktion gegen Vereidigung von 1000 Rekruten in Schleswig

reh. Das Vorhaben der Bundesregierung, zum 25jährigen Bundeswehrjubiläum an möglichst vielen Orten an die Öffentlichkeit zu gehen, ist auf Grund der Bewegung gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen auf sechs öffentliche Vereidigungen in der gesamten BRD zusammengeschrumpft. Gegen diese Propagandaveranstaltungen haben sich Aktionseinheiten gebildet. Gegen die Rekrutenvereidigung in Schleswig am 12.11. hat ein Aktionsbündnis einer Reihe von Organisationen aus dem Schleswiger Raum zu einer Demonstration aufgerufen. Die Demonstration soll am 12.11. ab 18 Uhr vom Schleswiger Capitolplatz beginnen. Sie ist bis zum Jahn-Stadion genehmigt. Der KBW Holstein hatte in der letzten Woche zu Aktionseinheitsverhandlungen zur Unterstützung der Aktion in Schleswig aufgerufen. Auf den Verhandlungen waren sich Vertreter der Fachschaftsgruppe Geschichte, Germanistik und Agrar, der Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht“, des Kampuchea-Komitees und des KBW einig, unter politischen Forderungen wie BRD raus aus der NATO, Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages und Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan, zur Beteiligung an Aktionen in Schleswig aufzurufen. Gemeinsame Abfahrt soll dazu am 12.11. um 16.30 Uhr vom Wilhelmsplatz (Arbeitsamt) in Kiel sein.

Studentenprozeß: Do., 13.11. Fischer-Appelt als Zeuge

khg. Im Prozeß gegen 4 ehemalige Studenten wegen Teilnahme am Streik im Sommersemester 1977 sind bisher 6 Zeugen vernommen worden. Für die Anklage ist nicht viel im Sieb hängen geblieben. Die Zeugen hatten an die damaligen Vorfälle praktisch keine Erinnerung mehr. Lediglich diejenigen Zeugen, die kurz vor der Verhandlung Aufzeichnungen von damals hatten durchlesen können, waren in der Lage, den Inhalt ihrer Aufzeichnungen wiederzugeben. Rausgekommen ist auch, daß die Verwaltungsangehörigen, die damals zur Unterstützung von Streikbrechern einige wenige kaum besuchte Vorlesungen schützen sollten, keine Ermächtigung hatten, den Streikenden die Türen zu den Hörsälen zu versperren. Die Vollversammlung der Studenten an der Universität Hamburg hat in der vergangenen Woche Einstellung des Verfahrens gefordert und eine entsprechende Resolution dem Gericht zugeschickt. Am Donnerstag, dem 13.11.80, wird der Universitätspräsident Fischer-Appelt als Zeuge aussagen.

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.
Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



Auf dem Bild ist ein Päckchenverteiler im Paketpostamt Altona zu sehen.

„Nachtarbeit ist nicht zu bezahlen“

Ein ehemaliger Postfahrer berichtet

ins. „Geld kann kein Ausgleich sein für die Belastungen des Wechselschichtdienstes. Wenn überhaupt, geht das nur über Freizeitausgleich.“ Die Erfahrungen eines Rentners, der jahrelang bei der Post beschäftigt war, bestätigen die Notwendigkeit der Forderung der Postgewerkschaft nach 1,5 facher Anrechnung der Arbeitszeit in Schichtdiensten.

Der Rentner war im Gütertransport beschäftigt. Die Arbeitszeit richtete sich nach den Touren. Früher wurde die Post innerhalb der BRD vor allem mit der Bahn befördert, jetzt werden im Nahbereich mehr LKWs eingesetzt. Die Haltezeiten der Züge sind kürzer geworden und in kleinen Orten hält der Zug gar nicht mehr. Die tagsüber auflaufende Post wird nachts mit dem LKW in die umliegenden Postämter gebracht. Von Stade aus gab es z.B. folgende Tour: Beginn 19 Uhr; über Buxtehude, Harburg nach Hamburg, von Hamburg nach Buchholz, Rothenburg, Zeven, Bremervörde zurück nach Stade. Die ganze Fahrt dauerte 12 Stunden. An den Haltestellen mußte der Fahrer mit packen, für die richtige Anordnung der Güter im Laderaum sorgen, damit am jeweils nächsten Ort das Verladen zügig ging. Wertsachen und Geld mußten gesondert geprüft und verwahrt werden. Nur in extremen Fällen konnte ein Beifahrer beantragt werden und es gehörte schon Durchsetzungsvermögen dazu, daß auch wirklich ein *Fahrer* eingesetzt wurde. Extreme Situationen waren solche, wo zu befürchten war, daß ein Fahrer allein im hohem Schnee es nicht schaffen würde, den Wagen freizuschaufeln, evtl. den Hänger abzukoppeln und ihn gesondert aus dem Schnee freizuziehen oder ähnliches. Egal ob dichtester Nebel, Schneesturm, Glatteis oder einfach Umleitungen: bei Verspätungen von 10 bis 15 Min. mußte damit gerechnet werden, daß man nach oben zitiert wurde und der Vorfall bis ins I-Tüpfelchen zu begründen hatte. Kamen Springers Bildzeitungen nicht pünktlich an den Zug, war der Gang zum Chef schon sicher.

Die Kontrolle der Fahrer erfolgte nicht nur über ihre Ankunftszeit bei den einzelnen Ämtern und über den Fahrtenschreiber. Hin und wieder ließ die Oberpostdirektion ein Paket gewöhnlichen Charakters mit in den LKW packen, das ein Paketlaufzeitgerät beinhaltete. Dieses Gerät zeichnet auf, wenn das Paket bewegt wird, bzw. still steht, sogar, ob Asphalt oder Kopfsteinpflaster gefahren wird, läßt sich bei Vergrößerung feststellen. So kann anhand der Strecke genau rückverfolgt werden, wo der Fahrer gehalten hat, ob ein objektives Hindernis vorlag (z. B. ein Bahnübergang) oder nicht. Wenn nicht, muß der Fahrer begründen, warum er da und da gehalten hat.

Alle vier bis fünf Wochen hatte man ein freies Wochenende. – Vorausgesetzt, es gab keine Sonderfahrten (Kegelclubs, Ausflüge u.ä.). Das wurde dann Freitag abends mitgeteilt, wenn man ins Wochenende wollte. Die Bezahlung für die Nachtarbeit richtete sich nach den verfahrenen Schichten, im Durchschnitt erhielt man 120 DM brutto Nachtzulagen im Monat.

Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung stehen an

GEW-Landesvertreterversammlung (LVV) Hamburg am 17.11.80

vdo. Zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer hat die Bundesvertreterversammlung der GEW einen Aktionsplan beschlossen (s. Artikel S.7) Teil dieses Aktionsplans sind gerichtliche Verfahren. Es wird beantragt festzustellen, daß zur Verwirklichung der 40-Stunden-Woche eine Herabsetzung der jetzigen Pflichtstundenzahl notwendig ist. Dieses gerichtliche Vorgehen stößt in Hamburg auf Widerspruch, und die Vertrauensleuteversammlung der GEW beschloß mit knapper Mehrheit die Absetzung der Unterschriftenaktion für die Massenklage bis zur erneuten Debatte und Beschlußfassung am 17.11. auf der Landesvertreterversammlung.

Formaljuristisch dürfen die beamteten Lehrer nur einzeln klagen. Dies schmälert aber nicht die politische Wirksamkeit solcher Gerichtsverfahren und individualisiert nicht die Lehrer, vorausgesetzt, diese einzelnen werden von der Masse der Lehrer unterstützt und es wird für die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen gesorgt. Und die Gefahr, daß die Lehrer gespalten würden, indem ihnen je nach Fächerkombination und Schulart unterschiedliche Pflichtstundenzahlen zuerkannt werden könnten, besteht bei Verhandlungen mit den Länderregierungen genauso wie bei einem gerichtlichen Verfahren, ist also kein Argument gegen ein gerichtliches Verfahren, sondern weist darauf hin, daß Untersuchungen über die Arbeitsbelastung der Lehrer und das Festhalten an der Forderung nach grundsätzlich derselben Pflichtstundenzahl (20) notwendig sind.

Die LVV hat etwas Besseres zu tun, als über „Gefahren“ (die Massenklage würde einen aktiven Arbeitskampf ersetzen oder gar verhindern) zu sinnieren. Sie hat den Kampf gegen die Arbeitszeitbelastung, den die Lehrer tagtäglich z.B. durch Abwehr von Mehrarbeit führen, auf der Grundlage der Beschlüsse des Gewerkschaftstages zu organisieren. Die Massenklage ist davon ein Teil – und kein Hindernis. Ob z.B. der Senat die Erfüllung der Forderungen mit Hinweis auf das Gerichtsverfahren verzögern kann, hängt doch nicht von diesem Gerichtsverfahren ab, sondern davon, ob er es sich politisch leisten kann.

Wird den Lehrern die 40-Stunden-Woche zwar *rechtlich* anerkannt (s. für Hamburg die Verwaltungsanordnung über die Arbeitszeit und Dienstzeit, 25.9.1974, sowie – für die angestellten Lehrer – BAT Sonderregelung 2L), so wird sie ihnen *faktisch* verweigert, da die „Abhaltung der Pflichtstundenzahl zusammen mit der durchschnittlich benötigten Vor- und Nachbereitung und zusammen mit den sonstigen vom Lehrer geforderten Leistungen regelmäßig die 40-Stunden-Woche überschreiten“ (aus der GEW-Klageschrift, S. 12). Gegen diese Verletzung des geltenden Rechts ist eine Klage – und nicht etwa die Forderung nach einer tariflichen oder gesetzlichen Regelung – das angemessene Verfahren.

Grundsätzlich werden die Lehrer ihre Forderung nach einer 40-Stunden-Woche nur durch politischen Druck auf die Länderregierungen durchsetzen können. Aber gerade zur *Verstärkung* dieses politischen Drucks können die gerichtlichen Verfahren gut genutzt werden: Gegenüber den Versuchen des Senats, zu begründen, daß die Lehrer mit ihrer jetzigen Pflichtstundenzahl die 40-Stunden-Woche einhalten können, werden die Lehrer den Beweis antreten müssen, daß sie jetzt die 40-Stunden-Woche nicht mal dann haben, wenn sie einen miserablen und nicht vorbereiteten Unterricht machen. Das können sie auch, stützen sie sich auf solche Untersuchungen wie die der Aktion „Gläserne Schule“.

Mieter gemeinsam sind stark

Gesetzliche Möglichkeiten im Kampf um die Instandsetzung von vermietetem Wohnraum

rea. Bekanntlich und von den verantwortlichen Kreisen zugegebenermaßen herrscht große Wohnraumnot, an der Spitze die Großstädte Frankfurt und Hamburg. Zwar stehen Luxusappartements, Eigentumswohnungen und Büroraum leer, aber eine Wohnung zu finden, deren Miete nicht die Hälfte des Einkommens frißt (⅓ wird durchschnittlich schon für Miete ausgegeben) und die trotzdem ordentlich ist, ist auf dem „freien“ Wohnungsmarkt so gut wie unmöglich. Das Hamburger Abendblatt ist der größte Wohnraumvermittler der Umgebung. Um seine tragbaren Angebote reißen sich beim ersten Besichtigungstermin schon um die 50 Leute, und wer nicht Verdienstbescheinigung und ein paar „inoffizielle“ Scheinchen für den Makler in der Tasche hat, der sollte sich keine großen Hoffnungen machen.

In so einer Lage bilden sich natürlich die verschiedensten Selbsthilfe-Initiativen, auch, was den Erhalt und die Instandsetzung von vorhandenem Wohnraum angeht. So eine Mieterinitiative arbeitet seit Anfang '80 in den Häusern Koppel 20 bis 26, gelegen im Sanierungsgebiet St. Georg. Die Häuser gehören der Philips AG und werden verwaltet von der Maklerfirma Lucas-Gebrüder. Wie viele Vermieter von Altbauten kümmerten sich diese nicht um ihre Instandhaltungspflichten. Die Lage in den Wohnungen beschreibt der erste gemeinsame Brief der Mieter: „... Wir sind ... nicht mehr bereit hinzunehmen, daß Sie zwar regelmäßig unser Mietgeld einstreichen, aber umgekehrt kaum bereit sind, Geld für längst fällige und unbedingt notwendige Reparaturen zu zahlen ... Sie z.B. hat es nicht gekümmert, daß wir Winter für Winter unser Geld zum Fenster herausheizen mußten wegen der völlig undichten, teils nicht einmal schließbaren Fenster ... Nichts ist geschehen, was verhindern würde, daß Schnee- und Regenwasser wieder durch Wände und Decken in die Wohnungen fließt ... Daß Sie zugunsten von Einsparungen sogar Menschenleben in Gefahr bringen, ist keine Übertreibung ... wegen der baufälligen Balkons ...“

Der Vermieter ist nach § 536 BGB verpflichtet, die Wohnungen instand zu halten, z.B. ist er verantwortlich für: Wärme- und Schallschutz, feuchtes Mauerwerk, schadhafte Fußböden, brüchige Leitungen, bröckelnden Putz, undichte Fenster und Türen, lecke Heizungen usw. ... Er muß grundsätzlich alle Reparaturen zahlen, es sei denn, er hat durch den Mietvertrag „Schönheitsreparaturen“ (Renovierung), „Bagatellschäden“ (bis ca. DM 70) und vom Mieter verschuldete Schäden auf den Mieter abgewälzt. Doch zahllose Vermieter kümmern sich einen Dreck um diese §§en. Zwar hat der Mieter gesetzliche Druckmittel in der Hand, faktisch ist er jedoch als einzelner selten in der Lage, seine Rechte gegenüber dem Vermieter durchzusetzen. Nach § 537 BGB darf jeder Mieter die Mietzahlung kürzen, wenn und solange durch die bestehenden Mängel der Wohnwert nicht unerheblich gesunken ist. Der Mieter darf außerdem, falls sein Vermieter die Reparaturen verweigert oder dazu schweigt, die Reparaturen selber durchführen (lassen) und die Kosten von der Miete abziehen

Über 75% der gen. Mieter in der Koppel drohten in ihrem ersten gemeinsamen Schreiben Mietminderung und Eigenvornahme der Reparaturen an und stellten detailliert ihre jeweiligen Forderungen auf. Viel mußte der Vermieter seitdem instandsetzen, immer begleitet von wüsten Drohungen wie auch leeren Versprechungen und von neuen Maßnahmen der Mieter.

Fristgemäße Kündigung
geschränkte Streikrecht und gegen den frechen Angriff der Kapitalisten gegen
dies aber einfacher möglich sein. Für Lohn und Gehalt hat die Tarifkommis-
Kollegen sind die versprochenen Vorteile auch ausgeblieben. Diktate sind
Veranstaltungskalender

rung der Postgewerkschaft nach 1,5 facher Anrechnung der Arbeitszeit in Schichtdiensten.

Der Rentner war im Gütertransport beschäftigt. Die Arbeitszeit richtete sich nach den Touren. Früher wurde die Post innerhalb der BRD vor allem mit der Bahn befördert, jetzt werden im Nahbereich mehr LKWs eingesetzt. Die Haltezeiten der Züge sind kürzer geworden und in kleinen Orten hält der Zug gar nicht mehr. Die tagsüber auflaufende Post wird nachts mit dem LKW in die umliegenden Postämter gebracht. Von Stade aus gab es z.B. folgende Tour: Beginn 19 Uhr; über Buxtehude, Harburg nach Hamburg, von Hamburg nach Buchholz, Rothenburg, Zeven, Bremervörde zurück nach Stade. Die ganze Fahrt dauerte 12 Stunden. An den Haltestellen mußte der Fahrer mit packen, für die richtige Anordnung der Güter im Laderaum sorgen, damit am jeweils nächsten Ort das Verladen zügig ging. Wertsachen und Geld mußten gesondert geprüft und verwahrt werden. Nur in extremen Fällen konnte ein Beifahrer beantragt werden und es gehörte schon Durchsetzungsvermögen dazu, daß auch wirklich ein *Fahrer* eingesetzt wurde. Extreme Situationen waren solche, wo zu befürchten war, daß ein Fahrer allein im hohem Schnee es nicht schaffen würde, den Wagen freizuschaufeln,

tiert wurde und der Vorfall bis ins I-Tüpfelchen zu begründen hatte. Kamen Springers Bildzeitungen nicht pünktlich an den Zug, war der Gang zum Chef schon sicher.

Die Kontrolle der Fahrer erfolgte nicht nur über ihre Ankunftszeit bei den einzelnen Ämtern und über den Fahrtenschreiber. Hin und wieder ließ die Oberpostdirektion ein Paket gewöhnlichen Charakters mit in den LKW packen, das ein Paketlaufzeitgerät beinhaltete. Dieses Gerät zeichnet auf, wenn das Paket bewegt wird, bzw. still steht, sogar, ob Asphalt oder Kopfsteinpflaster gefahren wird, läßt sich bei Vergrößerung feststellen. So kann anhand der Strecke genau rückverfolgt werden, wo der Fahrer gehalten hat, ob ein objektives Hindernis vorlag (z. B. ein Bahnübergang) oder nicht. Wenn nicht, muß der Fahrer begründen, warum er da und da gehalten hat.

Alle vier bis fünf Wochen hatte man ein freies Wochenende. – Vorausgesetzt, es gab keine Sonderfahrten (Kegelclubs, Ausflüge u.ä.). Das wurde dann Freitag abends mitgeteilt, wenn man ins Wochenende wollte. Die Bezahlung für die Nachtarbeit richtete sich nach den verfahrenen Schichten, im Durchschnitt erhielt man 120 DM brutto Nachtzulagen im Monat.

Mieter gemeinsam sind stark

Gesetzliche Möglichkeiten im Kampf um die Instandsetzung von vermietetem Wohnraum

rea. Bekanntlich und von den verantwortlichen Kreisen zugegebenermaßen herrscht große Wohnraumnot, an der Spitze die Großstädte Frankfurt und Hamburg. Zwar stehen Luxusappartements, Eigentumswohnungen und Büroraum leer, aber eine Wohnung zu finden, deren Miete nicht die Hälfte des Einkommens frißt (⅓ wird durchschnittlich schon für Miete ausgegeben) und die trotzdem ordentlich ist, ist auf dem „freien“ Wohnungsmarkt so gut wie unmöglich. Das Hamburger Abendblatt ist der größte Wohnraumvermittler der Umgebung. Um seine tragbaren Angebote reißen sich beim ersten Besichtigungstermin schon um die 50 Leute, und wer nicht Verdienstbescheinigung und ein paar „inoffizielle“ Scheinchen für den Makler in der Tasche hat, der sollte sich keine großen Hoffnungen machen.

In so einer Lage bilden sich natürlich die verschiedensten Selbsthilfe-Initiativen, auch, was den Erhalt und die Instandsetzung von vorhandenem Wohnraum angeht. So eine Mieterinitiative arbeitet seit Anfang '80 in den Häusern Koppel 20 bis 26, gelegen im Sanierungsgebiet St. Georg. Die Häuser gehören der Philips AG und werden verwaltet von der Maklerfirma Lucas-Gebrüder. Wie viele Vermieter von Altbauten kümmerten sich diese nicht um ihre Instandhaltungspflichten. Die Lage in den Wohnungen beschreibt der erste gemeinsame Brief der Mieter: „... Wir sind ... nicht mehr bereit hinzunehmen, daß Sie zwar regelmäßig unser Mietgeld einstreichen, aber umgekehrt kaum bereit sind, Geld für längst fällige und unbedingt notwendige Reparaturen zu zahlen ... Sie z.B. hat es nicht gekümmert, daß wir Winter für Winter unser Geld zum Fenster herausheizen mußten wegen der völlig undichten, teils nicht einmal schließbaren Fenster ... Nichts ist geschehen, was verhindern würde, daß Schnee- und Regenwasser wieder durch Wände und Decken in die Wohnungen fließt ... Daß Sie zugunsten von Einsparungen sogar Menschenleben in Gefahr bringen, ist keine Übertreibung ... wegen der baufälligen Balkons ...“

Der Vermieter ist nach § 536 BGB verpflichtet, die Wohnungen instand zu halten, z.B. ist er verantwortlich für: Wärme- und Schallschutz, feuchtes Mauerwerk, schadhafte Fußböden, brüchige Leitungen, bröckelnden Putz, undichte Fenster und Türen, lecke Heizungen usw. ... Er muß grundsätzlich alle Reparaturen zahlen, es sei denn, er hat durch den Mietvertrag „Schönheitsreparaturen“ (Renovierung), „Bagatellschäden“ (bis ca. DM 70) und vom Mieter verschuldete Schäden auf den Mieter abgewälzt. Doch zahllose Vermieter kümmern sich einen Dreck um diese §§en. Zwar hat der Mieter gesetzliche Druckmittel in der Hand, faktisch ist er jedoch als einzelner selten in der Lage, seine Rechte gegenüber dem Vermieter durchzusetzen. Nach § 537 BGB darf jeder Mieter die Mietzahlung kürzen, wenn und solange durch die bestehenden Mängel der Wohnwert nicht unerheblich gesunken ist. Der Mieter darf außerdem, falls sein Vermieter die Reparaturen verweigert oder dazu schweigt, die Reparaturen selber durchführen (lassen) und die Kosten von der Miete abziehen

Über 75% der gen. Mieter in der Koppel drohten in ihrem ersten gemeinsamen Schreiben Mietminderung und Eigenvornahme der Reparaturen an und stellten detailliert ihre jeweiligen Forderungen auf. Viel mußte der Vermieter seitdem instandsetzen, immer begleitet von wüsten Drohungen wie auch leeren Versprechungen und von neuen Maßnahmen der Mieter.

Fristgemäße Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife

wiv. Auf große Empörung sind die Einsparungspläne gestoßen. Weil die Beamtenbesoldung *per Gesetz* beschlossen wird, meint die Bundesregierung, die Beamten am leichtesten für ihre Sparpläne bluten lassen zu können. 50 Kollegen haben diese Absichten auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des Rathauses Kiel zurückgewiesen, sich gegen den beabsichtigten Besoldungs-und Einstellungsstop und positiv für die Durchsetzung eines *einheitlichen* Personalrechts ausgesprochen. Gleichzeitig haben sie den ÖTV-Hauptvorstand aufgefordert, die Lohn- und Gehaltstarife für die Arbeiter und Angestellten fristgemäß zu kündigen. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst nicht bereit sind, sich in den kommenden Tarifkämpfen als Lohndrücker einsetzen zu lassen.

Solidaritätsmaßnahmen gegen die Times-Prozesse

edd. Entsprechend der Bedeutung der Times-Prozesse gegen die Funktionäre der IG Druck und Papier wegen der Blockade gegen Streikbrucharbeit bei der Times hat der Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier Solidaritätsmaßnahmen beschlossen. Auf der Delegiertenversammlung am 24.11.80 sollen die angeklagten Kollegen sprechen und der Film der Vertrauensleute der IG Druck gezeigt werden. Alle Mitglieder der IG Druck hat der Vorstand dazu aufgerufen, sich zu beteiligen. Um gemeinsam den Kampf für das uneingeschränkte Streikrecht und gegen den frechen Angriff der Kapitalisten gegen die Gewerkschaftsbewegung zu führen, ist geplant, auch Kollegen anderer Gewerkschaften zu dieser Versammlung einzuladen. Die Broschüre der IG Druck Hessen, die der Hamburger Ortsverein vertreibt, hat bereits große Verbreitung in der Hamburger Gewerkschaftsbewegung gefunden. In der letzten Woche sammelten Gewerbeschullehrer auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Gewerbeschulen der GEW 105 DM und forderten Einstellung der Prozesse. Der Antrag wurde von Kollegen aus der Druck Berufsschule G5 gestellt. Auch die Berufsschullehrer wollen die Solidaritätsveranstaltung der IG Druck am 24.11. unterstützen. Eine breite Unterstützung der IG Druck und Papier in ihren Solidaritätsmaßnahmen aus allen Branchen ist jetzt nötig.

E-Handwerk: Abschluß eines Tarifvertrages

edd. Nachdem das Hamburger E-Handwerk jahrelang ohne Tarif für die Auszubildenden war und die Innungsmeister sich darauf versteiften, man brauche nichts zu vereinbaren, weil sie so gut (meistens mindestens 300 DM unter dem Industrietarif!) bezahlen, konnte die IGM jetzt einen Tarifvertrag erzwingen. Die Tarifkommission hat die Annahme beschlossen, obwohl nur die Bedingungen der Innung tarifiert wurden. Die Jugendgruppen im Handwerk der IGM waren der Auffassung, man könne mehr durchsetzen. Auf Grundlage des Tarifvertrages wird dies aber einfacher möglich sein. Für Lohn und Gehalt hat die Tarifkommission für das E-Handwerk eine Erhöhung von 6% gefordert. Der Organisationsgrad im E-Handwerk liegt bei 1,2% der Beschäftigten.

Bürokratische Fahrkartenkontrolle

Das Jahr nähert sich dem Ende und wieder ist der seit Jahren zu niedrig angesetzte Haushaltstitel für Dienstfahrten in Kie fast ausgeschöpft. Die Kollegen werden schriftlich angewiesen, die Dienstfahrten einzuschränken, und kostenlose KVAG-Fahrkarten werden nur noch mit Genehmigung der Gruppenleiter ausgegeben. Damit wird die Erledigung der Arbeit im Jugendamt bürokratisch erschwert und die Gruppenleiter zu Fahrkartenkontrolleuren bestimmt. Wo die Einsparung liegen soll, ist streng gehütetes Geheimnis der Amtsleitung.

Kiel: Zentraler Schreibdienst – nein danke

Die technische Rationalisierung hat u.a. im Rathaus 1973 zur Einführung des zentralen Schreibdienstes geführt. Seitdem wurde wiederholt z.B. in Untersuchungen des DGB nachgewiesen, welche Gesundheitsschäden aus dieser einseitigen, akkordmäßigen Arbeit folgen. Diese Bedingungen wirken sich in Unzufriedenheit der Kollegen im Schreibdienst aus und darin, daß die Stadt jetzt Schwierigkeiten hat, alle Stellen zu besetzen. Für die anderen Kollegen sind die versprochenen Vorteile auch ausgeblieben. Diktate sind frühestens nach einer Woche zurück. In Anbetracht dieser Lage hat die ÖTV im Rathaus jetzt ihr Programm zu den Personalratswahlen dahingehend ergänzt, daß sie eine Auflösung des zentralen Schreibdienstes fordert. Dies entspricht den Interessen der Kollegen.

Anhebung unterer Gruppen wichtigstes Ziel der IGM

edd. Auf einer Versammlung aller Vorsitzenden der Vertrauenskörper der IG Metall in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen (Bezirk Hamburg) bekräftigte Otto vom Steeg die Position, daß die unteren Lohngruppen in diesem Jahr angehoben werden müßten. Dies sei auch die Vorstellung der norddeutschen Tarifkommissionen, vor allem der Verwaltungsstelle Hamburg. Mit dieser Versammlung hat die IGM die Vorbereitung der Tarifbewegung 80/81 begonnen. Am 15.11. findet in Hamburg die große Funktionärsversammlung für alle Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter der IGM statt, wo auch die Beratung der Tarifbewegung ein wichtiger Punkt ist. Der Bezirk Hamburg hat die besondere Situation, daß ab April 81 auch Nebenforderungen wegen Auslaufens verschiedener Tarife streikfähig sind (Pausen, Abschaffung Lohngruppe II). Verschiedene VK-Vorsitzende gaben die Meinung ihres VK wieder, daß auf jeden Fall wieder ein Mindestbetrag in Festgeld o.ä. aufgestellt wird. Die Einheit darum muß weiter gestärkt werden.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 12.11.1980

Kiel: Abfahrt zur Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in Schleswig, 16.30 Uhr, Wilhelmplatz, vor dem Arbeitsamt.

Donnerstag, 13.11.1980

Kiel: Fortsetzung der öffentlichen Diskussion des Politischen Berichts der V. o. DK des KBW. Veranstalter: Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung. 20.00 Uhr. Universität, Alte Mensa

Dienstag, 18.11.1980

Hamburg: „Der Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea – eine entscheidende Kraft gegen die Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus und sein Vordringen in Südostasien“ 19.30 Uhr, Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Gymnasium.

Dienstag, 25.11.1980

Hamburg: „Wie weiter im Aufbau der Kommunistischen Partei?“ Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW. 19.30 Uhr, Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Gymnasium.

Goya - ein Künstler auf der Seite des Volkes

Ausstellung in Hamburg bis Januar 1981

rüh. ,,Goya – das Zeitalter der Revolutionen (1789 – 1830).'' Unter diesem Titel zeigt die Hamburger Kunsthalle vom 17.10. – 4.1.81 20 Gemälde, 130 Zeichnungen und 150 Radierungen bzw. Lithographien des spanischen Künstlers. ,,Der Universalität Goyas entsprechend greift die Ausstellung auch umfassend aus: Über 200 Werke von mehr als 100 Künstlern aus Goyas Zeit sind zu sehen.''(1) Lange Menschenschlangen vor und in der Ausstellung zeugen vom großen Interesse nicht nur der Hamburger an dieser Ausstellung.

,,Goyas Welt des Schreckens''(2) lautet der Titel des Goya-Artikels im Stern 40/80 und er beginnt: ,,Heute würde man sagen: Er lebte rechts und dachte links''. (3) Die FAZ schreibt: ,,Goya selbst ist in seiner Rolle als Schöpfer dieser schwärzesten, hoffnungslosesten und abgründigsten Erfindungen der Kunstgeschichte Opfer und Täter zugleich. ...Goya stellt sich als Opfer seiner eigenen Phantasien und ihrer Geschöpfe dar.''

Goya wird präsentiert als geniales Individuum, das an seinen eigenen Erfindungen zerbricht, dem Moralvorstellungen, Wertbegriffe und Perspektiven entgleiten. Um dieses Bild zurechtzulügen, werden in der Goya-Ausstellung Bildunterschriften in ihrer Übersetzung gefälscht und verstümmelt(vergl. ,,Chinchillaratten'', Caprichos 50), wird das Werk Goyas aus seinem historischen Zusammenhang gerissen, die einzelnen Arbeiten und Reihen, die sich in der Originalfassung zu Zyklen zusammensetzen und nur so ihre gesamte Bedeutung offenbaren, willkürlich durcheinandergewürfelt. Und der Erfolg bleibt nicht aus: Trotz der Begeisterung für die Einzelarbeiten verläßt man erschlagen und verwirrt die Ausstellung, viele Fragen bleiben offen und Goya und sein soziales Anliegen bleiben uns in großen Teilen verschlossen.

Francisco José Goya y Lucientes wurde in drückender Armut am 30. März 1746 im Dorfe Fuendetodos in Aragón geboren; mit vierzehn Jahren kam er in die Lehre zu dem Saragossaer Kirchenmaler José Luzan y Martinez. 1797 wurde er Ehrenmitglied der Akademie (Director honorario) und 1799 erster Hofmaler (Primer pintor de camara). Dazu verhalf ihm nicht zu-

Goya wird präsentiert als geniales Individuum, das an seinen eigenen Erfindungen zerbricht, dem Moralvorstellungen, Wertbegriffe und Perspektiven entgleiten. Um dieses Bild zurechtzulügen, werden in der Goya-Ausstellung Bildunterschriften in ihrer Übersetzung gefälscht und verstümmelt(vergl. ,,Chinchillaratten'', Caprichos 50), wird das Werk Goyas aus seinem historischen Zusammenhang gerissen, die einzelnen Arbeiten und Reihen, die sich in der Originalfassung zu Zyklen zusammensetzen und nur so ihre gesamte Bedeutung offenbaren, willkürlich durcheinandergewürfelt. Und der Erfolg bleibt nicht aus: Trotz der Begeisterung für die Einzelarbeiten verläßt man erschlagen und verwirrt die Ausstellung, viele Fragen bleiben offen und Goya und sein soziales Anliegen bleiben uns in großen Teilen verschlossen.

Francisco José Goya y Lucientes wurde in drückender Armut am 30. März 1746 im Dorfe Fuendetodos in Aragón geboren; mit vierzehn Jahren kam er in die Lehre zu dem Saragossaer Kirchenmaler José Luzan y Martinez. 1797 wurde er Ehrenmitglied der Akademie (Director honorario) und 1799 erster Hofmaler (Primer pintor de camara). Dazu verhalf ihm nicht zu-
letzt die Heirat mit der Schwester des ersten Hofmalers. In diesen Jahren schuf er eine Porträtgalerie, in der die bedeutendsten Staatsmänner, Künstler und Intellektuelle Spaniens vertreten sind. Goyas Stil entwickelt sich von der ,,hergebrachten Malweise eines provinziellen Barockmalers ... zu einer neuen Auffassung des Realismus, die er aus dem Studium der älteren spanischen Meister gewann.''(5) In seinen Darstellungen des Volkes ging Goya vom Mayismus aus (die ,,Majo'' sind das spanische Gegenstück zum ,,Kerl'', ,,Maja'' die weibliche Entsprechung), das heißt von einer Idealisierung des Volkes in seinem Sonntagsstaat bei Spiel und Tanz; dann kam er zu einer immer lebenswahreren Unterscheidung zwischen den verschiedenen Klassen, er zeigte das Volk bei der Arbeit, er zeigte, wie es litt und nicht nur, wie es sich die Zeit vertrieb.

Doch auch in seinen Porträtbildern unterschied sich Goya entscheidend von den idealisierten Darstellungen seiner künstlerischen Zeitgenossen. In seinem Bild ,,König Karl III'' zeigt Goya keine Darstellung eines gekrönten Hauptes in üblicher heroischer Manier, sondern ein Jagdbildnis eines leicht vertrottelten Menschen.

1799 veröffentlicht Goya seine ,,Caprichos'' (Einfälle). ,,Seine einzige Absicht ist, schädliche Gemeinheiten zu verbannen und mit diesem Werk der ,,Caprichos'' das zuverlässige Zeugnis der Wahrheit zu verewigen'' (Goyas Inschrift eines ursprünglich als Titelseite vorgesehenen Blattes). Die aus 80 Blättern bestehende Radierfolge ist in zwei Hauptteile gegliedert. Wie in allen seinen Radierungen verstärkt Goya die Aussage der Bilder durch kurze Kommentare, moralische Kernsprüche oder volkstümliche Sprichworte. Oft haben tatsächliche Tagesereignisse, Ungerechtigkeiten, Unterdrückung und Gefühle der Entrüstung und des Hasses die Form allgemeingültiger Symbole angenommen, die dem spanischen Volk vertraut sind und aus deren Quelle Goya schöpft. Thema des ersten Teils ist der Majismus, ,, ... aber eines entlarvten Majismus, dem seine Heiterkeit genommen ist, das Thema der Liebe, die pervertiert und brutalisiert ist durch die rücksichtslosen Gesetze einer Gesellschaft, die alles Heilige zur Marktware macht.'' (6) So werden Vögel mit Männerköpfen durch Prostituierte gerupft und mit Besen zum Haus herausgefegt (Blatt 20). Im zweiten Teil entlarvt Goya die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse: In Blatt 38 schmeichelt der Günstling Godoy, als Affe dargestellt, dem alten Esel, seinem König, in Blatt 44 und 45 zeigt Goya die adligen Blutsauger des Volkes als Vampire.

Die Veröffentlichung der Caprichos brachte Goya in die Bedrohung durch die Inquisition, was ihn zwang, 1803 die Radierplatten und den Rest der Auflage an den König auszuliefern. Lediglich seine bedeutende Stellung als Hof- und Gesellschaftsmaler ließen ihn unbeschadet aus dieser Lage herauskommen.

Um 1810 entstehen die ersten Platten der ,,Desastres de la Guerra'' mit dem Untertitel ,,Verhängnisvolle Folgen des blutigen Krieges in Spanien gegen Bonaparte und anderer ergreifender Einfälle''. Im ersten Teil der Desastres (Blatt 2 - 47) erleben wir Kampf- und Guerillaszenen, Teil zwei (48 - 67) schildert die Not und das Elend der Madrider Bevölkerung während der Hungersnot in den Jahren 1811 und 1812. Die letzten 18 Blätter sind symbolische Phantasien, die vermutlich während der zweiten liberalen Revolution um 1820 radiert wurden. Die Desastres sind zugleich Dokumente einer großen sozialen Bewegung mit dem Volk im Mittelpunkt: Sie zeigen wütende Treffen zwischen Bauern, die mit Messern, Piken und Äxten bewaffnet sind, und französischen Soldaten.

Während die Soldaten immer in statuenhafter Regungslosigkeit gezeigt werden, ist das Volk in lebhafter Bewegung. Ein Beispiel, daß es Goya nicht nur um die nationale, sondern zugleich

die Inquisition, was ihn zwang, 1803 die Radierplatten und den Rest der Auflage an den König auszuliefern. Lediglich seine bedeutende Stellung als Hof- und Gesellschaftsmaler ließen ihn unbeschadet aus dieser Lage herauskommen.

Um 1810 entstehen die ersten Platten der ,,Desastres de la Guerra'' mit dem Untertitel ,,Verhängnisvolle Folgen des blutigen Krieges in Spanien gegen Bonaparte und anderer ergreifender Einfälle''. Im ersten Teil der Desastres (Blatt 2 - 47) erleben wir Kampf- und Guerillaszenen, Teil zwei (48 - 67) schildert die Not und das Elend der Madrider Bevölkerung während der Hungersnot in den Jahren 1811 und 1812. Die letzten 18 Blätter sind symbolische Phantasien, die vermutlich während der zweiten liberalen Revolution um 1820 radiert wurden. Die Desastres sind zugleich Dokumente einer großen sozialen Bewegung mit dem Volk im Mittelpunkt: Sie zeigen wütende Treffen zwischen Bauern, die mit Messern, Piken und Äxten bewaffnet sind, und französischen Soldaten.

Während die Soldaten immer in statuenhafter Regungslosigkeit gezeigt werden, ist das Volk in lebhafter Bewegung. Ein Beispiel, daß es Goya nicht nur um die nationale, sondern zugleich
um die soziale Befreiung ging, ist das Blatt 61, auf dem ein Polizist Arme und Reiche voneinander trennt: ,,Wenn sie von anderem Stamme sind.'' Und immer wieder sind es die Frauen des Volkes, die wir im Zentrum des Kampfes finden: In einer Bresche im Festungswall von Saragossa, auf einem Hügel von gefallenen Männern, feuert eine heroische Frau eine Kanone auf die französischen Besatzer. ,,Welcher Mut!'' (Abb.6) Oft wird behauptet, Goya wolle in seinen Desastres die Sinnlosigkeit des Krieges im Allgemeinen verdammen. Doch Goyas Arbeiten beziehen sich auf den konkreten Krieg des spanischen Volkes gegen seine Unterdrücker, auf ihre historische Situation, auf die Entbehrungen, das Leid, aber auch das Heldentum, und Goyas Überzeugung ist, daß all diese Schrecknisse nicht vergebens waren: ,,Es starb die Wahrheit''(Abb.7), ,,Wird die auferstehen?''(Abb.8), ,,Das Volk ist das Wahre!''(Abb.9).

Goyas Desastres sind Dokumente einer großen sozialen Bewegung; zusammen mit den Zeichnungen und Gemälden seiner letzten Jahre – auf die ich hier nicht weiter eingehen kann, weil sie den Rahmen dieses Artikels sprengen würden – ,,bilden sie den Höhepunkt seines Realismus. Doch sie sind mehr als nur ein Spiegel der Wirklichkeit; sie erläutern, und sie rufen zur Tat.'' (7)

Anmerkungen:
1) Staatliche Pressestelle Hamburg: Berichte und Dokumente Nr.622, Hamburg, den 16.Okt.1980
2) Michael Schaper in Stern Nr.40/1980, S.275-277
3) ebd.
4) Eduard Beaucamp in: FAZ Nr.253, Do. 30.Okt.1980, S.25
5) F.D. Klingender: Goya in der demokratischen Tradition Spaniens, S.67, Berlin 1978
6) ebd. S.103
7) ebd. S.181





Bild oben:,,König Karl III'' (Öl auf Leinwand um 1786 - 88) (Katalog S. 316) Bild oben rechts: ,,Bravissimo! Wenn Ohren zum Hören genügen, kann es keinen intelligenteren Zuhörer geben. Aber es ist zu fürchten, daß es nicht die Musik ist, die er beklatscht.'' (Caprichos Blatt 38) Bild unten: ,,Chinchillaratten, wer nichts hört, nichts weiß, nichts tut, gehört in die zahlreiche Klasse der Faultiere (Chinchillaratten), die noch nie etwas nütze war.'' (Caprichos Blatt 50) Bilder rechts von oben nach unten: ,,Es starb die Wahrheit'' (Desastres Blatt 79) ,,Wird sie auferstehen?'' (Desastres Blatt 80) ,,Das ist das Wahre!'' (Desastres Blatt 81)
Wie wenig die Resignation Goyas Werk bestimmt, zeigen die letzten drei Bilder seiner Desastres: Auf Blatt 79 zeigt Goya den Anstifter zur Ermordung der Wahrheit: ein Bischof steht vor der am Boden liegenden Gestalt und hebt segnend die Hände. Die Mörder der Wahrheit weichen auf Blatt 80 entsetzt zurück. Die Angst, daß die Wahrheit von den Toten auferstehen könnte, erfüllt sie mit Wut. Auf dem letzten Blatt der Desastres: die Gestalt der Freiheit Arm in Arm mit einem Bauern, umgeben sind beide von den Früchten der Arbeit.

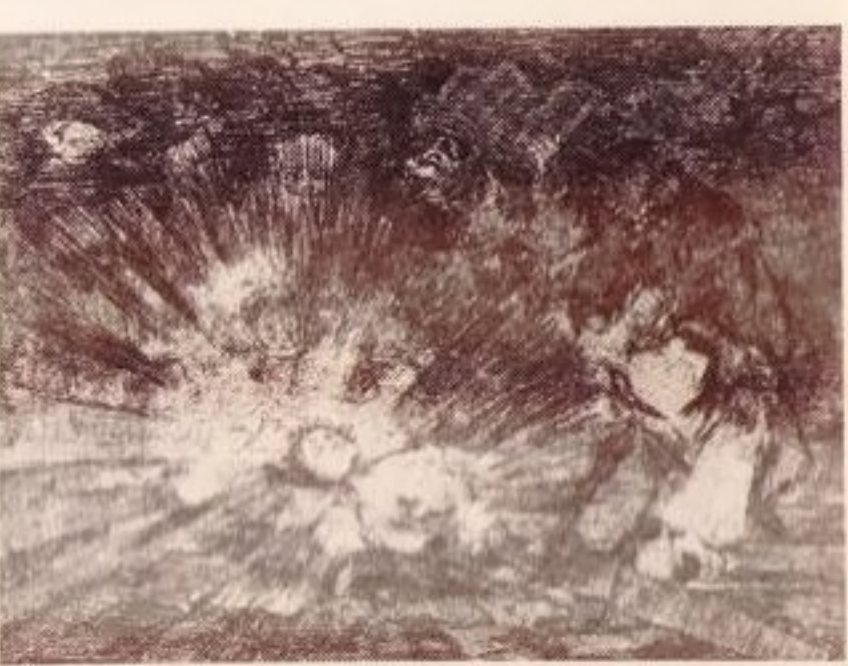








ben. Aber es ist zu fürchten, daß es nicht die Musik ist, die er beklatscht.'' (Caprichos Blatt 38) Bild unten: ,,Chinchillaratten, wer nichts hört, nichts weiß, nichts tut, gehört in die zahlreiche Klasse der Faultiere (Chinchillaratten), die noch nie etwas nütze war.'' (Caprichos Blatt 50) Bilder rechts von oben nach unten: ,,Es starb die Wahrheit'' (Desastres Blatt 79) ,,Wird sie auferstehen?'' (Desastres Blatt 80) ,,Das ist das Wahre!'' (Desastres Blatt 81)
Wie wenig die Resignation Goyas Werk bestimmt, zeigen die letzten drei Bilder seiner Desastres: Auf Blatt 79 zeigt Goya den Anstifter zur Ermordung der Wahrheit: ein Bischof steht vor der am Boden liegenden Gestalt und hebt segnend die Hände. Die Mörder der Wahrheit weichen auf Blatt 80 entsetzt zurück. Die Angst, daß die Wahrheit von den Toten auferstehen könnte, erfüllt sie mit Wut. Auf dem letzten Blatt der Desastres: die Gestalt der Freiheit Arm in Arm mit einem Bauern, umgeben sind beide von den Früchten der Arbeit.







1746 Geburtsjahr Goyas
1759 - 1788 Gegen Kirche und Hochadel Liberalisierung im feudalen Spanien unter Herrschaft des aufgeklärten Absolutisten Karl III, der sich auf den Kleinadel, den starken Mittelstand der Militärs und Bürokraten stützt.

1789 Sturm auf die Bastille löst in Frankreich die bürgerliche Revolution aus.

1789 - 1808 Unter Karl IV formiert sich die Reaktion: Die liberalen Reformer werden von der Inquisition verfolgt und eingekerkert. Strenge Zensur alles Gedruckten, Spanien befindet sich nahe am Staatsbankrott. Goya radiert seine Caprichos. **1808 - 1814** Spanien wird durch französische Truppen besetzt. Napoleons Bruder Joseph Bonaparte wird König von Spanien. Der nationale Befreiungskampf unter Führung der reaktionären Kirche ist zugleich Kampf des spanischen Volkes für soziale Freiheiten und Rechte. Die ersten Platten zu Goyas Desastres entstehen.

1812 Bürgerliche Revolution. Annahme einer gemäßigten bürgerlich-liberalen Verfassung, die dem König weiter die oberste Position im Staate zubilligt.
1814 Nach der Niederlage des napoleonischen Frankreich triumphiert wie im übrigen Europa auch in Spanien die monarchistische Reaktion.

1814 - 1820 Unter Ferdinand VII wird die Verfassung von 1812 verworfen, und das Volk hat blutige Unterdrückung, willkürliche Verfolgung und bisher nicht gekannte Ausbeutung zu erleiden.
1820 - 1823 Erneute bürgerliche Revolution und Einführung der Verfassung von 1812. Das Bürgertum zeigt sich zu schwach, um das Erreichte zu sichern, die Bauern und Tagelöhner können von der klerikalen Reaktion vom liberalen Mittelstand abgespalten werden. Goya beendet seine Desastres.

1823 - 1828 Erneute Besetzung durch französische Truppen, Massenhinrichtungen der Revolutionäre. Ferdinand VII hebt alle Beschlüsse der konstitutionellen Regierung auf.
1824 Goya verläßt Spanien und stirbt 1828 in Bordeaux.

Das Imperium des Papstes

Die Ausbreitung der katholischen Kirche um den Erdball

bew. In der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie schrieb Karl Marx 1844, daß für Deutschland die Kritik der Religion im wesentlichen beendet sei, und formulierte die Grundzüge dieser Kritik: „Der *Mensch macht die Religion*, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber *der Mensch*, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist *die Welt des Menschen*, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein *verkehrtes Weltbewußtsein*, weil sie eine *verkehrte Welt* sind ... Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elends und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusion über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf*. Die Kritik der Religion ist also im *Keim die Kritik des Jammertales*, dessen *Heiligenschein* die Religion ist.“

In den über hundert Jahren seit dieser Kritik sind die Arbeiterklasse und die Völker der Welt fortgeschritten von der Kritik der Religion zur Kritik der wirklichen Verhältnisse und haben teilweise, so in den sozialistischen Ländern, Verhältnisse geschaffen, die nicht mehr den Heiligenschein der Religion bedürfen. Etwa sechzig Prozent der 4,1 Mrd. Menschen auf der Erde (1977) gehören aber noch einer Religionsgemeinschaft an. Über die Hälfte davon sind Christen. Die größte Religionsgemeinschaft ist die katholische Kirche mit über 730 Mio. Mitgliedern, gefolgt vom Islam (530 Mio.), dem Hinduismus (ca. 500 Mio.), den Protestanten (344 Mio.) und dem Buddhismus (ca. 300 Mio.).

Die katholische Kirche ist die zweitälteste dieser großen Religionsgemeinschaften. Entstanden im zerfallenden Römischen Reich entwickelte sie sich zu der entscheidenden ideologischen Hülle des Feudalismus und mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise gemeinsam mit dem Protestantismus, als bürgerliche Entwicklung des Christentums, zu der dem Kapitalismus entsprechendsten *Religionsform*. In den vergangenen hundert Jahren hat sich die Zahl der katholischen Christen von 217 Mio. auf 725 Mio. Menschen erhöht. Bezogen auf den Anteil an der Weltbevölkerung bedeutet dies eine Steigerung von 16,2% auf 18,0% (1880 zu 1976)*.

Lebten 1880 knapp ¾ aller katholischen Christen in Europa, so stellen sie heute mit 263 Mio. Menschen etwa ein Drittel der Mitglieder der katholischen Kirche. Mit 292 Mio. katholischer Christen hat Lateinamerika Europa in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts überrundet. Die Verbreitung des katholischen Glaubens in den letzten hundert Jahren folgt der kolonialen Landnahme der imperialistischen Länder. Lateinamerika, das schon im 16. und 17. Jahrhundert kolonisiert wurde, hatte 1880 schon einen Anteil von 90% katholischen Gläubigen an der Gesamtbevölkerung, bis heute ist dieser Anteil bei 88% geblieben. Auf keinem anderen Kontinent verfügt die katholische Kirche über einen auch nur annähernd hohen Anteil von Gläubigen an der Gesamtbevölkerung, was sich z.T. erklärt durch eine oft weitgehende Verknüpfung mit den vorgefundenen Naturreligionen der Indios wie auch teilweise durch die Unterstützung des Befreiungskampfes durch Teile des niederen Klerus, der sich dadurch häufig in direkte Konfrontation mit der katholischen Mutterkirche begeben hat, und weshalb sich seine Heiligkeit auf seiner Südamerikareise dieses Jahres gemüßigt gefühlt sah, recht offene Worte zu wählen: „Der Klassenkampf ist nicht der Weg, der zur sozialen Ordnung führt, weil er das Risiko in sich trägt, die Benachteiligten zu Privilegierten zu erheben und weil er so neue ungerechte Situationen für die schafft, die bis jetzt die Vorteile auf ihrer Seite hatten. Man baut nichts durch Haß und Vernichtung der anderen auf.“ (Rede in Sao Paulo, 10.7.1980)

Anders als in Lateinamerika vollzog sich die Entwicklung in Afrika. 1880 betrug der Anteil katholischer Christen 2,6% der Bevölkerung, 1976 waren es 12,2%. Gemeinsam mit der Verdoppelung des prozentualen Anteils von Katholiken in Nordamerika (von 13 auf 24%) bildet die Ausbreitung des katholischen Glaubens in Afrika im Rahmen der Kolonisierung den wesentlichen Teil des Anwachsens der Zahl von Mitgliedern der katholischen Kirche in den letzten hundert Jahren. In Asien, wo der christliche Missionarseifer auf festgefügte große Religionen gestoßen war und wo sich vor allem ein großer Teil der Völker radikal vom Joch des Imperialismus und Neokolonialismus befreit hat, konnte die katholische Kirche lediglich einen Zu-

Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“

In den über hundert Jahren seit dieser Kritik sind die Arbeiterklasse und die Völker der Welt fortgeschritten von der Kritik der Religion zur Kritik der wirklichen Verhältnisse und haben teilweise, so in den sozialistischen Ländern, Verhältnisse geschaffen, die nicht mehr den Heiligenschein der Religion bedürfen. Etwa sechzig Prozent der 4,1 Mrd. Menschen auf der Erde (1977) gehören aber noch einer Religionsgemeinschaft an. Über die Hälfte davon sind Christen. Die größte Religionsgemeinschaft ist die katholische Kirche mit über 730 Mio. Mitgliedern, gefolgt vom Islam (530 Mio.), dem Hinduismus (ca. 500 Mio.), den Protestanten (344 Mio.) und dem Buddhismus (ca. 300 Mio.).

Die katholische Kirche ist die zweitälteste dieser großen Religionsgemeinschaften. Entstanden im zerfallenden Römischen Reich entwickelte sie sich zu der entscheidenden ideologischen Hülle des Feudalismus und mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise gemeinsam mit dem Protestantismus, als bürgerliche Entwicklung des Christentums, zu der dem Kapitalismus entsprechendsten *Religionsform*. In den vergangenen hundert Jahren hat sich die Zahl der ka-

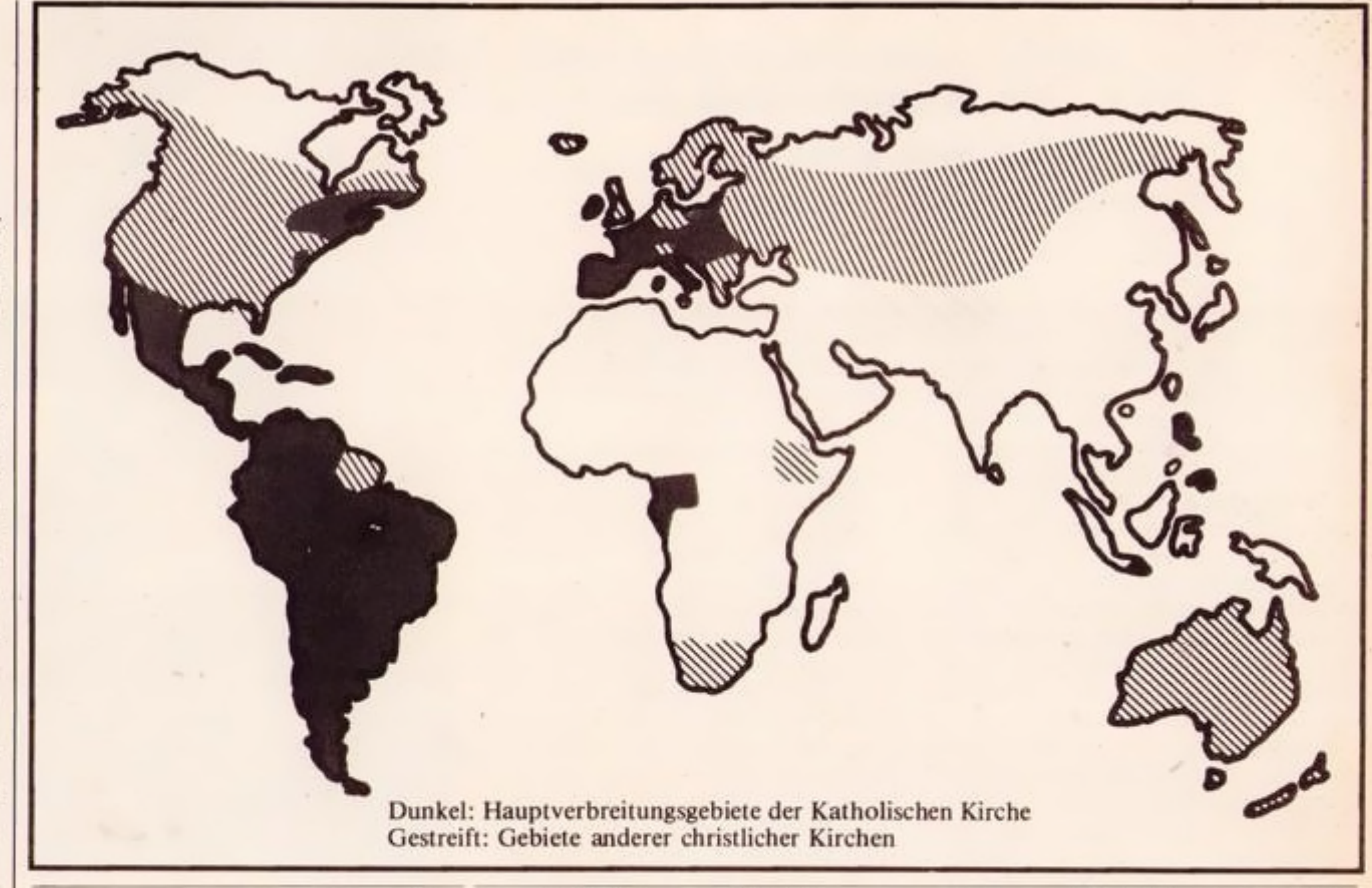
katholischen Mutterkirche begeben hat, und weshalb sich seine Heiligkeit auf seiner Südamerikareise dieses Jahres gemüßigt gefühlt sah, recht offene Worte zu wählen: „Der Klassenkampf ist nicht der Weg, der zur sozialen Ordnung führt, weil er das Risiko in sich trägt, die Benachteiligten zu Privilegierten zu erheben und weil er so neue ungerechte Situationen für die schafft, die bis jetzt die Vorteile auf ihrer Seite hatten. Man baut nichts durch Haß und Vernichtung der anderen auf.“ (Rede in Sao Paulo, 10.7.1980)

Anders als in Lateinamerika vollzog sich die Entwicklung in Afrika. 1880 betrug der Anteil katholischer Christen 2,6% der Bevölkerung, 1976 waren es 12,2%. Gemeinsam mit der Verdoppelung des prozentualen Anteils von Katholiken in Nordamerika (von 13 auf 24%) bildet die Ausbreitung des katholischen Glaubens in Afrika im Rahmen der Kolonisierung den wesentlichen Teil des Anwachsens der Zahl von Mitgliedern der katholischen Kirche in den letzten hundert Jahren. In Asien, wo der christliche Missionarseifer auf festgefügte große Religionen gestoßen war und wo sich vor allem ein großer Teil der Völker radikal vom Joch des Imperialismus und Neokolonialismus befreit hat, konnte die katholische Kirche lediglich einen Zu-

Entwicklung und Anzahl der Katholiken

	1880		1950		1965		1976	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	Abs.	%
Europa	153,8	46,7	200,0	37,0	247,8	54,4	263,0	39,5
Afrika	2,6	2,6	15,2	7,6	24,8	7,9	50,2	12,2
Asien	9,2	1,1	29,5	2,2	38,4	2,9	55,7	2,4
Ozeanien	0,6	15,2	2,5	19,2	3,0	17,7	5,3	25,4
Nordamerika	7,4	13,5	28,0	16,7	85,2	32,6	57,7	24,2
Lateinamerika	43 5	90,1	150,0	96,1	163,0	78,7	292,6	88,0

Quelle: Annuarium Statisticum Ecclesiae 1976; Kirchliches Handbuch, versch. Jahrgänge



Dunkel: Hauptverbreitungsgebiete der Katholischen Kirche
Gestreift: Gebiete anderer christlicher Kirchen

	Afrika	Nordamerika (USA und Kanada)	Mittel- und Südamerika	Asien (mit Türkei)	Australien mit Ozeanien	Europa
Gesamtbevölkerung	311000000	214000000	246000000	1830000000	17500000	676000000
Anglikaner	4671000	5825000	1215000	656000	5029000	32463000
Baptisten	419000	24067000	474000	912000	105000	1132000
Lutheraner	1649000	9297000	977000	1959000	130000	60302000
Methodisten	3064000	31885000	420000	2984000	1538000	3280000
Reformierte	5600000	17300000	1050000	7500000	1800000	19250000
Orthodoxe	114000	2984000	365000	488000	165000	72000000
Katholiken	29000000	52000000	205500000	53200000	3700000	237500000

| Orthodoxe | 114000 | 2984000 | 365000 | 488000 | 165000 | 72000000 |
| Katholiken | 29000000 | 52000000 | 205500000 | 53200000 | 3700000 | 237500000 |

wachs von 1,1% auf 2,4% der Bevölkerung verzeichnen.

„Mit Kreuz und Schwert“ war seit den Kreuzzügen und der Ostkolonisation des Deutschen Ordens der Schlachtruf der christlichen Kirche gegen alle „Ungläubigen“. Seit jener Zeit gingen Missionseifer und Landnahme Hand in Hand. Nach der Christianisierung Lateinamerikas und der Übernahme der Missionierung direkt durch den Heiligen Stuhl war es im 18. und 19. Jahrhundert zu einem weitgehenden Rückgang in der Missionarstätigkeit gekommen, so daß um 1800 die katholische Kirche gerade noch über 300 Missionare verfügte. Um jenem Mißstand abzuhelfen, forderte Leo XIII. in seinem Rundschreiben „Sanctu Dei Civitas“ 1880 „alle ehrwürdigen Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen Welt (auf), das Reich Christi auf Erden auszubreiten ..., da sie sich hierdurch geistliche Schätze sammeln, Gelegenheit zum Verdienst bei Gott finden und ihn gewissermaßen zum Schuldner ihrer Wohltaten machen.“ Mit Gott als Schuldner im Rücken und die Gelegenheit zum – bestimmt nicht nur geistlichen – Verdienst vor Augen erlebte die katholische Christenwelt einen neuen Missionierungseifer, der sie um den ganzen Erdball trieb. 1970 waren bereits 38500 Priester, 14500 Ordensbrü-

wachs von 1,1% auf 2,4% der Bevölkerung verzeichnen.

„Mit Kreuz und Schwert“ war seit den Kreuzzügen und der Ostkolonisation des Deutschen Ordens der Schlachtruf der christlichen Kirche gegen alle „Ungläubigen“. Seit jener Zeit gingen Missionseifer und Landnahme Hand in Hand. Nach der Christianisierung Lateinamerikas und der Übernahme der Missionierung direkt durch den Heiligen Stuhl war es im 18. und 19. Jahrhundert zu einem weitgehenden Rückgang in der Missionarstätigkeit gekommen, so daß um 1800 die katholische Kirche gerade noch über 300 Missionare verfügte. Um jenem Mißstand abzuhelfen, forderte Leo XIII. in seinem Rundschreiben „Sanctu Dei Civitas“ 1880 „alle ehrwürdigen Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen Welt (auf), das Reich Christi auf Erden auszubreiten ..., da sie sich hierdurch geistliche Schätze sammeln, Gelegenheit zum Verdienst bei Gott finden und ihn gewissermaßen zum Schuldner ihrer Wohltaten machen.“ Mit Gott als Schuldner im Rücken und die Gelegenheit zum – bestimmt nicht nur geistlichen – Verdienst vor Augen erlebte die katholische Christenwelt einen neuen Missionierungseifer, der sie um den ganzen Erdball trieb. 1970 waren bereits 38500 Priester, 14500 Ordensbrü-

der und 99900 Ordensschwestern in der Mission tätig. Gegenwärtiger Schwerpunkt der Mission, die auch einer der Hauptpunkte auf dem 2. Vatikanischen Konzil (1962–65) war, ist Afrika, wo sich mit 39800 fast die Hälfte aller Missionsstationen befinden, gefolgt von Südostasien mit 27000 Stationen (1976).

Während in allen anderen Erdteilen, mit Ausnahme von Lateinamerika, wo der Anteil der katholischen Christen an der Bevölkerung stagnierte, die katholische Kirche ihren Einfluß auf die Bevölkerung in den letzten hundert Jahren ausdehnen konnte, ging ihre Bedeutung auf dem Stammkontinent erheblich zurück. Waren 1880 noch 46,7% der europäischen Bevölkerung katholischen Glaubens, so waren es 1976 noch 39,5%, wobei der stärkste Rückgang in den letzten Jahrzehnten liegt, nachdem ihr Anteil 1965 bei 54,4% lag. Dieser Rückgang resultiert im wesentlichen aus dem „Verlust“ von Teilen Osteuropas für die katholische Kirche, wo sich zeigt, daß ein polnischer Papst gerade not tut.

In Westdeutschland hat sich der Anteil von Katholiken an der Wohnbevölkerung nahezu konstant gehalten (1950: 44,3%; 1978: 43,6%). Aber rosig sieht die Entwicklung für die römisch-katholische Christenheit hier nicht unbedingt aus. Während 1950 noch mehr Menschen in die katholische Kirche eintraten bzw. aus anderen Religionsgemeinschaften wieder zurücktraten (1817), gibt es seit Mitte der 50er Jahre eine größere Zahl von Austritten als Ein- und Rücktritte. Bis 1965 stieg diese Zahl von 1902 (1955) langsam auf 8577. Bis 1970 verachtfachte sie sich auf 63597, blieb bis 1975 jähr-

Während in allen anderen Erdteilen, mit Ausnahme von Lateinamerika, wo der Anteil der katholischen Christen an der Bevölkerung stagnierte, die katholische Kirche ihren Einfluß auf die Bevölkerung in den letzten hundert Jahren ausdehnen konnte, ging ihre Bedeutung auf dem Stammkontinent erheblich zurück. Waren 1880 noch 46,7% der europäischen Bevölkerung katholischen Glaubens, so waren es 1976 noch 39,5%, wobei der stärkste Rückgang in den letzten Jahrzehnten liegt, nachdem ihr Anteil 1965 bei 54,4% lag. Dieser Rückgang resultiert im wesentlichen aus dem „Verlust“ von Teilen Osteuropas für die katholische Kirche, wo sich zeigt, daß ein polnischer Papst gerade not tut.

In Westdeutschland hat sich der Anteil von Katholiken an der Wohnbevölkerung nahezu konstant gehalten (1950: 44,3%; 1978: 43,6%). Aber rosig sieht die Entwicklung für die römisch-katholische Christenheit hier nicht unbedingt aus. Während 1950 noch mehr Menschen in die katholische Kirche eintraten bzw. aus anderen Religionsgemeinschaften wieder zurücktraten (1817), gibt es seit Mitte der 50er Jahre eine größere Zahl von Austritten als Ein- und Rücktritte. Bis 1965 stieg diese Zahl von 1902 (1955) langsam auf 8577. Bis 1970 verachtfachte sie sich auf 63597, blieb bis 1975 jähr-

lich auf dieser Höhe und flacht langsam wieder ab (1978: 45166). Bedingt ist diese Entwicklung sowohl durch die absolute Steigerung der Austritte wie die zurückgehende Zahl der Übertritte. (In der evangelischen Kirche hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen, nur begann die Zahl der Kirchenaustritte schon bedeutend früher zu steigen und war bedeutend schroffer mit jährlich oft weit über 100000 Austritten ab Ende der 60er Jahre. Im Gegensatz zur katholischen Kirche sank der Anteil an der Bevölkerung von 49,7% auf 43,2% (1964:1978)).

Schärfer als bei der Entwicklung der Austritte, die sich erst sehr gering auf die Gesamtzahl der katholischen Christen niederschlagen, zeigt sich der Prozeß der Lösung von der Kirche an der Teilnahme an kirchlichen Tätigkeiten. In den Jahren von 1950 bis 1961 sank die Zahl der Teilnehmer an den Gottesdiensten von 53,9 auf 48,6% der Katholiken. Bis 1972 fiel dann die Beteiligung auf 34,5% und erreichte 1978 noch 30,2%. „Selbst im Drei-Päpste-Jahr 1978“, beschwert sich Kardinal Höffner vor der Deutschen Bischofskonferenz 1979, „nahm die Zahl der Gottesdienstbesucher in den deutschen Bistümern um 5,1% ab, das ist mehr als das Doppelte verglichen mit dem Jahr 1977 und mehr als in irgendeinem Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Bei der Osterkommunion sank die Teilnahme von 59,8% der katholischen Christen (1950) auf 40,9% (1995). Von 100 eheschließenden Katholiken wurden 1956 80 kirchlich getraut, 1978 noch 67,5.

Es wird für die katholische Kirche nicht nur schwerer, ihre Schäfchen beisammen zu halten, sie hat vor allem

gen und war bedeutend schroffer mit jährlich oft weit über 100000 Austritten ab Ende der 60er Jahre. Im Gegensatz zur katholischen Kirche sank der Anteil an der Bevölkerung von 49,7% auf 43,2% (1964:1978)).

Schärfer als bei der Entwicklung der Austritte, die sich erst sehr gering auf die Gesamtzahl der katholischen Christen niederschlagen, zeigt sich der Prozeß der Lösung von der Kirche an der Teilnahme an kirchlichen Tätigkeiten. In den Jahren von 1950 bis 1961 sank die Zahl der Teilnehmer an den Gottesdiensten von 53,9 auf 48,6% der Katholiken. Bis 1972 fiel dann die Beteiligung auf 34,5% und erreichte 1978 noch 30,2%. „Selbst im Drei-Päpste-Jahr 1978“, beschwert sich Kardinal Höffner vor der Deutschen Bischofskonferenz 1979, „nahm die Zahl der Gottesdienstbesucher in den deutschen Bistümern um 5,1% ab, das ist mehr als das Doppelte verglichen mit dem Jahr 1977 und mehr als in irgendeinem Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Bei der Osterkommunion sank die Teilnahme von 59,8% der katholischen Christen (1950) auf 40,9% (1995). Von 100 eheschließenden Katholiken wurden 1956 80 kirchlich getraut, 1978 noch 67,5.

Es wird für die katholische Kirche nicht nur schwerer, ihre Schäfchen beisammen zu halten, sie hat vor allem

auch erhebliche Schwierigkeiten, für die Hirten Nachwuchs zu finden. Kamen 1950 noch 879 katholische Christen auf einen Priester, so sind es 1975 bereits 1084. Die Zahl der Priesteramtskandidaten hat sich zwischen 1955 und 1978 halbiert.

Die absoluten und relativen Zahlen über die Ausdehnung der katholischen

Vormarxistische Religionskritik

Das achtzehnte Jahrhundert war die Zusammenfassung, die Sammlung der Menschheit aus der Zersplitterung und Vereinzelung, in die sie durch das Christentum geworfen war; der vorletzte Schritt zur Selbsterkenntnis und Selbstbefreiung der Menschheit, der aber als der vorletzte darum auch noch einseitig im Widerspruch steckenblieb. Das achtzehnte Jahrhundert faßte die Resultate der bisherigen Geschichte, die bis dahin nur vereinzelt und in der Form der Zufälligkeit aufgetreten waren, zusammen und entwickelte ihre Notwendigkeit und ihre innere Verkettung.

Die Spitze der Wissenschaft des achtzehnten Jahrhunderts war der Materialismus, das erste System der Naturphilosophie und die Folge jener Vollendung der Naturwissenschaften. Der Kampf gegen die abstrakte Subjektivität des Christentums trieb die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts auf die entgegengesetzte Einseitigkeit; der Subjektivität wurde die Objektivität, dem Geist die Natur, dem Spiritualismus der Materialismus, dem abstrakt Einzelnen das abstrakt Allgemeine, die Substanz, entgegengesetzt. Das achtzehnte Jahrhundert war die Wiederbelebung des antiken Geistes gegenüber dem christlichen; Materialismus und Republik, die Philosophie und Politik der alten Welt, erstanden aufs neue, und die Franzosen, die Repräsentanten des antiken Prinzips innerhalb des Christentums, bemächtigten sich für eine Zeitlang der historischen Initiative ...

(Friedrich Engels: Die Lage Englands. I. Das achtzehnte Jahrhundert. MEW 1, S. 550 ff)

England: Thomas Hobbes (1588–1679)

Da man nur bei den Menschen Zeichen und Früchte der Religion bemerkt hat, so steht außer Zweifel, daß der Keim der Religion nur bei ihm angetroffen wird und in etwas besteht, das ihm in verschiedenem Grade eigentümlich ist.

Zuerst bringt es die Natur der Menschen mit sich, die Ursachen der gegenwärtigen Dinge mehr oder weniger zu erforschen, und sonderlich in Hinsicht auf ihre eigenen glücklichen oder unglücklichen Schicksale.

Zum anderen, sind die Menschen zum Grund einer Sache vorgedrungen, so schließen sie sogleich, daß ebendiese Sache noch eine anderweitige Ursache haben müsse, vermöge welcher sie gerade zu dieser und nicht zu einer anderen Zeit ihren Anfang nahm.

Zum dritten, weil das Glück der unvernünftigen Tiere bloß in dem Genusse sinnlicher Empfindungen besteht, indem sie die Ordnung, in welcher die Dinge aufeinanderfolgen und voneinander abhängen, aus natürlicher Unfähigkeit nicht bemerken können; der Mensch aber einsieht, von welcher Ursache diese oder jene Wirkung hervorgebracht wird und sich bewußt ist, welche voranging und welche darauf folgte: so nimmt er da, wo ihm die wahren Ursachen verborgen bleiben, andere an, die er sich entweder selbst ausdenkt oder sich von anderen sagen läßt, denen er mehr Verstand als sich selbst zutraut ...

Furcht vor Geistern, Unkenntnis der zweiten Ursachen, Verehrung gefürchteter Dinge und Vorbedeutungen, welche man von zufälligen Dingen hernimmt, machen den natürlichen Keim der Religion aus, welcher durch die verschiedenen Vorstellungen, Urteile, Leidenschaften ebenso verschiedene Gebräuche hervorgebracht hat, daß oft das, was in dem einen Staate als gesetzmäßig angenommen ist, in dem andern verspottet wird.

Diese Keime sind ausgebildet worden teils von solchen, welche nach eigenem Gutdünken diese oder jene Religion erfanden, teils von solchen, welche ihre Religion von Gott selbst empfangen hatten. Beide hatten aber den willigeren Gehorsam ihrer Anhänger im Sinn ...

(Leviathan. S. 98 ff. Reclam Universal Bibliothek Nr. 8348)

Frankreich: Paul Thiry d'Holbach (1723–1789)

Die Bibel, die Gegenstand der Verehrung der Christen ist und in der es kein Wort gibt, das nicht inspiriert sein soll, setzt sich zusammen aus der schwerlich miteinander in Einklang zu bringenden Zusammenstellung der heiligen Bücher der Hebräer, die unter dem Namen *Altes Testament* bekannt sind, mit neueren Werken, die den Begründern des Christentums gleichfalls offenbart wurden und als *Neues Testament* bezeichnet werden. An der Spitze dieser Sammlung, die als Grundlage und Kodex der christlichen Religion dient, befinden sich fünf Moses zugeschriebene Bücher. Während des Schreibens, so sagt man, soll er nur der Sekretär der Gottheit gewesen sein. Er geht darin auf den Ursprung aller Dinge zurück; er will uns in das Mysterium der Erschaffung der Welt einweihen, während er selbst davon nur ungewisse und verworrene Vorstellungen hat, die jeden Augenblick eine tiefe Unwissenheit über die Gesetze der Physik verraten. Gott erschafft die Sonne, die für unser Planetensystem die Quelle des Lichts ist, einige Tage nachdem er das Licht erschaffen hat. Gott, der durch kein Bild dargestellt werden kann, schafft den Menschen nach seinem Bilde; er schafft ihn *männlich* und *weiblich*, doch bald vergessend, was er gemacht hat, erschafft er die Frau aus der Rippe des Mannes. Mit einem Wort, von Anfang an begegnen uns in der Bibel nur Unwissenheit und Widersprüche. Alles beweist uns, daß die Kosmogonie der Hebräer nur ein Ge-



Der Papst ist nicht nur Kirchenoberhaupt von über 700 Mio. Katholiken, sondern gleichzeitig Staatschef des Vatikanstaates und als solcher einer der erfolgreichsten Geschäftsleute. 1929 bekam der Vatikan vom faschistischen Diktator Mussolini 80 Mio. Dollar als Entschädigung für den Verlust des Kirchenstaates. Dieses Geld wurde in Aktien, Immobilien und Gold angelegt. Heute ist der Vatikan mit seinem Aktienkapital in fast allen wesentlichen Branchen der italienischen Wirtschaft beteiligt. Nach Schätzungen kontrolliert er 10 Prozent des italienischen Aktienkapitals, jährlich 20 – 26 Mio. DM Dividende bekommt er steuerfrei. Auf 22 Mrd. DM wird das Vatikanvermögen – nicht das der Kirche – geschätzt.

Kirche spiegeln nur sehr eingeschränkt den Einfluß dieser Kirche wider. Was für Westdeutschland aufgezeigt wurde, trifft in weit größerem Umfang noch auf große Teile der Katholiken in der Dritten Welt zu, wo der Übertritt zum Christentum, sofern er nicht überhaupt nur mit Gewalt erzwungen ist, z.B. die einzige Möglichkeit zum Besuch einer Missionsschule war, und wo die Taufe der erste und letzte Kontakt mit der christlichen Religion war.

Gleichwohl ist die katholische Kirche der größte Hort reaktionärer Ideologie, den die imperialistische Finanzbourgeoisie zur Spaltung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Volksmassen gebraucht, wie im Mittelalter der Feudaladel die gleiche Religion nutzen konnte zur Unterdrückung der Bauern und der aufkommenden Bourgeoisie. Das Christentum ist die entsprechenste Religionsform der bürgerlichen Gesellschaft. Angetreten war das Bürgertum mit einer Kritik der Religion. In dem Maße wie die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse wurde, trat an die Stelle der Kritik die Verteidigung der Verhältnisse, Verbindung von bürgerlichem Staat und Kirche an die Stelle von Religionskritik. Konnte der Protestantismus als religiöse Verkleidung des aufkommenden Bürgertums noch zeitweilig eine geschichtlich fort-

chungen, Inquisition, ein Oberhaupt, das die richterliche und Verwaltungshoheit über 700 Mio. Katholiken beansprucht und das per Mehrheitsentscheid als unfehlbar in Glaubens- und Sittenfragen erklärt worden war, unanfechtbare Lehrsätze über die größten Absonderlichkeiten wie etwa die ,,unbefleckte Empfängnis'' – all solche Abstrusitäten hat die katholische Kirche hervorgebracht, nachdem sie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft allein auf ihren religiösen Platz verwiesen wurde. Entscheidend für die praktische Kritik der Religion ist die Kritik der Verhältnisse, deren Bestandteil aber die Religionskritik bleibt.

,,Der *religiöse Widerschein* der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt

Kirche spiegeln nur sehr eingeschränkt den Einfluß dieser Kirche wider. Was für Westdeutschland aufgezeigt wurde, trifft in weit größerem Umfang noch auf große Teile der Katholiken in der Dritten Welt zu, wo der Übertritt zum Christentum, sofern er nicht überhaupt nur mit Gewalt erzwungen ist, z.B. die einzige Möglichkeit zum Besuch einer Missionsschule war, und wo die Taufe der erste und letzte Kontakt mit der christlichen Religion war.

Gleichwohl ist die katholische Kirche der größte Hort reaktionärer Ideologie, den die imperialistische Finanzbourgeoisie zur Spaltung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Volksmassen gebraucht, wie im Mittelalter der Feudaladel die gleiche Religion nutzen konnte zur Unterdrückung der Bauern und der aufkommenden Bourgeoisie. Das Christentum ist die entsprechenste Religionsform der bürgerlichen Gesellschaft. Angetreten war das Bürgertum mit einer Kritik der Religion. In dem Maße wie die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse wurde, trat an die Stelle der Kritik die Verteidigung der Verhältnisse, Verbindung von bürgerlichem Staat und Kirche an die Stelle von Religionskritik. Konnte der Protestantismus als religiöse Verkleidung des aufkommenden Bürgertums noch zeitweilig eine geschichtlich fort-
schrittliche Rolle gerade gegenüber dem feudalen Katholizismus spielen, so war die römisch-katholische Kirche, seit sie Staatskirche im Römischen Reich war, ein Hort der Reaktion. Mit jedem Verlust an weltlicher Macht hat diese Kirche ihre absolutistischen Herrschaftsformen vervollkommnet und damit ihre Überreife selbst nochmal dokumentiert. Heilig- und Seligspre-

chungen, Inquisition, ein Oberhaupt, das die richterliche und Verwaltungshoheit über 700 Mio. Katholiken beansprucht und das per Mehrheitsentscheid als unfehlbar in Glaubens- und Sittenfragen erklärt worden war, unanfechtbare Lehrsätze über die größten Absonderlichkeiten wie etwa die ,,unbefleckte Empfängnis'' – all solche Abstrusitäten hat die katholische Kirche hervorgebracht, nachdem sie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft allein auf ihren religiösen Platz verwiesen wurde. Entscheidend für die praktische Kritik der Religion ist die Kritik der Verhältnisse, deren Bestandteil aber die Religionskritik bleibt.

,,Der *religiöse Widerschein* der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt
oder eine Reihe materieller Existenzbedingen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind.'' (Karl Marx: Das Kapital)

* Die Zahlenangaben sind entnommen: Annuarium Statisticum Ecclesiae 1976, Vatican (1978); Kirchliches Handbuch. Amtliches Statistisches Jahrbuch der katholischen Kirche, Bde XXV – XXVIII; Höffner: Pastoral der Kirchenfremden, Bonn (1980)

,,Im Reich dieses Königs hat man das Recht lieb'' (Psalm 99,4)

Zusammenstellung einiger gesetzlicher Bestimmungen, die Kirche betreffend

dog. Das Grundgesetz formuliert nicht nur die Religionsfreiheit als Freiheit des Glaubens des einzelnen (Artikel 4), sondern regelt auch das Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften, den Kirchen als organisiertem Ausdruck der religiösen Überzeugungen: ,,Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigungen zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet ... Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Religionsgesellschaften erwerben ihre Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten ... Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben. Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob. Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.''

Öffentlich rechtliche Körperschaft

Als Körperschaften öffentlichen Rechts gelten rechtsfähige Verwaltungseinheiten, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, die sonst der Staat selbst wahrnehmen müßte (z.B. Gemeinden, Universitäten, Rundfunkanstalten). Juristisch definiert dieser Begriff das Verhältnis des Staates zu den Kirchen: Einordnung in das staatliche Rechtssystem, wobei staatliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirchen zu unterbleiben hat. Politisch ist dieses Verhältnis Ausdruck der nicht vollständigen Trennung von Staat und Kirche. Aus dieser Stellung leiten sich für die Kirchen verschiedene Vorteile und Vorrechte ab:

– Die Amtsbezeichnungen, Titel, Würden, Amtskleidungen und Amtsabzeichen stehen unter dem Schutz des Staates.
– Die dem kirchlichen Gebrauch gewidmeten Sachen gelten als öffentliche Sachen im Sinne des staatlichen Rechts.
– Auf Landesebene Sonderbestim-

bung ob. Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.''

Öffentlich rechtliche Körperschaft

Als Körperschaften öffentlichen Rechts gelten rechtsfähige Verwaltungseinheiten, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, die sonst der Staat selbst wahrnehmen müßte (z.B. Gemeinden, Universitäten, Rundfunkanstalten). Juristisch definiert dieser Begriff das Verhältnis des Staates zu den Kirchen: Einordnung in das staatliche Rechtssystem, wobei staatliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirchen zu unterbleiben hat. Politisch ist dieses Verhältnis Ausdruck der nicht vollständigen Trennung von Staat und Kirche. Aus dieser Stellung leiten sich für die Kirchen verschiedene Vorteile und Vorrechte ab:

– Die Amtsbezeichnungen, Titel, Würden, Amtskleidungen und Amtsabzeichen stehen unter dem Schutz des Staates.
– Die dem kirchlichen Gebrauch gewidmeten Sachen gelten als öffentliche Sachen im Sinne des staatlichen Rechts.
– Auf Landesebene Sonderbestim-
mungen für Sammlungen.
– Anerkennung des kirchlichen Dienstes als besonderer öffentlicher Dienst.

Diese Anerkennung erstreckt sich aber nicht auf die Anerkennung des weltlichen Wirkens der Gewerkschaften und die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes wie auch nicht auf die Anerkennung der in kirchlichem Dienst verbrachten Zeit auf Besoldungsdienstalter, ruhegehaltsfähige Dienstzeit etc.

Steuereintreibung und Steuerbefreiungen

Die Höhe der Kirchensteuer wird von den Kirchen festgelegt und von den Landesbehörden genehmigt. Mit der Anbindung an die Lohn- und Einkommensteuer haben auch die Kirchen von der Progression profitiert.

Aus der Definition der kirchlichen Zwecke als gemeinnützige wird die Befreiung von verschiedenen Abgaben und Steuern hergeleitet. Nicht zu zahlen sind von den Kirchen u.a.: Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Ausdrücklich ist ihr Eigentum geschützt gegen Enteignung, sowohl im Bundesbaugesetz als auch im Landbeschaffungsgesetz ist der kirchliche Besitz ausgenommen. Bauleitpläne haben die Erfordernisse des Gottesdienstes und der Seelsorge zu berücksichtigen.

Je nach den landesrechtlichen Regelungen sind die Kirchen auch von der Vergnügungssteuer und der Grunderwerbsteuer befreit. Das gleiche gilt für Gebühren und Gerichtskosten. Steuerpflichtig sind die Kirchen nur, insoweit sie Betriebe gewerblicher Art und land- und forstwirtschaftliche Betriebe betreiben. Krankenhäuser, Altersheime etc., die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts betrieben werden, sind von der Umsatzsteuer ausgenommen. Wenn die Kirchen Umsatzsteuer zu zahlen haben, gilt der ermäßigte Steuersatz von 6,5%. Ihre Einrichtungen und Haushalte bleiben vor den staatlichen Rechnungshöfen auch dann verschont, wenn sie staatliche Zuschüsse erhalten. Die Konkursordnung weist den Forderungen der Kirchen einen besonderen Rang zu.

Schulen, Mitarbeit in staatlichen Gremien

Grundgesetz, Artikel 7: ,,Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.'' In den Verfassungen und Schulgesetzen der Bundesländer wird der Religionsunterricht und seine Ausrichtung in unterschiedlicher Weise gewürdigt. ,,Die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in Biblischer Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage ... Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben das Recht, außerhalb der Schulzeit in ihrem Bekenntnis oder in ihrer Weltanschauung diejenigen Kinder zu unterweisen, deren Erziehungsberechtige dies wünschen.'' (Verfassung Hansestadt Bremen, Artikel 32) ,,Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen. Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Schöne und Gute.'' (Verfassung Bayern, Artikel 131) Auf dieser Grundlage legt das Gesetz über Erziehungs- und Unterrichtswesen für Bayern fest: ,,§11. Religionsunterricht. Der Religionsunterricht ist für die bekenntnisangehörigen Schüler Pflichtfach. Bei Kursunterricht ist der Besuch eines Grundkurses in Religionslehre verbindlich. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres steht dieses Recht den Schülern selbst zu. Die Abmeldung bedarf der Schriftform; sie gilt jeweils für das laufende Schuljahr und dem entsprechenden Ausbildungsabschnitt. Die Abmeldung muß spätestens innerhalb der ersten Woche nach Beginn des Unterrichts erfolgen. Eine spätere Abmeldung ist nur aus wichtigen Gründen zulässig.''

Die Ausgestaltung des Religionsunterrichts und die Anerkennung der kirchlichen Ausbildungsstätten ist einer der wesentlichen Punkte, die zwischen einzelnen Bundesländern und den Kirchen vertraglich geregelt werden in Konkordaten oder Kirchenverträgen.

Weitere Rechte neben dem direkten Zugriff auf die Schulen haben die Kirchen bei der Besetzung des Jugendwohlfahrtsausschusses sowie bei der Besetzung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. In den Rundfunkanstalten ist die Mitgliedschaft von Vertretern der Kirchen festgelegt, wie ihnen auf Wunsch Sendezeiten eingeräumt werden müssen.

1978 zählte die evangelische Kirche in der BRD 26507000 Mitlgieder, die katholische 26749000. An Kirchensteuern u.ä. nahmen die beiden großen Kirchen 1979 ein:

Kirchensteuer auf Lohn/Eink. sonstige Steuereinnahmen Kirchgeld

etc., die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts betrieben werden, sind von der Umsatzsteuer ausgenommen. Wenn die Kirchen Umsatzsteuer zu zahlen haben, gilt der ermäßigte Steuersatz von 6,5%. Ihre Einrichtungen und Haushalte bleiben vor den staatlichen Rechnungshöfen auch dann verschont, wenn sie staatliche Zuschüsse erhalten. Die Konkursordnung weist den Forderungen der Kirchen einen besonderen Rang zu.

Schulen, Mitarbeit in staatlichen Gremien

Grundgesetz, Artikel 7: ,,Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu er-

Vollendung des 18. Lebensjahres steht dieses Recht den Schülern selbst zu. Die Abmeldung bedarf der Schriftform; sie gilt jeweils für das laufende Schuljahr und dem entsprechenden Ausbildungsabschnitt. Die Abmeldung muß spätestens innerhalb der ersten Woche nach Beginn des Unterrichts erfolgen. Eine spätere Abmeldung ist nur aus wichtigen Gründen zulässig.''

Die Ausgestaltung des Religionsunterrichts und die Anerkennung der kirchlichen Ausbildungsstätten ist einer der wesentlichen Punkte, die zwischen einzelnen Bundesländern und den Kirchen vertraglich geregelt werden in Konkordaten oder Kirchenverträgen.

Weitere Rechte neben dem direkten Zugriff auf die Schulen haben die Kirchen bei der Besetzung des Jugendwohlfahrtsausschusses sowie bei der Besetzung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. In den Rundfunkanstalten ist die Mitgliedschaft von Vertretern der Kirchen festgelegt, wie ihnen auf Wunsch Sendezeiten eingeräumt werden müssen.

1978 zählte die evangelische Kirche in der BRD 26507000 Mitlgieder, die katholische 26749000. An Kirchensteuern u.ä. nahmen die beiden großen Kirchen 1979 ein:

	Kirchensteuer auf Lohn/Eink.	sonstige Steuereinnahmen	Kirchgeld
evangelische Kirche	4443203	3601	11631
katholische Kirche	4009228	5799	10036

Angaben in 1000 DM, Quelle: Stat. Jahrbuch 1980

Die Deutsche Caritas (Sozialeinrichtungen der katholischen Kirche) unterhielt 1978 in der BRD und Westberlin 25855 Einrichtungen, darunter 1211 Krankenhäuser und Einrichtungen der Gesundheitshilfe und 785 Ausbildungsstätten. Die Anzahl der Beschäftigten betrug 209012, darunter 37000 Ordenskräfte. – Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche unterhielt 1973 in der BRD und Westberlin 4044 Heime und Anstalten, die Zahl der Beschäftigten betrug 114783.

spinst von Fabeln und Allegorien ist, das uns keinen Begriff von den Dingen zu geben vermag und nur dazu geeignet ist, ein wildes, unwissendes und rohes Volk zufriedenzustellen, dem die Wissenschaften und Vernunfturteile unbekannt sind ...

Das Christentum hat den Wissenschaften und den menschlichen Erkenntnissen immer den Krieg erklärt. Sie wurden als ein Hindernis für die Seligkeit betrachtet. ,,Das Wissen bläst auf'', sagt ein Apostel. Menschen, die ihre Urteilskraft unter das Joch des Glaubens beugen müssen, brauchen weder Vernunft noch Studium. Nach dem Eingeständnis der Christen waren die Begründer ihrer Religion ungeschliffene und unwissende Menschen; ihre Schüler dürften nicht aufgeklärter sein als sie, damit sie die Fabeln und Traumgesichte glauben, welche diese unwissenden Träumer ihnen überliefert haben. Man konnte immer feststellen, daß die aufgeklärtesten Menschen im allgemeinen schlechte Christen waren ...

Wenn die Wissenschaft dem Staatswesen nützlich ist, so ist die Unwissenheit der Religion und ihren Dienern bedeutend nützlicher. Die Jahrhunderte, die der Wissenschaft und des Gewerbefleißes ermangelten, waren für die Kirche Jesu Christi ein *goldenes Zeitalter* ...

Eine Religion, deren Leitsätze die Menschen intolerant, die Herrscher verfolgungswütig, die Untertanen zu Sklaven oder zu Rebellen macht; eine Religion, deren verschwommene Dogmen ständige Streitobjekte bilden; eine Religion, deren Prinzipien die Menschen entmutigen und sie davon ablenken, an ihre wahren Interessen zu denken, eine solche Religion, sage ich, wirkt zerstörend auf jede Gesellschaft ...

Alles, was bisher gesagt wurde, beweist klar und deutlich, daß die christliche Religion einer gesunden Politik und dem Wohlergehen der Nationen widerspricht. Sie kann nur uneinsichtigen und tugendlosen Fürsten von Vorteil sein, die es für ihre Pflicht halten, über Sklaven zu herrschen, und die sich, um die Völker ungestraft tyrannisieren und ihnen das Fell über die Ohren ziehen zu können, mit der Priesterschaft verbünden, deren Funktion es stets war, sie im Namen des Himmels zu betrügen ...

In der Tat, ich wiederhole es, scheint die Religion überall nur deshalb eingeführt worden zu sein, um den Fürsten die Mühe zu ersparen, gerecht zu sein, gute Gesetze zu erlassen und vernünftig zu regieren. Die Religion ist die Kunst, die Menschen durch Schwärmerei trunken zu machen, um sie daran zu hindern, sich mit den Übeln zu befassen, mit denen ihre Herrscher sie hienieden plagen. Mit Hilfe unsichtbarer Mächte, mit denen man ihnen droht, zwingt man sie, schweigend alles Elend zu erleiden, das ihnen von unsichtbaren Mächten zugefügt wird. Man läßt sie hoffen, daß sie in einem anderen Leben glücklicher sein werden, wenn sie sich mit einem unglücklichen Dasein in dieser Welt abfinden.

(Religionskritische Schriften. S. 111, S. 151, S. 166f. Verlag Hubert Freistühler)

Deutschland: Ludwig Feuerbach (1804 – 1872)

Die Welt ist selbständig in ihrem Sein, ihrem Bestehen, nur ihrem Anfang nach noch abhängig. Gott ist hier nur ein hypothetisches, abgeleitetes, aus der Not eines beschränkten Verstandes, dem das Dasein der von ihm zu einer Maschine gemachten Welt ohne ein selbstbewegendes Prinzip unerklärlich ist, entsprungnes, kein ursprüngliches, *absolut* notwendiges Wesen mehr. Gott ist nicht um seinetwillen, sondern um der Welt willen da, nur darum da, um als die erste Ursache die Weltmaschine zu *erklären*. Der beschränkte Verstandesmensch nimmt einen Anstoß an dem ursprünglichen selbständigen Dasein der Welt, weil er sie nur vom subjektiv praktischen Standpunkt aus, nur in ihrer Gemeinheit, nur als Werkmaschine, nicht in ihrer Majestät und Herrlichkeit, nicht als Kosmos ansieht. Er stößt also seinen Kopf an der Welt an. Der Stoß erschüttert sein Gehirn – und in dieser Erschütterung vergegenständlicht er denn *außer sich* den eigenen Anstoß als den Urstoß, der die Welt ins Dasein geschleudert, daß sie nun, wie die durch den mathematischen Stoß in Bewegung gesetzte Materie, ewig fortgeht, d.h., er denkt sich einen *mechanischen* Ursprung. Eine Maschine muß einen Anfang haben; es liegt dies in ihrem Begriffe; denn sie hat den Grund der Bewegung *nicht in sich*.

Im Sinne der Religion dagegen ist Gott allein die Ursache aller positiven guten Wirkungen, Gott allein der letzte aber auch einzige Grund, womit sie alle Fragen, welche die Theorie oder Vernunft aufwirft, beantwortet oder vielmehr abweist; denn die Religion *bejaht* alle Fragen mit *Nein*; sie gibt eine Antwort, die ebensoviel sagt wie keine, indem sie die verschiedensten Fragen immer mit der nämlichen Antwort erledigt, alle Wirkungen der Natur zu unmittelbaren Wirkungen Gottes, zu Wirkungen eines absichtlichen, persönlichen, außer- oder übernatürlichen Wesens macht. Gott ist der *den Mangel der Theorie ersetzende Begriff*. Er ist die Erklärung des Unerklärlichen, die nichts erklärt, weil sie alles ohne Unterschied erklären soll – er ist die Nacht der Theorie, die aber dadurch alles dem Gemüte klarmacht, daß in ihr das Maß der Finsternis, das unterscheidende Verstandeslicht ausgeht – das Nichtwissen, das alle Zweifel *löst*, weil es alle *niederschlägt*, alles weiß, weil es nichts Bestimmtes weiß, weil alle Dinge, die der Vernunft imponieren, vor der Religion verschwinden, ihre Individualität verlieren, im Auge der göttlichen Macht nichts sind. Die Nacht ist die Mutter der Religion.

(Das Wesen des Christentums. S. 292, S. 294f. Reclam Universalbibl. 4571 – 77)

Kagemusha
Der Schatten des Kriegers

Pathetische Beschwörung glorreicher Vergangenheit in Breitwand und Farbe



ges. Akira Kurosawa ist bei uns vor allem durch seinen Film ,,Die sieben Samurai" bekannt, der dann dem Western ,,Die glorreichen Sieben" zum Vorbild diente. Über die Italo-Western sind einige seiner Methoden, z.B. rasante Handlung in Zeitlupe zu drehen, Allgemeingut geworden und haben die Kinokassen gefüllt. Ein Zufall ist es also nicht, wenn man sich bei manchen Sequenzen von Kagemusha trotz des anderen Stoffes und der anderen Ausstattung an Italo-Western erinnert fühlt.

Kagemusha spielt im Japan des 16. Jahrhunderts, gegen Ende der Periode der ,,kämpfenden Provinzen". Der Kaiser war längst zu einer Marionette in der Hand dieses oder jenen Clans geworden. In wechselnden Koalitionen versuchten die Clans ihre regionale Herrschaft auszudehnen. Die größten Chefs solcher Koalitionen nahmen den Kampf für die Eroberung der Zentralgewalt auf, um ihre Vorherrschaft dem Rest der Daimyos aufzuzwingen. Der Film endet mit der Schlacht von Nagashina im Jahr 1575, in der Tokugawa Ieyasu mit Unterstützung des Noda Nabunaga dem Heer des Takeda-Clans eine vernichtende Niederlage beibrachte, von der sich dieser nicht mehr erholte.

Die Hauptfiguren des Films sind Shingen, der Chef des Takeda-Clans, und sein ,,Schatten", Kagemusha, der ihn vertreten soll. In der ersten Szene des Films stellt Nobukado, der Bruder Schingens, den Kagemusha vor. Shingen ist dagegen, daß ein Schurke als sein Doppelgänger auftreten soll. Nobukado hatte diesen auf dem Hinrichtungsplatz aufgelesen, wo nur er als Bruder in dem heruntergekommenen Todeskandidaten die Ähnlichkeit mit Shingen erkennen konnte. Von Shingen als Schurke tituliert, wehrt sich der Kagemusha. Er sei bloß ein kleiner Fisch, was hätte er schon getan, ein paar Münzen gestohlen und das sei alles. Shingen dagegen ... Nobukado unterbricht und will den Kagemusha züchtigen, aber Shingen nimmt dessen Gedanken auf. Es sei richtig, er hätte den eigenen Vater verbannt und einen eigenen Sohn ermordet, er hätte etliche Kriege geführt. Aber warum? Weil er die Einheit des Landes herstellen solle. Ohne daß die Einheit des Landes hergestellt werde, hätte das Blutvergießen niemals ein Ende und würden die Leichenberge eines Tages den Himmel verdunkeln. Der Kagemusha ist beeindruckt, beeindruckt ist aber auch Shingen, weil der Kagemusha ehrlich seine Meinung gesagt hat. Shingen setzt sich über seine Bedenken hinweg und beauftragt den Bruder, den Kagemusha

eine vernichtende Niederlage beibrachte, von der sich dieser nicht mehr erholte.

Die Hauptfiguren des Films sind Shingen, der Chef des Takeda-Clans, und sein ,,Schatten", Kagemusha, der ihn vertreten soll. In der ersten Szene des Films stellt Nobukado, der Bruder Schingens, den Kagemusha vor. Shingen ist dagegen, daß ein Schurke als sein Doppelgänger auftreten soll. Nobukado hatte diesen auf dem Hinrichtungsplatz aufgelesen, wo nur er als Bruder in dem heruntergekommenen Todeskandidaten die Ähnlichkeit mit Shingen erkennen konnte. Von Shingen als Schurke tituliert, wehrt sich der Kagemusha. Er sei bloß ein kleiner Fisch, was hätte er schon getan, ein paar Münzen gestohlen und das sei alles. Shingen dagegen ... Nobukado unterbricht und will den Kagemusha züchtigen, aber Shingen nimmt dessen Gedanken auf. Es sei richtig, er hätte den eigenen Vater verbannt und einen eigenen Sohn ermordet, er hätte etliche Kriege geführt. Aber warum? Weil er die Einheit des Landes herstellen solle. Ohne daß die Einheit des Landes hergestellt werde, hätte das Blutvergießen niemals ein Ende und würden die Leichenberge eines Tages den Himmel verdunkeln. Der Kagemusha ist beeindruckt, beeindruckt ist aber auch Shingen, weil der Kagemusha ehrlich seine Meinung gesagt hat. Shingen setzt sich über seine Bedenken hinweg und beauftragt den Bruder, den Kagemusha

auszubilden. Der Dienst des Kagemusha beginnt mit einer Verneigung vor Edelmut und Größe des Clanchefs. Das innere Leitbild des Filmes ist entwickelt, das Verhältnis der Kopie zum Original, das Verhältnis des Schattens zu dem, der ihn wirft.

Der Zug Shingens nach Kyoto, um das Reich zu einen, endet mit dem Tod Shingens. In einer nächtlichen Belagerungsszene wird Shingen durch einen Musketenschuß verletzt. Musketen wurden, nachdem sie von den ersten Portugiesen Mitte des 16. Jarhunderts ins Land gebracht worden waren, in großem Umfang in Japan selbst produziert. Im Film sind vor allem die Gegner des Takeda-Clans mit Musketen ausgerüstet, während das Heer der Takedas in Kavallerie, Infantrie und nochmal Kavallerie gegliedert und mit Lanzen ausgerüstet ist. In mehreren Kriegsräten werden die Häuptlinge des Takeda-Clans vorgestellt, neben Bruder Nobukado, der Shingen ebenfalls als Doppelgänger dient, vor allem die Führer der drei Abteilungen des Takedaheeres (,,Wind", ,,Wald" und ,,Feuer") und Shingens Sohn Katsuyori, der den Takeda-Clan und sein Heer schließlich in die Schlacht von Nagashino und ins Verderben führen wird. Shingen trägt dem Kriegsrat auf, im Falle seines Todes seinen Tod drei Jahre zu verheimlichen, seinen Traum, die Kaiserstadt Kyoto zu erobern, aufzugeben und sich im Gebiet der Takedas einzuigeln und nicht anzugreifen. Als Shingen stirbt, muß der Kagemusha die Rolle übernehmen.

Der Kagemusha ist schon ganz gut eingeübt, aber als er herausbekommt, daß Shingen tot ist und er dessen Rolle nicht gelegentlich, sondern ununterbrochen übernehmen soll, wirft er den Auftrag hin. Ohne Shingen kann es auch keinen Schatten Shingens geben. Shingens Leiche wird im See versenkt, die Spione Bobunagas und Tokugawas Iesayus beobachten die Szene, aber als damit die Verwirklichung von Shingens letztem Willen endgültig zu scheitern droht, dient sich der Kagemusha den Clanhäuptern an, die Rolle doch zu übernehmen. Elend und Glanz des Schattenlebens nehmen ihren Fortgang. Mit Ausnahme Katsuyoris, der Shingens Nachfolge antreten will, versuchen die Clanhäupter den letzten Willen ihres Chefs zu vollstrecken. Schwierige Klippen im Schattendasein, wie allzu intime Zusammenkünfte mit den Konkubinen Shingens, werden zum Leidwesen Kagemushas mit dem Hinweis auf Krankheit des Herrn umschifft. Mit dem Enkel Shingens freundet sich Kagemusha dagegen an. Er hat nichts von einem Krieger an sich und spielt gern mit dem Enkel. In die Rolle des Kriegers muß er sich noch hineinfinden. Shingen heißt der ,,Berg", weil er in der Schlacht als ruhender Pol den Heeresabteilungen der Takedas Rückhalt gibt und nicht von der Stelle weicht. In einer Schlüsselszene erläutert einer der Aufpasser Kagemushas dem Enkel, aber auch Kagemusha selber, den Symbolgehalt des Namens. Einen Berg versucht Kagemusha zu mimen, als er Shingen zum erstenmal in einer Schlacht darstellen muß.

Ieyasu will endlich wissen, ob der Rivale Shingen vor der Festung Noda tödlich verletzt wurde oder ob er noch am Leben ist. Er beschließt einen Angriff auf das Takedagebiet, um an der Reaktion zu erkennen, ob Shingens starke Hand den Clan weiterhin leitet. Die Takedahäupter wollen stillhalten, wie Shingen befohlen hatte und keinen Gegenangriff führen. Im Kriegsrat ent-

den Clanhäuptern an, die Rolle doch zu übernehmen. Elend und Glanz des Schattenlebens nehmen ihren Fortgang. Mit Ausnahme Katsuyoris, der Shingens Nachfolge antreten will, versuchen die Clanhäupter den letzten Willen ihres Chefs zu vollstrecken. Schwierige Klippen im Schattendasein, wie allzu intime Zusammenkünfte mit den Konkubinen Shingens, werden zum Leidwesen Kagemushas mit dem Hinweis auf Krankheit des Herrn umschifft. Mit dem Enkel Shingens freundet sich Kagemusha dagegen an. Er hat nichts von einem Krieger an sich und spielt gern mit dem Enkel. In die Rolle des Kriegers muß er sich noch hineinfinden. Shingen heißt der ,,Berg", weil er in der Schlacht als ruhender Pol den Heeresabteilungen der Takedas Rückhalt gibt und nicht von der Stelle weicht. In einer Schlüsselszene erläutert einer der Aufpasser Kagemushas dem Enkel, aber auch Kagemusha selber, den Symbolgehalt des Namens. Einen Berg versucht Kagemusha zu mimen, als er Shingen zum erstenmal in einer Schlacht darstellen muß.

Ieyasu will endlich wissen, ob der Rivale Shingen vor der Festung Noda tödlich verletzt wurde oder ob er noch am Leben ist. Er beschließt einen Angriff auf das Takedagebiet, um an der Reaktion zu erkennen, ob Shingens starke Hand den Clan weiterhin leitet. Die Takedahäupter wollen stillhalten, wie Shingen befohlen hatte und keinen Gegenangriff führen. Im Kriegsrat ent-

scheidet der Kagemusha zugunsten dieses Planes: ,,Ihr sollt still halten. Der Berg bewegt sich nicht." Katsuyori aber zieht gegen den Willen der Clanhäupter aus und versucht die Festung Takatenjin im Rücken Jeyasus zu nehmen. Wider Willen müssen die Clanhäupter mit dem Hauptheer folgen, um Katsuyori gegen Verstärkungen Jeyasus und Nobunagas zu decken. Die Anwesenheit des Hauptheeres und des Kagemusha Shingens entscheidet die Schlacht. Ieyasu und Nobuaga weichen aus. Für Freund und Feind ist die Weiterexistenz Shingens erwiesen. Shingen hat die Schlacht entschieden, indem sein Schatten sich in der Schlacht nicht von der Stelle rührte. Vor der Schlacht hatte der Kagemusha einen Alptraum. In diesem Traum erscheint Shingen als Krieger, Kagemusha als der kleine Lump, der er war. Während Kagemusha ausweichen will, verschwindet Shingen wieder. Verschreckt sucht Kagemusha das Original, das er mimen soll und das ihm so fremd ist. Er tappt in Wasser, Symbol für die Versenkung der Leiche Shingens im See und für das Ende des Kagemusha, der seinem Herrn ins Wasser folgen wird. Das Vorbild verloren zu haben, ist der Alptraum. Die Gefahr besteht aber darin, die Distanz zum Original zu vergessen. Der Kagemusha erliegt dieser Gefahr. Er versucht das Schlachtroß Shingens zu reiten, das niemand außer Shingen reiten konnte. Das Schlachtroß wirft ihn ab. Kurz vor Ablauf der Dreijahresfrist fliegt damit das Spiel Shingens, seines Kagemusha und der Clanhäuptlinge auf. Katsuyori tritt die Nachfolge an. Ehrgeizig und ohne Verstand führt er das Takedaheer zum Angriff auf Nagashoni. Vergebens versuchen die Clanhäupter ihn abzuhalten, unterwerfen sich dann aber dem Willen des Chefs, weil es so sein muß. Der Berg, Sinnbild des Hauses Takeda, hat sich bewegt. Das wird den Untergang der Takedas besiegeln, sieht Nobunaga voraus. Hinter einem Holzverhau haben die Arkebusiere Ieyasus und Nobunagas Aufstellung genommen, um den Angriff des Takedaheeres zu erwarten. Die Führer von ,,Wind", ,,Wald" und ,,Feuer" besichtigen die Stellung. Sie wissen, es wird ihre letzte Schlacht sein. Katsuyori treibt eine Abteilung nach der anderen gegen die uneinnehmbare Stellung des Feindes. Abteilung auf Abteilung brechen im Feuer des Feindes zusammen. Die Niederlage spiegelt sich in den Bewegungen des Stabes wider, der zusammen mit der Leibwache um Katsuyori Aufstellung genommen hat. Sie wird nicht direkt gezeigt. Der Kagemusha, der nach seiner Entdeckung davon gejagt wurde, ist dem Heer gefolgt. Hilflos versucht er die Truppen

haben, ist der Alptraum. Die Gefahr besteht aber darin, die Distanz zum Original zu vergessen. Der Kagemusha erliegt dieser Gefahr. Er versucht das Schlachtroß Shingens zu reiten, das niemand außer Shingen reiten konnte. Das Schlachtroß wirft ihn ab. Kurz vor Ablauf der Dreijahresfrist fliegt damit das Spiel Shingens, seines Kagemusha und der Clanhäuptlinge auf. Katsuyori tritt die Nachfolge an. Ehrgeizig und ohne Verstand führt er das Takedaheer zum Angriff auf Nagashoni. Vergebens versuchen die Clanhäupter ihn abzuhalten, unterwerfen sich dann aber dem Willen des Chefs, weil es so sein muß. Der Berg, Sinnbild des Hauses Takeda, hat sich bewegt. Das wird den Untergang der Takedas besiegeln, sieht Nobunaga voraus. Hinter einem Holzverhau haben die Arkebusiere Ieyasus und Nobunagas Aufstellung genommen, um den Angriff des Takedaheeres zu erwarten. Die Führer von ,,Wind", ,,Wald" und ,,Feuer" besichtigen die Stellung. Sie wissen, es wird ihre letzte Schlacht sein. Katsuyori treibt eine Abteilung nach der anderen gegen die uneinnehmbare Stellung des Feindes. Abteilung auf Abteilung brechen im Feuer des Feindes zusammen. Die Niederlage spiegelt sich in den Bewegungen des Stabes wider, der zusammen mit der Leibwache um Katsuyori Aufstellung genommen hat. Sie wird nicht direkt gezeigt. Der Kagemusha, der nach seiner Entdeckung davon gejagt wurde, ist dem Heer gefolgt. Hilflos versucht er die Truppen

aufzuhalten. Am Ende Tableau: ein Schlachtfeld voller Leichen, auf dem in Zeitlupe Menschen und Pferde sich aufzuraffen versuchen und wieder zusammenbrechen. Der Kagemusha erhebt sich zuletzt. In Lumpen führt er allein einen letzten Angriff und bricht im Feuer der feindlichen Stellung zusammen. Dann schleppt er sich zum Wasser. Im blutgefärbten Fluß treibt das Feldzeichen Shingens vorbei. Der Kagemusha versucht es zu greifen und versinkt im Wasser. Er treibt am Feldzeichen vorbei. Der Schatten folgt seinem Herrn in den Tod, bleibt aber der Schatten. Er kann das Feldzeichen nicht ergreifen. Letztes Standfoto: das Feldzeichen Shingens scheint durch die Oberfläche des Wassers hindurch. Es gibt niemand mehr, der es tragen könnte.

Großangelegte Truppenbewegungen, die in pathetischer Choreographie aufgeführt werden, zeichnen den Film aus. Eigentliche Kampfhandlungen werden kaum gezeigt. Die pathetische Choreographie der Truppenbewegungen gibt den feierlichen Rahmen ab für die eigentliche Handlung: das Verhältnis zwischen Shingen und seinem Schatten, seinem Kagemusha. Dies Verhältnis schwankt zwischen Burleske und Pathos. Mit Hilfe des Schattens will Shingen seinen Feinden einen letzten Streich spielen. Als der Kagemusha enttarnt ist, versetzen die Feinde dem Hause Takeda den tödlichen Schlag, der das Ende Shingens besiegelt.

Der Film nimmt Stellung für Shingen als einen Vertreter großer Vergangenheit. Er ist im strengen Sinne reaktionär. Das will noch nicht viel heißen. Auch Tolstois Romane sind im strengen Sinne reaktionär, aber oft voller Wirklichkeit, die den fortdauernden Wert dieser Romane ausmacht. Der Film Kurosawas lehnt sich an geschichtliche Figuren und Ereignisse an, Wirklichkeit jedoch enthält der Film nicht. Statt dessen ergeht er sich in pathetischen Bildern und in Symbolik, die immer wieder auf den Kehrreim hinausläuft: hin ist hin. Was bleibt, ist die Beschwörung der Vergangenheit in Bildern. In diesen Bildern kommt das Volk nur als Schatten der Herren vor.

Die Schlamperei der Rezensenten ist erstaunlich. Hans C. Blumenberg läßt Shingen ,,an einem Pfeil aus dem Hinterhalt" sterben, obwohl im Film lange rekonstruiert wird, wie Shingen bei der Belagerung von Noda durch den Schuß eines Arkebusiers verletzt wurde. Der Kagemusha werde entlarvt, weil er in der Schlacht aus der Rolle fällt, während er sich doch dadurch entlarvt, daß er vollends in seine Rolle hinein-

Schatten, seinem Kagemusha. Dies Verhältnis schwankt zwischen Burleske und Pathos. Mit Hilfe des Schattens will Shingen seinen Feinden einen letzten Streich spielen. Als der Kagemusha enttarnt ist, versetzen die Feinde dem Hause Takeda den tödlichen Schlag, der das Ende Shingens besiegelt.

Der Film nimmt Stellung für Shingen als einen Vertreter großer Vergangenheit. Er ist im strengen Sinne reaktionär. Das will noch nicht viel heißen. Auch Tolstois Romane sind im strengen Sinne reaktionär, aber oft voller Wirklichkeit, die den fortdauernden Wert dieser Romane ausmacht. Der Film Kurosawas lehnt sich an geschichtliche Figuren und Ereignisse an, Wirklichkeit jedoch enthält der Film nicht. Statt dessen ergeht er sich in pathetischen Bildern und in Symbolik, die immer wieder auf den Kehrreim hinausläuft: hin ist hin. Was bleibt, ist die Beschwörung der Vergangenheit in Bildern. In diesen Bildern kommt das Volk nur als Schatten der Herren vor.

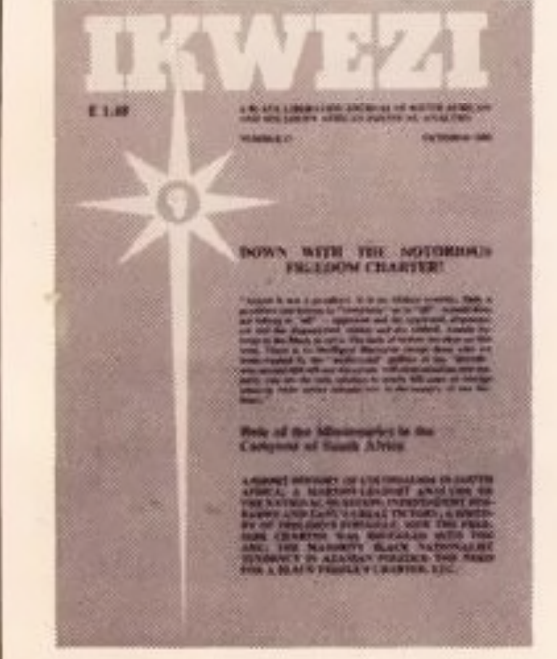
Die Schlamperei der Rezensenten ist erstaunlich. Hans C. Blumenberg läßt Shingen ,,an einem Pfeil aus dem Hinterhalt" sterben, obwohl im Film lange rekonstruiert wird, wie Shingen bei der Belagerung von Noda durch den Schuß eines Arkebusiers verletzt wurde. Der Kagemusha werde entlarvt, weil er in der Schlacht aus der Rolle fällt, während er sich doch dadurch entlarvt, daß er vollends in seine Rolle hinein-

schlüpfen will und schließlich, das Pferd Shingens zu reiten versucht. Als er mitten im Hof des Herrenhauses abgeworfen wird, erkennen die herbeieilenden Konkubinen, daß ihm die Narbe Shingens fehlt, was ihnen bisher auf Grund der von den Clanherren erzwungenen Zurückhaltung Kagemushas verborgen geblieben war. ,,Einen Film wie ‚Kagemusha' gibt es nur alle zehn Jahre", urteilt Blumenberg. Umso eher könnten die Leser der ,,Zeit" erwarten, daß der Rezensent den Film wenigstens einmal anschaut, bevor er sich seitenlang über ihn ausläßt.

Wolfgang Limmer behauptet im Spiegel: ,,Katsuyori verdrießt es vor allem, daß Kagemusha in den Schlachten, die er nach Feldherrensitte von einem sicheren Hügel aus leitet, siegreich ist. Katsuyori wagt einen Alleingang und wird in einer gespenstisch gefilmten nächtlichen Schlacht nur durch den rasch zu Hilfe eilenden Kagemusha vor der Vernichtung bewahrt." Tatsächlich handelt es sich bei der genannten Schlacht vor Takatenjin um die erste und einzige, in der Kagemusha als Schatten des Kriegers auftritt. Katsuyori schreibt das Verdienst an dem Sieg in dieser Schlacht auch keinen Moment dem Kagemusha zu, sondern dem Fortwirken seines Vaters über den Tod hinaus. Katsuyoris Ehrgeiz leidet nicht unter dem Kagemusha, sondern unter der Größe seines Vaters, die unter Obhut der Clanhäupter von dem Kagemusha weiter dargestellt wird. Als Katsuyori das Takedaheer in den Tod treibt, wird er nicht nur von Ehrgeiz, sondern auch von Rachsucht gegenüber dem Vater und seinen Mithäuptlingen getrieben. Schließlich wird Wolfgang Limmer philosophisch: ,,Wo liegt die Wahrheit eines Menschen, wenn ein anderer ihn fugenlos ersetzen kann? Was taugt die mächtige Aura eines Kriegsherrn, wenn sie selbst ein schäbiger Krimineller auszustrahlen imstande ist? Kurosawa wirft hier wieder Fragen auf, denen er sich schon in seinem ersten Welterfolg ‚Rashomon' gestellt hat. Es ist die Problematik eines Menschen, der zwischen zwei Kulturen steht." Egal, zwischen wieviel Kulturen Kurosawa stehen mag, wenn er für die Twentieth Century Fox einen Film über das japanische 16. Jahrhundert dreht, er denkt jedenfalls überhaupt nicht daran, die Fragen Wolfgang Limmers aufzuwerfen. Der Kagemusha kann den Krieger eben nicht ,,fugenlos" ersetzen, und soweit er ihn ersetzen kann, geht es nur, weil sich Shingen seiner bemächtigt und bedient. Shingen ist noch als Toter mehr als der Kagemusha jemals werden kann. Der Schatten verwirklicht sich erst, als er seinem Herrn ins Wasser folgt. Das mag einem fremd erschei-

dem Kagemusha zu, sondern dem Fortwirken seines Vaters über den Tod hinaus. Katsuyoris Ehrgeiz leidet nicht unter dem Kagemusha, sondern unter der Größe seines Vaters, die unter Obhut der Clanhäupter von dem Kagemusha weiter dargestellt wird. Als Katsuyori das Takedaheer in den Tod treibt, wird er nicht nur von Ehrgeiz, sondern auch von Rachsucht gegenüber dem Vater und seinen Mithäuptlingen getrieben. Schließlich wird Wolfgang Limmer philosophisch: ,,Wo liegt die Wahrheit eines Menschen, wenn ein anderer ihn fugenlos ersetzen kann? Was taugt die mächtige Aura eines Kriegsherrn, wenn sie selbst ein schäbiger Krimineller auszustrahlen imstande ist? Kurosawa wirft hier wieder Fragen auf, denen er sich schon in seinem ersten Welterfolg ‚Rashomon' gestellt hat. Es ist die Problematik eines Menschen, der zwischen zwei Kulturen steht." Egal, zwischen wieviel Kulturen Kurosawa stehen mag, wenn er für die Twentieth Century Fox einen Film über das japanische 16. Jahrhundert dreht, er denkt jedenfalls überhaupt nicht daran, die Fragen Wolfgang Limmers aufzuwerfen. Der Kagemusha kann den Krieger eben nicht ,,fugenlos" ersetzen, und soweit er ihn ersetzen kann, geht es nur, weil sich Shingen seiner bemächtigt und bedient. Shingen ist noch als Toter mehr als der Kagemusha jemals werden kann. Der Schatten verwirklicht sich erst, als er seinem Herrn ins Wasser folgt. Das mag einem fremd erschei-

nen, aber deshalb braucht man dem Film noch lange nicht Allerweltsweisheiten zu unterzuschieben, die ihm ganz fernliegen. Nur oberflächlich gesehen gehen die Takedas an den Arkebusen Nobunagas und Ieyasus zu Grunde. Bei der Erstürmung der Festung Tahatenjin besitzen sie selber Arkebusen und wissen damit umzugehen. Auch der Segen des einen Priesters für die Arkebusen Nobunagas machen die Sache nicht aus. In Wahrheit gehen die Takedas zu Grunde, weil ihnen mit Shingen der Halt verloren gegangen ist. So will es der Film, der von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen genauso wenig handelt wie von den Volksmassen, es sei denn sie wären Doppelgänger von Herren oder Soldaten. Warum unsereins aber dem Takeda Shingen nachtrauern soll, mögen die Twentieth Century Fox und die Rezensentenschar wissen.



IKWEZI

A Black Liberation Journal of South African And Southern African Political Analysis

Number 15

,,IKWEZI arbeitet in der Bewegung von PAC (Pan Africanist Congress) und BCM (Black Consciousness Movement) und anderer nationaler Organisationen der Schwarzen, die sich keinem imperialistischen Einfluß unterwerfen. IKWEZI hält fest an seiner klaren Position gegenüber dem Sozialimperialismus als der führenden imperialistischen Macht unserer Zeit und enthüllt dessen Machenschaften in Afrika und überall.

Wir sind eine marxistisch-leninistische Zeitschrift, die sich auf die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong stützt. Wir arbeiten für den Sieg der proletarischen Revolution in Azania unter der Führung der Arbeiterklasse."

Inhalt:

Political Mobilisation is Equally Important as Armed Struggle
Peoples Movement in Azania in Upsurge
The Black Nationalist Tendency
The Freedom Charter – By David Dube
Lenin: A propos the Freedom Charter
A Brief History of Azania – By Dabi Lenkululeko
The Role of Missionaries in the Conquest of South Africa
Kampuchea Atrocities Refuted at U.N.
A Good Marxist-Leninist Analysis
Independent Zimbabwe – By Lutz Plümer
Brief History of Mozambique Revolution – By Peter Meyns
Soviet Union Plunders Namibian Resources

(Englisch / 49 S. / Best. Nr. 2398 / Einzelheft 6,00 DM, Jahresabon. 18,00 DM)

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager
Vertrieb revolutionärer Literatur

Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730231

zu beziehen sind:
Publikationen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Zedong
Zeitschriften, politische und wissenschaftliche Bücher, Romane, Kinderbücher aus der VR China
Bücher und Zeitschriften aus der Demokratischen Volksrepublik Korea